



Der ewige Bund wirkt



Die Erkenntnis zur eigenen Identität der Deutschen bahnt sich seinen Weg. Das gültige Recht setzt sich durch, denn die BRD „Deutschland“ ist bereits implodiert

Weiterlesen: Seite 2

Wirtschaftspartner



Europa benötigt ein stabiles Deutschland und Russland ebenso wie Deutschland den wirtschaftlichen und kulterellen bilateralen Austausch.

Weiterlesen: Seite 7

Es ist ein Genozid



Corona ist der Besen im Systemwandel mit dem der Kollateralschaden weggefegt wird. Der sanfte Verlauf wird zum diversen Sensenmann der Konzerne.

Weiterlesen: Seite 9

**„Im Namen des Volkes“
Die Deutschen
des ewigen Bundes deutscher Völker
führen keinen Krieg gegen Russland!**

JB (Politik) - Militärrecht

Die Rücknahme der Suspendierung (Aussetzung) der Rechte und Pflichten der 4 Mächte der Alliierten aus dem 2+4 Vertrag obliegt allein der Zuständigkeit der Alliierten selbst.

Man kann die Erklärung der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, vom 27. Januar



Maria Sacharowa

„Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat unverblümt erklärt, dass „... Krieg gegen Russland geführt wird“.

Es sind die Waffen der NATO, die die Zivilbevölkerung töten und die zivile Infrastruktur der neuen Einheiten der Russischen Föderation zerstören. Damit werden die NATO-Staaten de facto zu Komplizen der Verbrechen des Kiewer Regimes.

Dabei sollten sie bedenken, dass die Verantwortung für sie nicht verjährt. Wie die Aussagen von A. Merkel sind auch die Aussagen von A. Baerbock evidenzbasiert.“

2023 als offizielle Ankündigung von Nürnberg 2.0 für Deutschland verstehen, bei dem die BRD-Organen dann auf der Strafbank in der ersten Reihe Platz nehmen dürften.

Dadurch sind die Militärgesetze S.H.A.F. und SMAD wieder aktiviert und das „versteinerte Besatzungsrecht“ insgesamt. Der Polizeibrief vom Februar 1949 des Hohen Kommissars McCloy ist zwar bis heute mißachtet worden, aber durchgehend aktiv (wissenschaftliches Gutachten und LfVres. Dr. Röwer a. D.) und wird zur weiteren Besetzung der Anklagebänke führen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß das letzte legitimierte deutsche Staatsoberhaupt Großadmiral Karl Dönitz war, dessen fragwürdige Verhaftung nicht dessen Legitimation und Befugnis beendet hat. Ebenso auf die nachfolgende Demontage der Marine, eine demütigende Agitation der Linken, die Marine zu Landratten machen zu wollen, die wie alles von den Linken gescheitert ist. Die Fregatte „Karlsruhe“ ist das letzte einsatzbereite Schiff, wofür immerhin noch Munition zu bekommen ist. Ein bißchen Farbe, Treibstoff bunkern und die Ketten abschweißen und die „Karlsruhe“ nimmt wieder Fahrt auf.

Was aber noch wirkungsvoller ist: die Marineschule Mürwik in Flensburg-Mürwik (ehem. Sonderbereich Mürwik) ist die Offizierschule der Deutschen Marine und

dort befindet sich ein imposanter Schreibtisch, auf dem die Insignien der tatsächlichen Staatsführung stehen. Soweit mir bekannt, ist die Stempelfarbe auf den Siegeln bis heute nicht ausgetrocknet.

Die surreal anmutende Politik der Ampel-Koalition und aller anderen Parteien dient offensichtlich der Verschleierung von Tatbeständen, die in der öffentlichen Wahrnehmung nicht registriert werden sollen. Die aktive direkte oder indirekte Unterstützung des Maidan-Putsches durch die US-NATO-BRD-Okkupanten hat erst ermöglicht, daß sich das jetzige totalitäre ukrainische Terror-Regime festsetzen konnte. Mit schrecklichen Folgen für die Ukrainer, die in einem 8jährigen Krieg gegen Zivilisten massakriert wurden. Der Terror in der Ukraine ist dokumentiert und wird durch die öffentlich-rechtlichen Medien verschwiegen. Da ballt sich die Faust in der Hosentasche, wenn dann die BRD-Medien einen Heldenepos für die Terrorbrigaden des ukrainischen Regimes veranstalten und die BRD-Bürgermeister die ukrainische Flagge umtanzen.



ASOW-Bataillon finanziert durch US-NATO-BRD-Interessengruppen und durch alle Personen mit der verwaltungstechnischen NS-Staatsangehörigkeit „Deutsch“

Die BRD-Okkupanten (Regierung) haben alles getan, damit dieser Terror sich ausweitete und ganz Europa in seinen blutigen Bann zieht. Es wird Zeit, daß dieses Volk wieder zur Besinnung kommt und sich seiner Wurzeln bewußt wird, denn so unglaublich es klingt, die Geschichte Deutschlands hat nicht 1933 angefangen.



Von der US -NATO-BRD 8 Jahre lang finanziertes Terror an ukrainischer Bevölkerung

Wenn Sie keinen Krieg mit Russland wollen, führen Sie ein Motivationsgespräch mit dem Bürgermeister.

Für Frieden und Sicherheit - Es ist Ihre Entscheidung.

Denkschrift, Seite 1

- über den deutschen Bund, das Bundesgebiet, das Bundesrecht und Bundeskanzler

JB [Politik] - Bundesgesetz macht aus Bundesrecht und Völkerrecht sukzessive UNrecht

Als ein „Leuchtturm in stürmischer See“ und unruhigen Zeiten sollen die folgenden Zeilen Denjenigen dienlich sein, die keine Antworten auf ihre Fragen erhalten oder lediglich unlogische und widersprüchliche Antworten. Glaubenssätze und Ego machen augenscheinlich eine zielführende Zusammenarbeit schwierig. Es scheint schwer, ein Glas zu befüllen, das längst voll ist. Wer möchte freiwillig ausleeren, um überhaupt Neues aufnehmen oder zulassen zu können?

Möglicherweise kommen wir jedoch nur gemeinsam zum und durchs Ziel. Laien und Volljuristen sollen einen überschaubaren und dennoch nachvollziehbaren Fundus über den tatsächlichen Status Quo erhalten. Nicht alles ist unstrittig. Nichts soll unkritisch akzeptiert werden. Bewusste mithin belegbare Aussagen können allerdings leicht mit dieser Schrift selbst überprüft werden. So mögen hierzu die Fußnoten Abhilfe versprechen. Dem Laien sei versichert, Bewusstes ist gleichsam Belegbares.

Die entsprechenden Quellen und weiterführende Nachweise sind in den Fußnoten untergebracht, um das Lesen nicht unnötig zu erschweren. Es wird großen Wert auf Primärquellen und Faksimile, mit dem Original übereinstimmende Dokumente, als Nachweiskraft gelegt, um sich nicht fehlerbehafteter Literatur unterwerfen zu müssen. Markierungen dienen zur Gewichtung und vervielfältigen mitunter die geschriebenen Aussagen. Zitate sind „kursiv“ formatiert und ganze Absätze zusätzlich eingerückt.

Der ewige Streit über Untergangs- und Fortbestandsthese¹ unter den Gelehrten ist nunmehr endgültig beim „entleerten Bürger“ angekommen. Darum soll es indes nur sekundär gehen. Vielmehr soll es darum gehen, ob es lediglich dem Verständnis nach ein Reich gewesen war und später auch nur als „Reich“ bezeichnet^{2, 3} wurde, da man wohl noch den Bezug zum heiligen Römischen Reich herstellte oder herstellen wollte. Doch war das „heilige Römische Reich“⁴ weder Bund noch Reich, sondern ein nicht eindeutig definierbares Rechtsgebilde. Es war wohl eher eine Mischung aus römischem Reich und katholischem Bischof von Rom als geistlicher Führer des Reichs (Imperium), der davon träumte, Papst genannt zu werden, so wie der „Führer der SA“ sich einst wünschte fortan „Führer“ genannt zu werden.⁵ Der Reichsführer **Sancta Sedes** indes war der Schwarze Papst Himmler.

Dennoch blieben „Fäden“ zum alten Reich bestehen.^{7, 8} Fäden des Reichsrechts aus einer Zeit, in der es kein Recht gegeben haben soll und aus dem ab 1815 wohl das Bundesrecht der Deutschen Bundes wurde. Doch wurde die Entwicklung zum Wiener Kongress aus Sicht Preußens nicht angemessen gewürdigt, mithin die Ergebnisse aus Bundes- und Schlußakte manipuliert, respektive gesteuert.⁹

Nicht Friede sollte es geben, sondern Spaltung.¹⁰

Putin sprach wohl nicht zufällig vom Wiener Kongress.

Darauf aufbauend, geht es um die Frage: Wenn der Bund, welcher sich



Der ewige Bund als „Deutscher Bund“ existiert fort, besitzt Rechtsfähigkeit nach wie vor, ist mangels Organisation derzeit nicht handlungsfähig, im Bundesgebiete entsprechend des Geltungsbereiches der LKO (HLKO) für Deutschland von 1910 und gültiger Bundesverfassung von 1918 (RVerf.1871-1918) eingefroren.

zwischendurch „Deutsches Reich“ nannte mit seinem Bundesrechte und seinem Bundesgebiete noch besteht, was genau sind dann die BRD und der Freistaat¹¹ Bayern¹²? Was war Hitler und was Weimar? Zur Beantwortung dieser Fragen ist der Weg anachronistisch zurück ins alte Reich zu beschreiten.

Es kann auf dem Boden des Rechtes nur ein Bundesgebiete geben!

1. Gegenwart

Entmachtung durch unrechtmäßige und grundgesetzwidrige Machtübergabe von Berlin an Brüssel.¹³ Polygenozide durch vergiftete Nahrung, Luft, Wasser und Medikamente¹⁴, aber auch durch Fortführung des politischen Verwaltungskrieges¹⁵ eines Hitlers gegen die indigenen Deutschen selbst und zusätzlich durch die Umsetzung der Migrationswaffe¹⁶ mittels politisch sowie kriegerisch erzeugter Flüchtlingsströme, künstlich erzeugtem Mangel und Inflationärraubzug. Im Ergebnis erzwungene Insolvenzen, Armut, Krankheit und Krieg. Letzteres ist dabei gewinnmaximierende Geschäftsgrundlage (Kapitalfaschismus). Seit 01.01.2000 verstößt das StAG durch ius soli Oligationstatbestand¹⁷ zudem gegen Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG, womit die BRD-Organen Hitlers politischen Verwaltungskrieg auf ganz Europa, Afrika, Asien und Nahost ausweiten und deutlich beschleunigen.

Man darf in einem Satz rekapitulieren. Es ist seit 1990 Nichts tatsächlich besser geworden.

Wurde 1990 also das Böse oder das Gute weggesperrt? Sollte das Dritte Reich oder doch eher das „Zweite Reich“ vom „Dritten Reich“ samt fremdbestimmter Verwaltungen befreit werden?

Eines indes ist tatsächlich besser geworden. Das BuStAG von 1870 ist durch Änderung in § 37 RoStAG n.F. auf den Tag nach nunmehr 86 Jahren wieder in Anwendung und erzeugt endlich eine Bundesangehörigkeit PR1948. Für Bayern, Württemberg etc. blieb der Weg wohl offen RuStAG 1871.

Ziel der BRD Organe war jedoch sicher nicht, die „Befreiung der Deutschen“ BefrG i.V.m. BV von NAZISMUS, vielmehr, die Herrschaft des NAZI-Verwaltungsregimes auszuweiten über ganz Eu-

ropa und darüber hinaus. So beschreibt der aktuelle Koalitionsvertrag folgende Ziele:

„Verwaltungsmodernisierung [...] Die Modernisierung des Staates gelingt nur mit einem starken Öffentlichen Dienst. [...] Wir fördern und vereinfachen den Personalaustausch und die Rotation [Rotary, Drehtüren] zwischen verschiedenen Behörden, zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft. [...] Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können.“¹⁸

„Lebendige Demokratie Demokratie lebt vom Vertrauen in alle staatlichen Institutionen und [Grundgesetz]organe. Wir werden daher das Parlament als Ort der Debatte und der Gesetzgebung stärken.“¹⁹

„Föderalismus Der Föderalismus ist eine Grundsäule der Bundesrepublik. [...] Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Hierzu wird der Bund mit der Region Bonn sowie den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung abschließen.“²⁰

„Wahlrecht Wir werden innerhalb des ersten Jahres das Wahlrecht überarbeiten, um nachhaltig das Anwachsen des Bundestages zu verhindern. Der Bundestag muss effektiv in Richtung der gesetzlichen Regelgröße verkleinert werden. Eine Verzerrung der Sitzverteilung durch unausgeglichene Überhangmandate 1956 lehnen wir ab. Wir werden die ‚Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit‘ erneut einsetzen. [...] Wir werden das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken. [Je höher die Zahl der Idioten, desto dümmmer das Ergebnis] Wir wollen die Ausübung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche erleichtern.“²¹

„Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Um Deutschland zügig zu modernisieren, sind schnelle Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zentrale Voraussetzung. Daher sollen im ersten Jahr der Regierung alle notwendigen Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden, um private wie staatliche Investitionen schnell, effizient und zielsicher umsetzen zu können. Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Dafür müssen Staat und Gesellschaft sowie Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Wir wollen eine auf Rechtssicherheit und gegenseitigem Vertrauen fußende Planungskultur in Deutschland verwirklichen. Alle staatlichen Stellen sollen Verwaltungsverfahren so vereinfachen und verbessern, dass gerichtliche Auseinandersetzungen möglichst vermieden werden. Wir werden mehr Möglichkeiten im Rahmen des Verfassungs- und Unionsrechts ausnutzen.“²²

Aus der einstigen US-Operation undurchführbar vom Juni 1945 wurde sukzessive die NATO-Osterweiterung, aus SHAEF wurde SHAPE und das Kriegsbündnis NATO oder OTAN bedeutet tatsächlich WOTAN aus Wagners „Götterdämmerung“ und gerade nicht Wödan.

Ukrainische Neonazisöldner schmücken sich u.a. mit Totenkopfflaggen, auf denen wohl zutreffend in Fraktur geschrieben steht: „Töten für Wotan“.

Aus Hitlers EU-Projekt sollte das IV. Reich (EU-BRD) in einer „Neuen Weltordnung“ werden.

„Demokratie ist die Tyrannei der Unwissenden.“

„Selig sind, die da geistlich arm sind“ Matthäus 5:3

2. 9/11 im Jahre 1989

Exakt 71 Jahre nach 9/11 folgte das zweite 9/11 und alle glaubten zunächst an eine „friedliche Revolution“. Doch wurde der Mauerfall von langer Hand geplant und vorbereitet. Die BRD-Gesetzblätter selbst verraten dies heute eindrucksvoll.²³ Die alliierten Bizonenverwaltungen 4zonen sollten wenig später mit 03.10.1990 zu einer freiwilligen Besatzungsverwaltung unnatürlich verschmolzen werden, wohl wissend, dass damit auch das durch die BRD Organe verwaltete Konstrukt, das Weimarer „Dritte Reich“, ebenfalls nicht beendet oder de facto nicht abschließend geregelt werden würde, denn nur einem Friedensabschluß stehen abschließende Regelungen.

Der also gern als Abschluß verkaufte und lediglich „Friedensvertrag“ genannte „2+4 Vertrag“ entlarvt sich bei genauerer Betrachtung als ein Vertrag, der wörtlich zu nehmen gewesen wäre, aber dennoch keinen Frieden regeln konnte und wohl auch nicht sollte. Wie schon beim BRD-Reisepass befinden sich auf dem Frontdeckel dieses „Vertrages“ 12 Adlerschwingen, die Insiegel indes zeigen 14 Adlerschwingen.

Legitimiert zur Unterzeichnung am 12.09.1990 waren – nach dem Grundgesetzbruch vom 17.07.1990 durch Baker – beide Verwaltungszonen offenkundig nicht mehr. Genscher betrog nur Tage später mit seinem Anmeldungsschreiben an die UN die Völkergemeinschaft und alle Deutschen gleichermaßen.²⁴

Die SBZDDR lag zudem auf dem durch die BRD Organe zu verwaltenden Staatsgebiet des „Dritten Reichs“ oder richtiger des selbstermächtigen Reichsgebiets Art. 116 auf dem altherwürdigen Bundesgebiete des ewigen Bundes von

Fortsetzung - Denkschrift - Seite 2

1867²⁵, welcher sich selbst zuletzt lediglich „Deutsches Reich“ nannte.²⁶ Wenn man so will, ein Bundesgebiete auf dem inzwischen 4 Okkupanten sitzen.

Es wurde also ein zweifelhafter Vertrag unter den beiden Verwaltungszonen des Reichsgebiets des „Dritten Reichs“ Art. 116 geschlossen, die es beide vor 1949 nicht gab und welcher dennoch verbindliche²⁷ Rechte und Pflichten für alle 6 Vertragspartner enthielt.²⁸ Die stets agierende BRD-Verwaltung verlebte sich das ideologisch „verplante“ Wirtschaftsgebiet der stets reagierenden DDR-Verwaltung ein,²⁹ ohne die in der SBZDDR lebende Bevölkerung zu befragen.³⁰ Österreich bereitete den Anschluß ab 05.03.1933 ganze 5 Jahre lang vor,³¹ wohingegen die DDR lediglich ein knappes Jahr zur Vorbereitung erhielt.

Es wurde strategisch dafür gegen jede Vernunft und sinnvolle Tradition der Artikel 23 im Bonner Grundgesetz 1.0 nach Wegfall durch Baker am 17.07.1990 mit dem heutigen „EU-Paragrafen“ in der neuen Fassung des Artikel 23 im Berliner Grundgesetz 2.0 verunsichernd neu befüllt, um fortan die Macht von Berlin III. Reich sukzessive nach Brüssel IV. Reich zu übertragen.³² Der geplante Abschluß dieser Transformation soll augenscheinlich in aktueller Legislaturperiode erfolgen.

3. Militär Grundgesetz 1949

Die unrechtmäßige und durch die US-Amerikaner selbst verursachte Verhaftung OP der letzten Reichsregierung unter Dönitz im Sonderbereich Mürwik³³ (Flensburg-Mürwik) am 23.05.1945 durch die Engländer auf Weisung der US-Amerikaner und erzwungen durch berechtigten Protest Stalins (OP Un-durchführbar), auf die nicht näher einzugehen ist, erzeugten die Alliierten genau den Zustand, der sie sodann zwang oder ermächtigt im besetzten Deutschland (Nordeuropa) für „Sicherheit und Ordnung“ sorgen zu müssen.^{11.5}

Nach Genfer Abkommen GK darf diese „Machtübernahme“ lediglich ein Jahr andauern, was die D.C. Corp.³⁴ zu ändern versuchten^{11.3} und schließlich zur „Rückgabe an den Souverän“ führen musste, jedoch mit erheblichen Einschränkungen^{11.3.2}. So wurde die Errichtung eines militärisch erzwungenen Grundgesetzes befohlen,³⁵ welches nach Fertigstellung durch den, durch die „Hohe Hand“ einbestellten, Parlamentarischen Rat in ein an selbiges angepasstes Besatzungsstatut gepresst wurde. Erst mit der alliierten Genehmigung zum Bonner GG von 1949³⁶ wurde das entwaffnete Dritte Reich an eine zweifelhafte BRD-Verwaltung übergeben. Jede Aussage, ob von Politik oder sogenannten Historikern dahingehend, dass das Besatzungsstatut bereits 1955 oder spätestens 1990 beendet worden sei, sind falsch oder lediglich insofern richtig, dass selbiges kurzzeitig zwischen 18.07.1990 Baker und 03.10.1990 Kohl tatsächlich außer Anwendung fallen musste. Doch sobald dieses Grundgesetz wieder in Kraft setzt, passiert dieses Inkraftsetzen nie ohne das Besatzungsstatut, da selbiges dafür gebaut wurde und das Grundgesetz ausnahmslos „innerhalb des Besatzungsstatutes“ wirken kann, respektive „nur im Zusammenhang mit dem Besatzungsstatut gültig ist.“³⁷

Es blieb also eine friedliche Besatzung bis zum 17.07.1990 im „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ Art. 23 a.F. Ab 03.10.1990 indes vergrößerte Dr. Kohl nicht nur die BRD und verhalf ausgerechnet dem falschen Verwaltungskonstrukt dabei, nicht aufgelöst zu werden, sondern vielmehr oder gerade dem Dritten Reich, nicht doch noch unterzugehen. Dr. Kohl und Dr. Schäuble sicherten 1990 den Fortbestand des Dritten Reichs. Die Bezeichnung „Deutsches Reich“ des ewigen Bundes fiel indes bereits 1918 mit der Verbannung des Kaiseramtschefs ins Exil nach Schloss Doorn³⁸ in den Niederlanden weitgehend unbemerkt weg. Das „Kaiserreich“ ging insofern nicht unter, sondern mit dem König und Kaiseramtschef in den Dornröschenschlaf 104 Jahre; was auf dem Bundesgebiete indes verblieb, war der ewige Bund samt Bundesverfassung

– ohne Kaiseramt, Reichsbezeichnung oder Reichsverständnis – und „nur noch Deutsche“, die Bundesangehörigen. Wohl auch die Bayern und Württemberger mit ihrem RuStAG von 1871.

Die „Weihe“³⁹ von 1871 indes gilt im gesamten Bundesgebiete von 1910 HLKO mit dem 9/11-Putsch als erloschen. Aus „Reich“ wurde mittelbar wieder „Bund“. Das macht nunmehr eine Unterscheidung in Bund oder Reich weitaus einfacher, denn die Lüge lebte davon, Bund mit Okkupation III. Reich zu vermischen.

Seit 9/11 im Jahre 1918 ist das 2. Kaiserreich wieder ein Deutscher Bund.

4. Bundesstaat Bayern

Erst vor wenigen Tagen eröffnete der Hinweis des Harald von Landau bezüglich Art. 116 GGGMBL 1981, was mindestens jeden Bayern interessieren sollte und dem Grunde nach verpflichtend wirken müsste. Bekannt war bereits der Artikel 178 BV und bekannt war dazu auch, dass Prof. Huber BVerfG selbigen zu egalisieren versuchte.⁴⁰ Was insofern nicht verwunderte, denn die Herrschaften Huber, Simons und Sohm waren um 1900 wohl keine unschuldigen Antideutschen. Doch der Vergleich zwischen den Artikeln 116 BV und 116 GG ließ schnell aufhorchen, denn das Weglassen des Begriffs „deutsche“ innerhalb der Bayerischen Verfassung an entsprechenden Positionen führt unweigerlich zur bayerischen Staatsangehörigkeit, die via Grundgesetz und Alliiierter Vorbehalte verboten ist. Bereits der Versuch 1946, eine bayerische Landeszugehörigkeit einzuführen, führte zu Ärger durch die „Hohe Hand“, worauf postwendend die Streichung erfolgte. Was jedoch im Artikel 116 BV geschrieben steht, muss aus Sicht des Verwaltungsregimes und des US-Deepstate weit schlimmer erscheinen, denn Artikel 116 BV enthält weiterhin die Heimatzugehörigkeit aus dem BuStAG von 1870 und dessen als dienliches Werkzeug noch nebenher laufenden RoStAG 1913 und RuStAG 1871.

Ein überfällig gewordener genauere Blick in die Bayerische Verfassung von 1946 offenbarte Unglaubliches, besonders nachdem Dr. Markus Söder höchstselbst vor einigen Monaten unmißverständlich äußerte, dass die Bayerische Verfassung strikt zu befolgen wäre.⁴¹

Ob er damit den Artikel 178 BV oder gar weitere Artikel aus den Übergangsvorschriften meinte oder überhaupt wusste, was er da äußerte, bleibt dem Leser zu bewerten. Allerdings hat er Recht und jeder Bayer sollte sich folgende Artikelauswahl einmal genau durchlesen.

[Präambel]

„Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“

Zweiter Hauptteil Grundrechte und Grundpflichten

„Art. 116

Alle [bayerischen] Staatsangehörigen ohne Unterschied sind entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.“

„Art. 117

Der ungestörte Genuß der Freiheit für jedermann hängt davon ab, daß alle ihre Treuepflicht gegenüber [bayerischem] Volk und [bayerischer] Verfassung, [bayerischem] Staat und Gesetzen erfüllen. Alle haben [diese bayerische] Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

„Art. 120

Jeder Bewohner Bayerns, der sich durch eine Behörde in seinen verfas-

sungsmäßigen Rechten verletzt fühlt, kann den Schutz des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes anrufen.“

Schluß- und Übergangsbestimmungen

„Art. 178

Bayern wird einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten. Er soll auf einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten beruhen, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist.“

„Art. 180

Bis zur Errichtung eines deutschen demokratischen Bundesstaates ist die Bayerische Staatsregierung ermächtigt, soweit es unumgänglich notwendig ist, mit Zustimmung des Bayerischen Landtags Zuständigkeiten des Staates Bayern auf den Gebieten der auswärtigen Beziehungen, der Wirtschaft, Ernährung, des Geldwesens und des Verkehrs an den Rat der Ministerpräsidenten der Staaten der US-Zone oder andere deutsche Gemeinschaftseinrichtungen mehrerer Staaten oder Zonen abzutreten.“

„Art. 181

Das Recht des Bayerischen Staates, im Rahmen seiner Zuständigkeit Staatsverträge abzuschließen, bleibt unberührt.“

„Art. 182

Die früher geschlossenen Staatsverträge, insbesondere die Verträge mit den christlichen Kirchen vom 24. Januar 1925 bleiben in Kraft.“

„Art. 184

Die Gültigkeit von Gesetzen, die gegen Nationalsozialismus und Militarismus gerichtet sind oder ihre Folgen beseitigen wollen, wird durch diese [bayerische] Verfassung nicht berührt oder beschränkt.“

„Art. 185

Die alten Kreise (Regierungsbezirke) mit ihren Regierungssitzen werden ehestens wiederhergestellt.“

„Art. 186

(1) Die Bayerische Verfassung vom 14. August 1919 ist aufgehoben.

(2) Die übrigen Gesetze und Verordnungen bleiben vorläufig in Kraft, soweit ihnen diese [bayerische] Verfassung nicht entgegensteht.

(3) Anordnungen der Behörden, die auf Grund bisheriger Gesetze in rechtsüblicher Weise getroffen waren, behalten ihre Gültigkeit bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder Gesetzgebung.“

„Art. 188

Jeder Schüler erhält vor Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck dieser [bayerischen] Verfassung.“

5. Weimarer „Rothary“ Reich

Am 14.08.1919 gelangte die Weimarer Reichsverfassung für die Weimarer Republik in Geltung und dabei blieb es mit kurzer Unterbrechung durch die Erweiterung, die sich später „Drittes Reich“ nennen sollte. Doch mit der illegalen Statusminderung aller Bundesstaaten – außer Bayern – zu schlichten „deutschen Ländern“ durch Hugo Preuß passierte unbemerkt etwas fundamental Egalisierendes, das heute niemand wirklich wahrhaben will, weil es buchstäblich alles egalisiert. D a m i t

fehlte es m.W.d. Weimarer Reichsverfassung, die ohne Plebiszit, dafür jedoch mit Fremdbestimmung durch „assoziierte Mächte“, wohl als erstes Grundgesetz bezeichnet werden könnte, fortan bis in unsere Gegenwart an legitimen Wählern. Ab 1956 kommen zusätzlich noch grundgesetzwidrige Überhangmandate hinzu, wie es bereits das Bundesverfassungsgericht 2012 feststellen musste.⁴² Das UR-Problem indes begründet sich auf ungewisse Staatsangehörigkeiten, respektive fehlende Anpassungen aller Wahlgesetze. Uwe Knietsch bewies dies 2014 im Bundesrat, als es um die NS-Glaubhaftmachung der NS-Fiktion einer verwaltungstechnischen „deutschen Staatsangehörigkeit“ duR und deren Nachweis mittels Staatsbürgerbrief⁴³ ging, um überhaupt Parteizulassung zur EU-Wahl erhalten zu können.⁴⁴ Der 09.11.1918/11 zerstörte das Kaiseramt und der 14.08.1919 zerstörte die Funktion des § 1 RuStAG im Heimatteil§§ 3-32 vor dem ODER, womit fortan nur noch Kolonie- oder Landeszugehörigkeiten§§ 33-35 übrigblieben.⁴⁵ Im

Anschluß wird darauf und auf die jur. jesuitische Variable „gemeinsames Indigenat“ aus Artikel 3 der Bundesverfassung im Detail einzugehen sein, wenn es um den aktuellen Status unserer vermeintlichen Staatsangehörigkeit geht, ohne die kein Staat existieren kann.⁴⁶

6. Freistaat Bayern

Zusammen mit der Weimarer Reichsverfassung gelangte auch die Bayerische Verfassung zur vermeintlichen Errichtung eines Volksstaats am 14.08.1919 in Geltung. Allerdings wurde diese Pseudolandesverfassung durch die heutige Staatsverfassung von 1946 „formal“ aufgehoben.

Bayern hat seit 1870 eine besondere Rolle im Spiel um Bund, Reich, Heimat und gerade an Bayern erging damit ein Auftrag durch die Sonderrolle seit diesem 14.08.1919, welcher nunmehr seit 76 Jahren in der zweiten Pseudolandesverfassung von 1946 tatsächlich niedergeschrieben steht.⁴⁷

7. Stunde Null

Ob Jalta, London oder Potsdam, alle Abkommen verfolgten eine dunkle Agenda gegen alle Europäer, und nur sehr wenige Menschen erkannten dies und noch weniger äußerten diese Erkenntnis, um keiner „Säuberung“ anheim fallen zu müssen. Doch sind inzwischen ohnehin alle Abkommen gebrochen worden oder sollen gar als Jalta 2 wiederholt worden sein. Prinz Reuß indes sollte wohl nur Tage vorher wieder eingeladen worden sein. Es scheint alles unwichtig geworden zu sein und es ging sodann lediglich um den Wiener Kongress. Ausgerechnet das nur zu gerne herangezogene Potsdamer Abkommen bildete die Grundlage für alles, was seither folgen sollte: Krieg und Verwüstung. Gebrochen wurden selbige bereits 1949 durch die Errichtung der BRD.⁴⁸

8. 9/11 im Jahre 1918

Am 09.11.1918 wurde von einer Handvoll sozialistischer Irrläufer mit ausländischer Unterstützung ungewollt das Kaiseramt und gerade kein Kaiser geputsch. Mit Folgen für die kommenden 100 Jahre. Bereits am 11.11.1918 wurde sodann der Waffenstillstand von diesen unwissenden Rothputschisten unterzeichnet und der „Karneval“ nahm seinen vorgezeichneten Verlauf.⁴⁹ Das Ereignis vom 11.11. feiern wir alle jährlich um 11.11 Uhr, bis heute Realsatire.

Erst am 28.11.1918 wurde der Kaiser durch die Rothputschisten abgedankt und selbst via Funkpruch darüber informiert, so wie W.I.R. 1922 ausführte.⁵⁰ Interessant und entlarvend zugleich ist jedoch der 28.10.1918 und die schriftliche „Ausrufung“ einer Parlamentarischen Monarchie durch den Reichskanzler Max von Baden, wohingegen das Waffenstillstandsgesuch in der Nacht vom 03. auf 04.10.1918 erfolgen musste, so die strikte Forderung der Obersten Heeresleitung.⁵¹ Kein vernunftbegabtes Lebewesen bei Verstand würde danach in der Novembersituation irgendjemanden wegputschen. Selbst einen Hitler hätte man zunächst belassen müssen, um tatsächlich größeren Schaden vom Reiche fernhalten zu können. Vergangenheit und Gegenwart geben uns dahingehend absolut Recht bezüglich dieser nur logischen Erkenntnis.

Prinz Max von Baden halten die Verfasser indes nicht mehr für beteiligt und sehen sich insofern genötigt, selbigen für die Annahme dessen postum vorsichtig zu rehabilitieren. Er mag geholfen haben, aber als er seinen Fehler erkannte, versuchte er sich in Wiedergutmachung. Zudem vereinfachen die beiden Verfassungsänderungen vom 28.10.1918 die notwendige Korrektur, wengleich die kaiserliche Burgfriedensrede im Schloß ohnehin jeden von uns m.W.z. 04.08.1914 bereits zum Kaiseramte beförderte. Nicht das Einzige, was unbemerkt blieb. Über 100 Jahre lang. Aber blieb all dies tatsächlich unbemerkt oder wurde selbiges lediglich vor uns verschleiert? Doch hätten die Politiker seit 1919 nicht zum „Wohle der Deutschen Völker“ entsprechend handeln müssen?⁵² Festzuhalten ist, dass sehr wohl seit 1917 bekannt war, worauf alles hinauslaufen sollte und was

Fortsetzung - Denkschrift - Seite 3

einem Hitler später ausreichend „Argumente“ liefern sollte. Dennoch sorgten jene „Volksvertreter“ über Dekaden ausschließlich nur für ihr eigenes Wohl und die Erhöhung ihrer eigenen Diäten. Das ist der Fokus ohne ablenkende Beschäftigung mit allen Putschsystemen seit 1918 zum Politiker-Wohl. Aus gültigem Bundesrecht sollte fortan lediglich geltendes Bundesgesetz werden und damit dies dem geneigten Leser nicht auffiele, wurde Bundesrecht, aber auch „NS-Recht“ im BGBl. Teil III und DDR-Sonderband geradezu versteckt. Die Feinde Deutschlands indes kommentierten seinerzeit nicht mit leerer Drohung, **wenn „der Kaiser sich nicht einweihen lassen will, werden sie das Deutsche Volk einweihen, und wenn die kaiserliche Regierung die Freimaurerei verfolgt, werden diese die Republik Deutschland aufrichten.“**⁵³ Ähnliche Worte fand Max Warburg dem Prinzen Max gegenüber.

9. Ewiger Bündnisfriede

Der Friede von 1871 ging in die Geschichte ein, ohne dass ein Schüler darüber in der Schule etwas erlernte oder ein Lehrer darüber lehrte. Doch war bestmögliches Gedeihen und Friede in Europa von jeher Mangelware und für kleine nekrophile, aber mächtige und einflussreiche Grüppchen NAZI war der „Friede 1871“ ein zwingend zu behandelnder „Fehler 1871“. Ausgerechnet das langersehnte Einigungswerk und Friedenswerk der Deutschen sollte deren Auslöschung zur Folge haben.

Heute wissen wir, dass die Reichsbank ein Problem für die F.E.D. darstellen musste, die Sozialsysteme alle rot werden ließ und Industrie, Wissenschaft und Handel die tatsächliche Gefahr Deutschlands ausmachten und gerade kein militantes „Kaiserreich“ in Eroberungswahn.

Wo andere über Jahrhunderte eine Kolonie nach der anderen ausplünderten, versklavten oder ausrotteten, waren es unter Deutscher Flagge Schutzgebiete, die auf weitgehend fairen Handel bauten und erst später durch die Konzerne oder Kooperationen zurückgegeben oder an den Deutschen Staat verkauft werden sollten, womit selbige zur Kolonie geworden wären. Ab 1871 waren es Schutzgebiete und ab 1886 erhielten diese ein Schutzgebietsgesetz⁵⁴ – mit hin die Möglichkeit, Landesgesetze in den Schutzgebieten (umgangssprachlich Kolonien genannt) einzuführen. In Duala wurden 10 Jahre lang Gespräche mit den eingeborenen Stammesführern geführt, um die Enteignungen für das wohl ehrgeizigste Hafenbauprojekt in ganz Afrika gerecht regulieren zu können. Dieses Recht hat in der BRD zu keinem Zeitpunkt bestanden. Engländer hatten Kolonien und Deutschland Schutzgebiete.⁵⁴

Erst kurz vor Kriegsausbruch war die Einigung perfekt, was ohne den Krieg zum afrikanischen Traum hätte führen können. Dieses Ziel indes verfolgten nur die Deutschen, denn selbige „eroberten“ durch Handel ohne Waffengewalt. Völkerrechtsverbrecher wurden abkommandiert und vor Gericht gestellt. Der bekannteste wurde hingetrichtert. Jene Deutsche, die beim Aufbau halfen, riskierten die eigene Staatenlosigkeit durch 5 oder 10 Jahresfristen zur Rückmeldung.

Die Schutzgebiete blieben Ausland und wurden nicht dem Bundesgebiete eingegliedert oder annektiert, wie es die englische Krone vollzog. Keine Weltmachtgedanken, sondern Überleben der eigenen Bevölkerung und Kooperationen mit anderen Völkern oder Handelspartnern waren die einzigen Ziele. Genug Zerstörungen mussten Generationen von Deutschen auf ihrem Bundesgebiete erleben oder buchstäblich überleben.

Es war nie Reichsgebiet, sondern von 1867 an immer ein gemeinsames Bundesgebiete des „ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes,“ sowie zur Pflege der Wohlfahrt des [Gesamt]deutschen Volkes.“ Dieser ewige Bund „sollte den

Namen Deutscher Bund führen“.⁵⁵ Wer meint, das heutige Bundeskanzleramt⁵⁶ wäre eine Erfindung der BRD Organe, der irrt schwer, denn Bismarck war erster Kanzler, dem die Errichtung eines entsprechenden Amtssitzes genehmigt wurde. Anno 1867. Die BRD Organe missbrauchten lediglich, was ihrer Vorgänger aufbauten und hinterließen.

So existieren Anknüpfungspunkte in wohl alle Etappen unserer „Vorzeit“ sichtbar durch Gebäude, Straßen, Brücken oder Landschaften, aber vor allem in Form des Bundesrechtes⁵⁷, Bundesgesetzblattes⁵⁸ und Reichstages⁵⁹.

10. Bodenrechte

Die „teutschen“ Stammesangehörigen sind alleinige Träger des Rechtes. Sie sind indigen, frei und mit ihrer Sesshaftwerdung auf dem bewohnten Boden

es scheint den Verfassern, als gäben einzig die Übergangsbestimmungen den eigentlichen Sinn dieser bayerischen Verfassung wieder.

Die Wiederherstellung des gesamten Bundesgebietes des ewigen Bundes, mithin Deutschlands, und Schutze des Bundesrechtes stünde zudem nicht im Widerspruch zum unerfüllten Auftrag des Bonner Grundgesetzes und ebenfalls nicht zum Artikel 123 dieses Grundgesetzes. Im Gegenteil. Es besteht die Möglichkeit, dass hier leise und biophil von außen hingewirkt wurde und WIR hoffen, dass diese Chance nicht erneut vorüberziehen wird, um nicht erneut im Chaos und Krieg enden zu müssen. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass der heilige Michael nicht nur das Schwert des Krieges für uns zu führen vermag,

2023	Ewiger Bund 1867 (Deutscher Bund 1871) m. Bundesgebiet und Bundesrecht			
2022	EU-BRD-Projekt 1933 bis 2022 (Great Reset, Codex Alimentarius, IG Farben AG)			
1990	>>>>>	BRD-EU + SBZ = UN276	Bayern	Ostgebiete
1949		DDR UN278	Bayern Art. 178 BV	Ostgebiete
		BRD UN280	SBZ	
1945		Dönitz/Treuhand	SBZ	Bayern Ostgebiete
1938/39	Neu Schwabenland	Drittes „Deutsches Reich“ (Großdeutschland)		Bayern Österreich
1937		(Alliiertes Artikel 116 M-GG)		Bayern
1933		Drittes „Deutsches Reich“		Bayern
1919		Republik „Deutsches Reich“ Weimar		Bayern
1871		Ewiger Bund (Bundesstaat „Deutsches Reich“, vollVerf.)		Österreich
1871		Ewiger Bund („Deutscher Bund“, S-GG)		Österreich
1867		Ewiger Bund („Norddeutsch“, S-GG)	Südgebiete	Österreich
1866		Bruch Bundesakte und „Kaiser ohne Land“ („Papst“)		Österreich
1815		Teutscher Bund (Bundesakte, S-GG)		Österreich
1792		„Heiliges Römisches Reich“ v. Babel-Rom-Papst zum Reichstag		Österreich

Stand 14. Januar 2023



So unglaublich es klingt, die Geschichte Deutschlands beginnt nicht 1933.

des jeweiligen Stammes zu Eingeborenen geworden und dort, wo sie durch fortdauernden Erhalt derselben, gegen alle Widrigkeiten bis dato geblieben sind, sind sie naturgemäß auch indigene Deutsche geblieben. D.h., an den Boden gebunden mit einer Rechtsschöpfung direkt aus dem jeweiligen Stammesvolke mit gemeinsamer Sprache und Kultur – genaugenommen spätestens mit Otto II. 981.⁶⁰ Gleiches hat auch für die slawischen Stämme Gültigkeit, die erst endet, wenn die Indigenen verschwinden, vertrieben oder ausgelöscht wurden oder werden.⁶¹ Das heutige Europa dürfte damit biophil umgehen zu können, wenn es keinerlei Fremdbeeinflussung mehr zuließe. Bislang sorgte das „orientale Spaltungskonzept in Religion und Politik“⁶² Roth über Jahrhunderte für die kriegerische Spaltung der Menschheitsfamilie, denn das Wort „Welt“ ist als „Spaltung“ zu verstehen. Lehnsrecht überdeckte lediglich und ist mithin unwichtig geworden. Was bliebe, ist das Reichsrecht aus dem „heiligen Romischen Reich“ oder das Bundesrecht aus dem Rheinischen Bunde⁶², aus dem – wenigstens teilweise – das Bundesrecht des Deutschen Bundes von 1815 assimiliert wurde und das durch den Zuspruch Österreichs zum ewigen Bunde von 1867 gerade nicht obsolet wurde, sondern erneut als Bundesrecht fortbesteht. Das Kaiserreich von 1871 änderte daran nichts. Wie das Bundesgebiete blieb es immer Bundesrecht und wurde nie wieder zu Reichsrecht oder war auch trotz Reichsgesetzblättern nie als solches zu verstehen. Der ewige Bund hatte immer schon das Potential, ein europäischer Bund zu werden, unabhängig davon, wie er einmal zu bezeichnen wäre. **Aktuell ist es der „Deutsche Bund“.**

11. Schlußworte und Fazit

Nun steht es den Verfassern wohl nicht zu, gerade einem Bayern Vorschriften zu machen oder selbigen zu belehren. Allerdings meinen die Verfasser, es muss erlaubt sein, die Bayern insgesamt an ihre eigenen Vorschriften höflich erinnern zu dürfen, mithin an ihre verfassungsmäßige Ordnung, denn

sondern auch das Schwert des Geistes. Die Wahl liegt erneut bei uns.

Allen voran bei den Bayern, dann den Sachsen und der gesamte Rest „hilft, wo er kann“.

Hier setzt nun unsere Arbeit an, den verlorengegangenen Bezug auf unsere bewegte und erfolgreiche 2000 jährige Deutsche Geschichte wieder herzustellen, so dass die Diskussion über die Option einer neuen Verfassung, einer Volksverfassung, da beginnt, wo die altehrwürdige und noch immer gültige Verfassung des ewigen Bundes Deutscher Nationen dem gesamtdeutschen Volke in feindlicher Absicht entzogen worden ist.

Verfasser

h i n z marco, hugenottischer Preuße
h a l f f t e r carsten, Preuße
m o s e r kerstin, Preuße
b a u m a n n jörn, Hamburger

Grimma, den 13.01.2023

Erstellt: 07.02.2020, 18:28:00
Geändert: 13.01.2023, 05:20:51
Änderungszeit: 48:06:38
Seiten: 12 (+1)
Wörter: 6.843
Zeichen: 51.893
Zeilen: 682
Redigiert/erweitert: 14.01.2023

Zitat Carlo Schmid v. 08.09.1948 zu 1. Art. 146 und zu 2. 23 GG (hier zu 146):

„Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeit-

punkt kann kein Zweifel bestehen: «an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.»

Zitat Carlo Schmid v. 08.09.1948 über die Vertreibungen (Ostgebiete):

„Man sollte nicht so rasch in der Welt vergessen, WAS hier geschehen ist. Denn wenn wir es vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen verdrängen sollten aus unserem Bewusstsein, dann könnte es geschehen, daß einige Generationen später, das Verdrängte in böser Gestalt wieder heraufkommen könnte. Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse auch von DIESEN Dingen sprechen.“

Doch 1990 wurde gerade das getan, was laut Dr. Carlo Schmid gerade nicht hätte passieren dürfen und somit haben wir „dieses Wissen“ tatsächlich „aus unserem Bewusstsein“ verdrängt.

[Anm. MH: Erweitert bis HRR 1792 Reichstag (vgl. Geschäftsordnung d. RTs i. BGBl. TEIL II!)]13.01.2023

Fußnoten

1 Hopfauf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG Einl. Rn. 6 S. 7-8

2 Steno.Bericht v. 10.12.1870 Sonderausschuß. bzgl. Umbenennung „Bund“ in „Reich“ mit Kaiseramtweihe d. Einigungs- u. Friedenswerk

3 Hopfauf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG Einl. S. 8 Rn. 7, 8

4 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl. „Von Otto II. bis Friedrich III.“; sprachlich-kulturhistorischen Kontext betrachten, Roemisch, Reich, „Rych“, Ursprung/Wurzel d. Reichstag, Nr. 6. (5). Einladung zum Reichstage (Königswahl) 1125, Juni/Aug., bis dato exterritorial ordo i. BGBl. II

5 sui generis, S. Pufendorf i. 17. Jh.: „irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körper“; https://de.wikipedia.org/wiki/Sui_generis

6 Buchempfehlung: Angewandte Geschichte v. Prof. Dr. Heinrich Wolf Bd. 2 Angewandte Kirchengeschichte 3. Aufl. 1914/1939, hier Leo I. S. 99ff.

7 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., Vorwort VI. Abs. 2: „Fäden zwischen dem alten und dem neuen Reich nicht so völlig zerrissen sind, wie manche wähnen.“

8 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., S. 536 „Nr. 215. (186). Erklärung des französischen Gesandten am Reichstage zu Regensburg. – 1806, Aug. 1. Corpus Iuris Confoederationis Germanicae I, S. 68-70.“; z. Rheinbunds-Akte

9 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., S. 508ff. (speziell §§ 84 u. 86 S. 528), S. 532-536 „Nr. 214. Rheinbunds-Akte, 1806. Art. XII-XXIV.“

10 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., S. 537 „Nr. 216. (187). Erklärung der Rheinbundes-Staaten über ihren Austritt aus dem Reiche. – 1806, Aug. 1. Corpus Iuris Confoederationis Germanicae I, S. 70f.“; z. Rheinbunds-Akte

11 Am 31.7.1914 hat der Kaiser (RGI. S. 263) „das Reichsgebiet ausschließlich der Königlich Bayerischen Gebietsteile ... in Kriegszustand erklärt.“, d.h. Bayern nie Teil d. Belagerungszustands, sondern via Bündnisverpflichtung in den WWI gezogen, mithin also keine kriegr. Besatzung möglich. Bayern mit eigenem Staatsgebiet, Staatsverfassung, Staatsvolk, Staatskanzlei und Staatsangehörigkeit (Art. 116 BV). Konkordat u. Weimar!

12 Prof. Dr. E.R. Huber, Hg., „Preußische Gesetzsammlung 1851“, S. 451 d. Belagerungszustand n. Art. 68 BVerf. v. 16.04.1871 (E.R. Huber, „Kronjurist“ des NAZI-NS-Reichs, war Schwiegersohn von W. Simons: 1. Schüler v. R. Sohm, 2. Vertrauter v. Max v. Baden, 3. kommissarischer REICHSGeschäfts-Führer der WR (eineRepublik mit REICHsverfassung ist wie ein Bundestag im REICHstAG m. GO i. BGBl. II f. Ausland). Und jener E.R. Huber ist Vater des Juristen Prof. Dr. P.M. Huber(2. Senat BVerfG u. Rotary D1840, Art. 178 BV) und des Theol. u. ehemal. EKD-Ratsvorsitzenden Prof. Dr. W. Huber, die sich bez. der wahren Lage von „Thron und Altar“ wohlverhalten zu verhalten scheinen.);

https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1851_Gesetzsammlung-Preussen_s451_Belagerungszustand.pdf

https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/user_upload/freigegeben_Prof_Huber.pdf vgl. dazu auch Art. 116 BV m. Art. 116 GG – bayerische StA

13 Vgl. Art. 23 GG a.F. „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ m. Art. 23 GG n.F. „EU-

Fortsetzung - Denkschrift - Seite 4

Paragraph" zur Überleitung vom III. Reich zum IV. Reich
14 Codex Alimentarius v. ehem. IG Farben Vorstandsmittglied Fritz ter Meer (KL Monowitz), Milos Pokimica Artikel v. 23.11.2022 <https://goveganway.com/big-pharma-fritz-ter-meer-un-and-codex-alimentarius/> - Auszug aus ASIN: B07M9G74JL v. 21.12.2018

<https://www.dreske.de/media/pdf/b7/49/34/9783860221563-inh.pdf>

15 RGBl. I Nr. 14 S. 85 v. 05.02.1934, Dr. Lösener 1943 „historische Verordnung“ und sinngem. „politische Waffe gegen die Deutschen“, Waffe-STAG

16 Kalgri-Plan, Hooton-Plan, Morgenthau-Plan, Kaufman-Plan; Bevölkerungsaustausch, UN „Bestandserhaltungsmigration“ v. 2000

<https://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/replacement-es-d.pdf>

17 https://download.jurawelt.com/download/dissertationen/tenea_juraweltbd72_mertens.pdf

18 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 8 Abs. 2, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

19 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 8 Abs. 3, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

20 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 9 Abs. 4, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

21 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 10 Abs. 1, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

22 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 10 Abs. 4, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

23 BGBl. I und II ab 01/1989 prüfen (Sozialversicherungen, Renten, Pensionen, Pharma, EWG, Wahlgesetze)

24 Schreiben zur UN-Anmeldung d. Hans Dietrich Genscher an Pères de Cuèllar v. 03.10.1990 „beide deutsche Staaten“ - SA - 230 - 33041/4 S. 330

25 Vgl. „I. Bundesgebiet“ Art. 1. in BGBl. 1867 Nr. 1 (Nr. 1) S. 2 m. BGBl. 1870 Nr. 51 (Nr. 597) S. 627 m. BGBl. 1871 Nr. 16 (Nr. 628) S. 64

26 welcher sich zunächst „Norddeutsch“ nannte und nunmehr „Deutscher Bund“ zu nennen ist, mithin also gerade nicht mehr als „Deutsches Reich“ (§ 2 Verf.-Urkunde Abs. 2 BGBl. 1871 Nr. 16 S. 63) „zu verstehen“ ist, da selbiges samt Kaiseramt in Doorn auslief, wohingegen im Bundesgebiete der ewige Bund bis dato gültig blieb (vgl. Adenauer Regierung bzgl. Bundesverfassung); vgl. Steno.Bericht Reichstag v. 10.12.1870

27 MULT - 781/18 Übersetzung 105 - 505.42 - 91/1659 „und erklärt, daß dessen vollständiger Wortlaut strikt und gewissenhaft erfüllt wird.“

28 BVerfG-Urt. 2Bv 1/73 (+Faks.): https://www.help4you.info/pdf/BVerfG_2_BvF_1-73_KVRE202088801.pdf

https://www.help4you.info/pdf/2bvf1_73.pdf vgl. <http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm> u. IGH-Urt. ISSN 0074-4441

https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/IGH-Urteil_16883.pdf u. ICJ No. 2012/7 https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/IGH-Urteil_16897.pdf

29 „Die Erweiterung des Wirtschaftsgebietes der BRD auf das ehemalige Gebiet der DDR“, per Definition Annexion so es denn Staatsgebiete gewesen wären, doch ist es das Staatsgebiet des Dritten Reichs (Art. 116 GG) resp. das Bundesgebiet des Deutschen Bundes im Stande v. 31.12.1937

30 BGBl. III FNA 100-1 GG i.V.m. grundgesetzwidriger, insofern jedoch erneut bewusster „Sanktionierung minderen Rechts“, >> GG 2 (basic law 2)

31 SGBl. 1. Stück 1945 Nr. 2 S. 1-2 v. 01.05.1945 - „politische Annexion“ u. versuchtem Genozid an österr. Bundesangehörigen

SGBl. 2. Stück 1945 Nr. 5 S. 7-8 v. 01.05.1945 - „4. Verfassungsgesetz“ u. Aufhebung aller NS-Vorschriften ab 05.03.1933

32 Art. 23 GG a.F. vs. Art. 23 GG n.F. vgl. 2. Senat (Voßkuhle, Rotary D1830) BVerfG „urteilt über Beteiligung von Bundestags-Sondergremien bei Euro-Beschlüssen“ PHONIX v. 28.02.2012,

<https://youtu.be/nQVI7DGQzY> o. BVerfG, Urteil d. 2. Senats v. 12.09.2012 - 2 BvR 1390/12 -, Rn. 1-215, http://www.bverfg.de/e/rs20120912_2bvr139012.html u. BVerfG, Urteil d. 2. Senats v. 19.06.2012 - 2 BvE 4/11 -, Rn. 1-172,

http://www.bverfg.de/e/es20120619_2bve000411.html m. Pressemitteilung Nr. 42/2012 v. 19.06.2012, Rn. 91 S. 1 „in Anknüpfung an die traditionelle Staatsauffassung der Regierung im Bereich auswärtiger Politik“, Art. 59 Abs. 1 S. 1, 2 GG, Anm.: Art. 23 nur mit n.F. zu zitieren

33 <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/kriegsende/Kriegsende-in-Flensburg-Letzter-Akt-der-Reichregierung-Doenitz,kriegsende352.html>

34 https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1871_FORTY-FIRST-CONGRESS_Sess-III_CH-61-62_p416ff.pdf

35 Herrscher erlassen Staatsgrundgesetze, Besatzer befehlen Grundgesetze u. Individuen geben sich Verfassungen; alte Kolonialinseln = Grundgesetz

36 BGBl. III FNA 100-1 GG i.V.m. Genehmigungsschreiben u. bewusster „Sanktionierung minderen Rechts“ (Parl. Rat, Bd. 9, S. 597, Carlo Schmid)

37 BArch.: B 10 (Abteilung 2), Bd. 1709 DzD II/2, S. 824-828 (Anlage)Prof. Kordt an Blankenhorn bzgl. Kordt-Kaufmann-Ausarbeitung zum „Asymptotischen Friedenszustand“ eines Adenauers; aber auch Aussagen d. beiden

MdPR Dr. Carlo Schmid, SPD u. Hermann Schäfer, FDP <https://gist.github.com/hinzigers/419fad60dd851b6e0ed82d459fd11c45#file-asymptotischen-friedenszustand-Rn.19-Z.3>

38 „Haus Doorn zeigt einen Hofstaat im Kleinen“, https://de.wikipedia.org/wiki/Haus_Doorn; alles übertoll mit 33, alles königlich inkl. Gedenktafel noch zu Lebzeiten mit Inschrift aber unpassender Reichskrone: „Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II. gewidmet von: Ihrer Majestät der Kaiserin Hermine [Reuß] Seinen Geschwistern, Kindern, Enkeln und Stiefkindern Seinem Hauptquartier Seinen Getreuen im Dienst und in der Heimat zu Seinem 70ten Geburtstag am 27sten Januar 1929“; wichtig, mit weiß-rothem Schauspiel

39 Steno.Bericht v. 10.12.1870 Sonderausschuß. bzgl. Umbenennung „Bund“ in „Reich“ mit Kaiseramtweihe d. Einigungs- u. Friedenswerk

40 Volljurist i. 2. Senat BVerfG u. Rotray D1840 Prof. Dr. P.M. Huber https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/user_upload/freigegeben_Prof_Huber.pdf

41 75 Jahre Bayerische Verfassung - Bayern d. Schlüssel - Bundesstaat Bayern - <https://www.youtube.com/watch?v=MgssBh0MeIM>

42 Versuchte Wahlrechtsreform 25.09.2011; BVerfG, Urteil des 2. Senats (Voßkuhle, Rotary D1830) vom 25. Juli 2012 - 2 BvF 3/11 -, Rn. 1-164, http://www.bverfg.de/e/fs20120725_2bvf000311.html

43 § 30 RuStAG v. 15.07.1999 gez. Schröder, Rau u. Schily; Millennium-StAG m.W.z. 01.01.2000; EStA-Register n. § 33 StAG f. „Reichsbürger“

44 Uwe Knietsch „sind alle Wahlvorschläge zurückzuweisen, weil der Bundespersonalausweis nach Aussage des Bundesministeriums des Innern von Bayern, kein Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit ist und kein Melderegistereintrag weist dies ordnungsgemäß aus. Deswegen sind alle Wahlvorschläge ungültig.“, BWahl Ausschuß v. 14.03.2014 bzgl. Parteilisten z. EU-Wahl z. 25.03.2014 m. BWAhlleiter Roderich Egeler

45 RuStAG v. 22.07.1913 gez. auf d. „Hohenzollern“ v. Norwegen (Kriegsvorbereitungen), <https://www.verfassungen.de/de67-18/rustag13.htm>

46 Indigen meint freie, lebendige, beseelte, sittliche, männl./weibl. Wesen. RuStAGgesetz resp. funktional RoStAG resp. StAuRouRG, richtiger in und-ODER-Verknüpfung (D=StA und mR ODER D=uR) = (D=§§ 3-32 ODER D=§§ 33-35), wurde ohne kaiserl. Kenntnis (s. „Ereignisse und Gestalten 1878 - 1918“, Wilhelm II., Fn. 39f.) verfassungswidrig mit Art. 3 der BVerf. v. 1871 (u. § 26 BuStAG umlaufend) verlinkt. Der § 1 im Gesetzentwurf von 1911-13 ersetzte den Status R mit dem völkischen Begriff „Deutscher“. Zudem wurde § 1 gesperrt und blieb ohne Debatte bis zum 22.07.1913 durchgehend unverändert erhalten. Das RoStAG ersetzte m.W.z. 01.01.1914 anachronistisch zurück zum BuStAG v. 1870 jeden Verweis zu demselben mit dem Verweis auf das RoStAG mithin auf den völkischen Begriff „Deutscher“, was stets gemieden wurde. Damit zündete das Putativ-RUSTAG die „Indigenatlunte“ von 1871 und entwurzelte sich mithin selbst. Fortan galt „für ganz Deutschland“ neben Rauch eine gemeinsame unmittelbare Reichsangehörigkeit (uR) und ab Art. 278 VV v. 1919 m.W.z. WRV nur d. „deutsche unmittelbare Reichsangehörigkeit“ (duR) wohl als Vorbereitung für Hitlers jur. Fiktion „deutsche Staatsangehörigkeit“ als NS-Glaubhaftmachung auf Basis der duR, was jedoch gerade nicht der Fall war (§ 1 Abs. 2 RGBl. I 1934 Nr. 14 S. 85, „[m]Reichsangehörigkeit“ +). Vgl. <https://www.verfassungen.de/de67-18/rustag13.htm>

Der Zweifachstatus im BuStAG von 1870 (Bayern, Württemberg, etc. RuStAG v. 1871) ist 1914 im Kolonie-Käfig (polit-verwettlicht, vgl.: Luthers Schrift 1520 „Vom babylonischen Gefängnis der Kirche“) zunächst bis auf die Heimat-Staaten voll beseitigt, ab 1919 fielen auch diese weg. EU

47 Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht an Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, aber mit Volksentscheid (75,7v.H.) am 01.12.1946 mit 70,6v.75,7v.H. Ja-Stimmen, m.W.z. 08.12. ohne dabei „Land der Bundesrepublik Deutschland“ sein zu können, da selbige nicht existierte (1949)

48 Heiner Timmermann (Hrsg.), Potsdam 1945 - Konzept, Taktik, Irrtum?, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 81, Duncker & Humblot, Berlin, 1997, S. 293-303. <http://archiv.jura.uni-saarland.de/projekte/Bibliothek/text.php?id=74>

49 „TREATY OF PEACE WITH GERMANY (TREATY OF VERSAILLES)“, Gewaltfrieden, Diktat, Verbrechen gegen Frieden und Völkergemeinschaft https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1919-TREATY-OF-PEACE_Versailles.pdf

50 „Ereignisse und Gestalten 1878 - 1918“, Wilhelm II. v. 1922, Kaiser zu sozial, Bismarck zu hart, daraus resultierten d. Spannungen untereinander https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1922-Ereignisse-Gestalten_Wilhelm-2-sw.pdf

51 Prinz Max von Baden - Erinnerungen und Dokumente (Rechtfertigungsberichte), 1927, 1. Kap. S. 335-352, vgl. Amtl. Urk. Nr. 14, 22, 33 u. 34

52 https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1919-Abdankung-Waffenstillstand_14-Punkte_Entwurf_Protest-AA_Note-04-01-1919.pdf

53 Folg. Fn. v. Prof. E.v.W-Roth „Terroroma“ möglicherw. VMann o. Trugspielerin > Selbst prüfen! Hilfsmittel:

https://staatsbibliothek-berlin.de/fileadmin/user_upload/zentrale_Seiten/historische_drucke/pdf/Kelly_Refer_mit-Vorwort.pdf o. DNB

Bulletin maconique 1888, franz. Groß-Loge. 1898 verwei-

gerte Ober-Rabbi, Y.H. Sonnenfeld dem Kaiser die Begrüßung in Palästina. Jener befolgte das kabbal. „illuminäre“ Urteil von E.B.S. Zalman (1720-1797), dem alle Deutschen aufgr. ihrer Abstammung von den Amalekitem als Erz-UR-Feinde galten (Esther 1ff; Dtn 25, 19). Dieser Sicht folgten 1862 Moses Hess, „Rom und Jerusalem“ 1862, 45, Isaak Sallbey am 11. Februar 1922, in „Der Türmer“ mit dem Ruf: „Die deutsche Rasse muß vernichtet werden...“, 1932, am 20.7. bekundete B. Lecache, Präs. der Jüd. Weltliga u, LICRA, Paris: „Deutschland ist unser Staatsfeind Nummer Eins. Es ist unsere Sache, ihm erbarmungslos den Krieg zu erklären.“

1933 drohte der Amerik. Jüd. Kongreß: „Ein bellum judaicum bedeutet für Deutschland Boykott, Untergang und Verderben ... das Ende aller Hoffnungen auf den Wiederaufstieg Deutschlands.“

H. Höhne: Gebt mir vier Jahre Zeit - Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches, Berlin 1996, S. 110; Daily Express, London, 24. März 1933: „Judea declares war on Germany“, demzufolge Hitler diese konsequent „nur“ als Kriegsgefangene behandelte, so E. Nolte, Judäa erklärt Deutschland den Krieg; Den „jüdischen“ Kriegserklärungen „fügt sich“ die Balfour Declaration 1917 ein - bis heute im Neuro-Krieg nicht revidiert.

54 Abkommen zwischen Deutschland und England vom 01.07.1890 (KolBl. 1890, S. 120). AdK S. 213 <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/AdK.pdf>

55 BGBl. 1871 Nr. 16 (Nr. 628) S. 64

56 Allerhöchster Erlaß v. 14.07.1867., Nr. 1 (Nr. 2) S. 23 Ernennung BK Bismarck; Allerhöchster Präsidial-Erlaß v. 12.08.1867., Nr. 3 (Nr. 6) S. 29 Errichtung einer Behörde f.d. Kanzler, welche fortan den Namen „Bundeskanzler-Amt“ tragen wird, bis zur Stunde!

57 Bundesrechte = Bundesrecht im BGBl. Sonderteil III, Überleitung d. FNA 100-1 GG Teutschenrechte aus BS, III. Reich/Weimar GG, Art. 178 WRV lautet: „Die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags [Vertrages zum Frieden, Trug: es ist kein Friedensschluß] werden durch die Verfassung nicht berührt.“, 9/11>16.

-21.12.18>19.01.19>11.02.19>23.06.19>14.08.19. deutsche unmittelbare Reichsangehörigkeit ist fixiert im Versailler-RG, RGBl. (Nr. 6958) v. 1919 u. deutschen unmittelbaren Länder sind fixiert im Art. 110 im Kolonie-RG, RGBl. (Nr. 6982) v. 1919; Präambel: >> Das Deutsche Volk wird >> das Kolonie Volk: Art. 181: das deutsche Volk wird >> das koloniale Volk: k = Erniedrigung = DEUTSCH, BUND, HRR, Niederlassung u. Kampf gegen Rom, FREI

58 Bundesgesetzblatt = Bundesgesetzblatt o. BGBl. = BGBl., dafür muß niemand studiert haben! Vgl. Bundesgebiete = Bundesgebiet

59 Reichstag: Königswahl 1125, Juni/Aug., Worms, Nürnberg, etc. ~gebäude m. ~polizei u. ~verfassung (GO i. BGBl. II f. Ausland min. seit 1919)

60 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., Nr. 1 S. 1 „Anschlag für ein zweites Aufgebot zum Römerzug Ottos II. - 981“

61 Die Deutschen und Europäer sind ebenfalls Indigene, Anlage zu UN-RESOLUTION 61/295, ERIV <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/ERIV.pdf>

„Schutz der Rechte indigener Völker ist [...] Bestandteil des“ BMZ <https://www.bmz.de/de/themen/rechte-indigener-voelker>

62 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., Nr. 71 S. 90 „Akten des Rheinischen Bundes (Auszug). - 1254-1256“, „II. Erster Wormser Bundestag. - 1254, Okt. 6“, vgl. auch Nr. 72 (68). Rechtssprüche des Gerichts Pfalzgrafen. - 1254, Nov. u. Nr. 73 (69). Bestellung eines königlichen Hofrichters. - 1255, März 21.

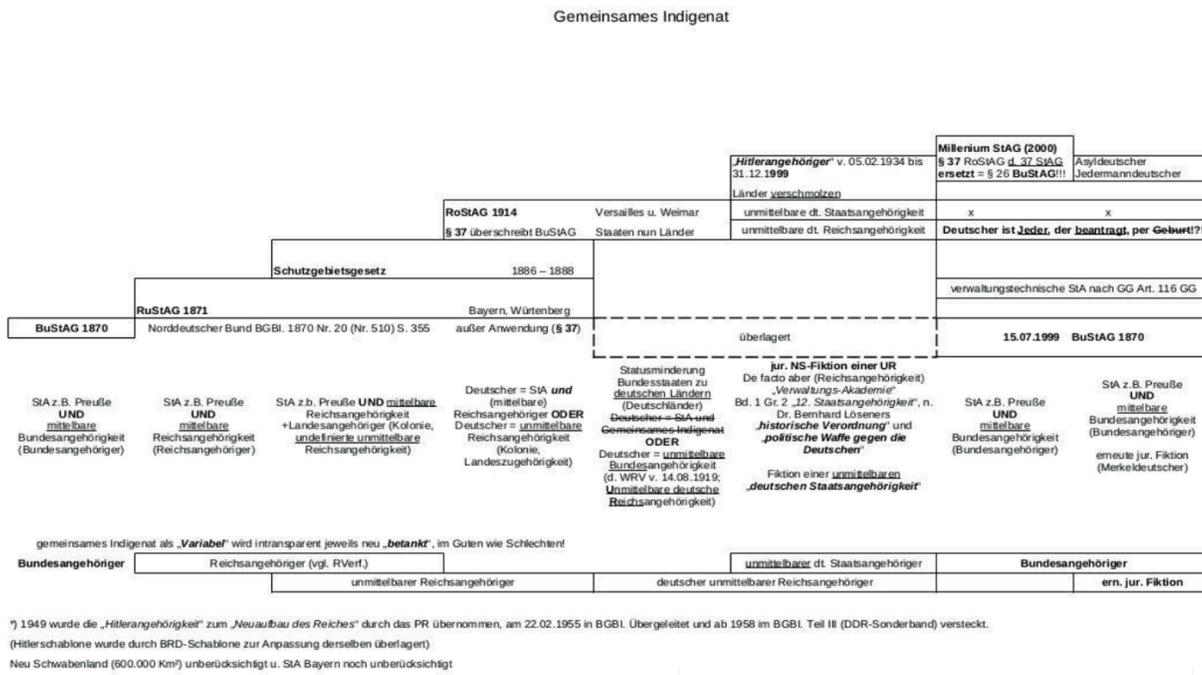
63 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl. „Von Otto II. bis Friedrich III.“; sprachlich-kulturhistorischen Kontext betrachten, Roemisch, Reich, „Rych“, Nr. 58. Friedrichs II. Mainzer Reih- und Landfriede. - 1235, Aug.(15/21). A. Deutscher Urtext., Verbesserter Abdruck meiner Rekonstruktion des Textes aus N. Archiv der Ges. f. ält. d. Geschichtskunde XXVIII, S. 443-474. - Die in runde Klammern () eingeschlossenen Worte sind überliefert, aber nicht mit Gewißheit dem Urtexte zuzuweisen. Eckige Klammern [] umschließen in c. 32 zwei frei ergänzte Worte. Die eingeklammerten Kapitelzahlen sind die des lateinischen Textes. - Vgl. auch Chron. reg. Colon., ed. Waitz 1880, S. 267, u. Sächs. Weltchron., ed. Weiland 1877. S. 251.



JB (Umwelt) - Genotoxische Substanz in Testkits töten menschliche Zellen. ISO Labor in Wien würde solche Substanz nie in den Umlauf bringen. Rotary geführte Klinikverbände wie die Muldentalkliniken, aktuell noch immer in Würzen, bestehen trotz Beschluß 480/22 vom 07.10.2022 weiterhin strikt widerrechtlich auf das Testen und FFP2 Maske und setzen vermeintliches Hausrecht über Recht und Gesetz. Wird Zeit für Nürnberg 2.0!

Was ist eigentlich mit den Amerikanern los?

- Seelenlose kriegsgeile Opportunisten im Zerstörungsrausch ganzer Volkswirtschaften?



„Regierungs“-Dödels die Volkswirtschaft Deutschlands mal eben so in die Tonne treten können, ohne dass die Kontrollfunktion über die Opposition und Justiz oder Aufsichtsräte greift, sondern die Komiker umgehend in der Ukraine auf dem nächsten Minenfeld der Ukra-Faschos abwirft?

Das Zusammenspiel von Geschäftsbeteiligungen-NGOs-Politik-Medien verhindert jegliche Art der eigenständigen Entwicklung der Deutschen. Schauen Sie sich unsere jüngeren Generationen an, deren Gehirnwäsche hoffentlich nicht irreversibel ist. Die Deerns und Bengels laufen mit den Ideen rum, dass der Wachstumstreiber für Pflanzen Co2 das Klima negativ beeinflussen könnte und treiben damit nur ein weiteres Ausbeutungsmodell, der arbeitenden Bevölkerung an. Vermurkste Gestalten, die im Geschlechterwahn nicht mehr wissen, ob sie am nächsten Morgen noch Weib oder Mann sind. Dabei genügt ein Blick unter die Decke, Männer haben einen Penis und Weiber eine Vagina und das wechselt nicht im Stundentakt der Genderbeschallung. Die Vollidioten runden das Bild einer völlig desorientierten Gesellschaft ab, Lichtjahre von einer nationalen Gemeinschaft entfernt. Wer von den Klima-Experten versteht eigentlich, dass der Co2-Gehalt in der Atmosphäre von der Temperatur abhängig ist und nicht umgekehrt?

Na, dann fragt doch mal den schwedischen Co2-Golem oder die Neubauer! Wer den Verfall des eigenen Landes verhindern und sich aus dem Würgergriff der US-WHO-WEF-EU-NATO-BRD 2.0 lösen möchte, sollte die Analyse von Andrew Korybko lesen.

„Fünf Schachzüge, mit denen die USA ihre Hegemonie über die EU erfolgreich verteidigen konnten“ Quelle: RT Deutsch - <https://test.rtde.tech/international/158615-fuenf-schachzuege-mit-denen-usa-hegemonie-ueber-eu-verteidigen/>

Russland hat die Gefahr erkannt, analysiert und die richtigen Schritte unternommen, um sich aus der Hegemonie der seelenlosen Usurpatoren zu befreien.

Der erste Schritt ist die konsequente Verbannung der NGOs. Und genau an diesem Punkt sollte das Selbstverständnis souveräner Denkmale einsetzen, zumal Souveränität nicht per Paketboten von Amazon geschickt wird.

Unser Land ist derart mißbraucht worden, dass wir nicht umhinkommen werden, an der Basis die rechtsstaatlichen Bedingungen auf Grundlage der gültigen Rechtsnormen zu definieren und diese zum geltenden Recht machen.

Damit diese politisch souveräne Vorgehensweise nicht in den Gemeinden zur Gemeinschaftsbildung führt, die die EU-Tyrannie der BRD-Okkupanten beendet, werden Agitatoren wie ein Ralph Niemeyer/„Exil-Regierung“, AfD und Linke in Position gebracht, die in der kommenden Entspannungsphase den Rummel um eine neue Verfassung anheizen werden, mit der die EU-Falle der „Israel-Lobby“ dann endgültig zuschnappt.

JB [Politik] - Im Zuge unserer Arbeiten, die Verwerfungen des Deutschen Staatsgefüges zu erkennen und auszuarbeiten, zieht sich der negative Einfluß der US-Interessengruppen wie ein roter Faden durch jede Art von Verbrechen, die wir uns vorstellen könnten. Gehen wir von 1871 aus, zeigt sich ein kaum zu durchdringendes Geflecht von Verschiebungen der Reichs-, Staats- und Bundesstaatsangehörigkeit, die allesamt zum Ziel haben, die deutsche Bevölkerung den US-Interessen passend umzuformen und auszubeuten. Dazu wurde in Deutschland, ergänzend zu den Kriegen das totalitäre politische System unter dem Deckmantel der Demokratie durch NGOs und Medien aufgebaut, so dass mit Stand 2022 offenkundig keine eigenständige Politik mehr stattfinden kann. Jegliche politische Position wurde infiltriert und durch willfährige Vasallen verärrischer Charaktere des Narzismus besetzt, so dass kein funktionsfähiges Kontrollorgan mehr vorhanden ist. Wie kann es sonst sein, dass kompetenzbefreite BRD-

Dr. Markus Krall
@Markus_Krall

2022 brachte die größte Einkommensvernichtung für die Bürger seit dem Beginn der großen Depression 1929. Und das geht 2023 weiter. Zugleich hat die Inflation 10% des Geldvermögens der Deutschen als "Solizuschlag EZB" aufgefressen:
Kaufkraftverlust: 750 Milliarden Euro.

Translate Tweet

3:59 PM - Jan 2, 2023

„Im Westen liegt die wahre Macht in den Händen von Clans und Konzernen“

ANTI-SPIEGEL [Politik] - „Nikolai Patruschew, der Chef des russischen Sicherheitsrates, hat ein Interview gegeben, in dem er erklärt, wer aus seiner Sicht im Westen die Macht hat und warum es bei der Konfrontation in der Ukraine tatsächlich geht.“

Ich habe bereits über Auszüge aus dem Interview, das Nikolai Patruschew, der Chef des russischen Sicherheitsrates, einem russischen Portal gegeben hat, berichtet. In meinem Artikel habe ich angekündigt, das gesamte Interview zu übersetzen, was ich nun getan habe.

Das Interview ist vor allem deshalb interessant, weil Patruschew exakt das erzählt, was ich in meinem neuesten Buch „Putins Plan“ herausgearbeitet habe. Das soll keine Werbung sein, aber wenn die Lektüre des Interviews bei Ihnen Interesse an mehr Details darüber weckt, warum es bei dem aktuellen Ost-West-Konflikt tatsächlich geht, sollten Sie mein neues Buch lesen, denn darin gehe ich auf über 300 Seiten exakt auf das ein, was Patruschew hier verkürzt erzählt hat.

Man muss der russischen Sichtweise nicht zustimmen, aber man sollte sie zumindest kennen und verstehen, wenn man sich ein eigenes Urteil über das bilden will, was derzeit international vor sich geht.

Wäre das Interview, dessen Übersetzung nun folgt, vor drei Monaten erschienen, hätte ich es in dem Buch wahrscheinlich als Einleitung verwendet.

Beginn der Übersetzung:
„Sie wollen Russland in Moskowien verwandeln“ – Nikolaj Patruschew über den Westen und die Ukraine

Auf welche Aktionen des Westens bereitet man sich in Moskau vor und welche Maßnahmen können dagegen ergriffen werden? Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew erklärte das gegenüber Argumenty i fakty (aif.ru).

Eine turbulente Situation
Vitaly Tsepljaev, aif.ru: Herr Patruschew, wie würden Sie die globale Situation zu Beginn des Jahres einschätzen?

Nikolai Patruschew: Die Lage in der Welt ist äußerst kompliziert und turbulent. Viele Länder in verschiedenen Regionen der Welt befinden sich gleichzeitig in einer militärisch-politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Krise. Hoffentlich wird es dieses Jahr einige positive Veränderungen geben.

Sie haben einmal gesagt, dass die Führung der westlichen Länder nichts tut, um die Situation zu verbessern, nicht nur in der Welt, sondern sogar in ihren eigenen Ländern. Können Sie erklären, was Sie meinen?

Die westlichen Politiker haben keine Macht und keine Möglichkeiten, das Leben in ihren Staaten zu verändern, weil sie schon lange keine unabhängigen Figuren mehr sind. Jeder ist mit dem Großkapital, Lobbyisten und Stiftungen verbunden. Diese Tatsachen verschweigen sie nicht einmal. Es gibt sehr aktuelle Beispiele. Wie sich herausgestellt hat, standen Dutzende von Abgeordneten des EU-Parlaments unter der Kontrolle der Strukturen von George Soros, und die EU-Kommission hat auf Geheiß, eines der größten Pharmaunternehmen der Welt eine Reihe korrupter Schemata für den Kauf von Impfstoffen für Dutzende von Milliarden Euro geschaffen.

Es ist offensichtlich, dass die wahre Macht im Westen in den Händen findiger Clans und multinationaler Konzerne liegt. Meinen Sie die Rockefeller und Rothschilds?

Tatsächlich gibt es noch viel mehr solcher Unternehmen und Clans. Der Gesamtumsatz der 500 größten Unternehmen der Welt hat im Jahr 2021 nach inoffiziellen Angaben fast 38 Billionen Dollar erreicht. Der Großteil der multinationalen Konzerne hat seinen Hauptsitz in den USA. Ihre Einnahmen beliefen sich auf rund 16 Billionen Dollar, der Nettogewinn auf 1,8 Billionen Dollar.

Der Reichtum einiger multinationaler Konzerne übersteigt das Bruttoinlandsprodukt der meisten Volkswirtschaften der Welt, und die Stiftungen, die sie geschaffen haben, um sich weiter zu bereichern, erheben den Anspruch, ein über den Staaten stehender Mechanismus zur Steuerung der Menschheit zu sein. Die Soros-Stiftung ist fast zum weltweit wichtigsten Zentrum für die Planung und Durchführung von „Farbrevolutionen“ geworden.

„Der Entwurf des US-Haushalts für 2023 ist der beste Beweis für die Pläne Washingtons, neue Kriege zu Lasten des Wohlergehens der eigenen Bürger zu entfesseln.“

Nikolai Patruschew
Zwei Schauspieler in einem Theaterstück
Wollen Sie damit sagen, dass nicht einmal die US-Regierung eine unabhängige Politik verfolgt?

In Wirklichkeit ist der amerikanische Staat nur die Hülle für ein Konglomerat riesiger Konzerne, die das Land beherrschen und versuchen, die Welt zu dominieren. „

Den vollständigen Text und weitere gut analysierte Artikel finden Sie auf:

<https://www.anti-spiegel.ru>

Meinungs- und Pressefreiheit oder Gesinnungsjustiz und Arbeitsdienst wie zu Hitlers Zeiten ?

Staatsanwaltschaft Stralsund		Ort, Datum: 18439 Stralsund, 27.12.2022
Bitte stets angeben! Aktenzeichen: 513 Js 27016/20 V		Dienstgebäude: Frankendamm 17
Staatsanwaltschaft - Postfach 2554 - 18412 Stralsund		Telefon: 03831/205-0 Durchwahl: 412 (Geschäftsstelle)
Herrn Jörn Baumann		Telefax: 03831/205680
18273 Güstrow		Ladung zum Strafantritt
Geburtsdatum / -name: 31.05.1962 / -		Justizvollzugsanstalt Waldeck
Geburtsort: Hamburg		Zum Fuchsbau 1
Staatsangehörigkeit: deutsch		18196 Dummerstorf
Sie sind durch Strafbefehl des Amtsgerichts Stralsund, Az. 341 Cs 790/21, vom 02.09.2021 (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) verurteilt worden zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu je 20,00 €.		
Hiervon haben Sie zu verbüßen: 20 Tage Ersatzfreiheitsstrafe.		
Sie werden aufgefordert, diese Strafe in der oben bezeichneten Justizvollzugsanstalt innerhalb von 10 Tagen ab Datum des Poststempels anzutreten!		
Die sofortige Zahlung von 400,00 € an das Landesamt für Finanzen M-V, Deutsche Bundesbank Filiale Rostock, BIC: MARKDEF1130, IBAN: DE58 1300 0000 0014 0015 24, Verwendungszweck: 3129210147086, befreit von der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe. Daneben sind noch Kosten in Höhe von 117,50 € zu zahlen.		

JB [Politik] - Zum Verständnis unserer Arbeit: VOLLDRAHT ist ein Instrument souverän denkender Menschen, das nicht nur Meinungen und Interpretationsansätze liefert, wir bieten auch die machbaren Lösungsansätze an, die in ihrer Umsetzung ein Ziel haben: die Deutschen in all ihren Stämmen in eine handlungsfähige Position zu bringen, wo wir als Gemeinschaft in der wahren Identität der Deutschen unsere Zukunft souverän gestalten können.

Wir sind hochmotiviert und bewirken in der öffentlichen Wahrnehmung eine steigende Kenntnisnahme unserer Arbeit, wobei wir uns auf die stärkste unserer Positionen konzentrieren sollten, die rechtssichere Gemeinschaftsbildung in den Gemeinden. Wir kontrollieren täglich unsere eigene Position. Handeln wir richtig, wo liegen die Fehleinschätzungen, was ist international akzeptabel, was ist regional wichtig? Und in der Summe der Widersprüche werden die uns auferlegten Sackgassen und Täuschungen sichtbar, die wir dann korrigieren.

Unsere europäischen Identitäten der Völker, speziell der Deutschen werden angegriffen und sollen im multikulturellen Einheitsbrei ausgelöscht werden. Daran wird seitens der EU gearbeitet. Die BRD-Okkupanten haben den Abriss des Besatzungsstruktes BRD/Deutschland-Verwaltung langfristig vorbereitet und nichts wurde dem Zufall überlassen. Das Hauptmerkmal ist die sukzessive Verschie-

bung der BRD-Verwaltung fokussiert wurde. Und hier setzt unsere Arbeit an, den verlorengegangenen Bezug auf unsere bewegte und erfolgreiche Geschichte wieder herzustellen, so dass die Diskussion über die Option einer neuen Verfassung da beginnt, wo die „alte“ noch gültige Verfassung des Ewigen Bundes dem Deutschen Volk in feindlicher Absicht entzogen worden ist.

Die Verwerfungen sichtbar machen und in die öffentliche Wahrnehmung bringen, ist unsere tägliche Arbeit. Ich verweise auf die aktuelle Entwicklung des „88er“-Prozesses, der gegen mich geführt wird. Da sich an diesem Prozess schon mehrere Staatsanwälte verlustiert haben, kann von einer politisch motivierten Handlung ausgegangen werden. Wenn ein Staatsanwalt zu doof ist und die Gesetze nicht kennen will, sprich zu viel Koks, Partys und einfach keine Zeit, da kann das schon passieren. Nur dass alle beteiligten Staatsanwälte strunzendoofe Koksfasen sind und nicht wissen was sie tun? Das ist unwahrscheinlich, ergo wird hier eine politische Vorgabe umgesetzt, der die beteiligten Staatsanwälte und Richter folgen.

Wenn Geschichte verstanden werden soll, dann sollte die Geschichte auch frei von Beschränkungen gelernt werden können, was den politischen Bildungsweg maßgeblich beeinflusst, denn wer die Geschichte seines Landes nicht kennt, der ist in der Gefahr, die Fehler zu wiederholen oder noch schlim-

mer, die Manipulation kann nicht erkannt werden. Wie kann es also sein, dass in der Wirkstätte des Nationalsozialismus nur die Version der „Siegermächte“ veröffentlicht werden darf und jede Diskussion verschiedener Ansätze unter Strafe gestellt wird, was aber auch dem Rest der Welt vollkommen egal ist?

VOLLDRAHT ist auch eine gedruckte Zeitung, die in der Meinungsfreiheit alle Themen anspricht und sich das Recht nimmt, Fragen zu stellen, Sachverhalte zu hinterfragen und Lösungsansätze ausarbeitet, sich nicht durch kriminelle Vereinigungen oder durch eine korrupte Justiz daran hindern lässt. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz.

Wenn die journalistische Meinungsfreiheit willkürlich aufgehoben wird, während in Zeitschriften wie Stern, Bild und Spiegel, der Mainstream der öffentlich-rechtlichen Propagandatriten, die Häufigkeit der Abbildungen des hochgereckten Arms Adolf Hitlers und des Hakenkreuzes nur noch durch eine Spielpuppe Adolf Hitlers für Stammleser übertrumpfen kann, wenn der unerträgliche Zustand, dass die von der BRD/Deutschland unterstützten ukrainischen Truppenteile, die Abzeichen und Symbolik nationalsozialistischer Verbände/Kennzeichen tragen und voll tätowiert sind, unüber-

sehbar den Nationalsozialismus mit Adolf Hitler als Ikone verherrlichen, dann stimmt was nicht! Zumal der fragliche Artikel sich eindeutig gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen und die Analogie der ausgeübten Politik der Ex-Führer*inn A. Merkel und dem Ex-Führer A. Hitler verdeutlicht hat. Das Verfahren hätte nie eröffnet werden dürfen und ist in seiner formaljuristischen Ausführung defekt und nichtig. Das Engagement der beteiligten Staatsanwälte ist in der wohlwollendsten Kennzeichnung als sittenwidrig zu bezeichnen (Art. 2 Abs. 1 GG „Sittengesetz“ mithin „vernünftiges Naturrecht“ n. Art. 123 GG). Es drängt sich die Rechtsvermutung einer selbstermächtigten Parteiendiktatur auf, die in der Lobbyistenfunktion ideologisch motivierter Interessengruppen für den Raubzug und Systemwechsel ohne staatliche Legitimation agiert (Gewalteneinheitstyrannis statt PR 1948 „Gewaltentrennung“ - Art. 20 Abs. 3 GG; gilt Art. 20 Abs. 4, 25 GG i.V.m. Art. 123 GG u. Art. 2 Abs. 1 GG) i.V.m. Korruption in grober Willkür (Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 123 GG -

„Fäden zwischen dem alten und dem neuen Reich nicht so völlig zerrissen sind, wie manche wähen.“; zu schützenden Bundesrecht n. BGBl. 1867 Nr. 1 S. 1-2 i.V.m. BGBl. 1871 Nr. 51 S. 627 u. BGBl. 1871 Nr. 16 S. 64, vgl. BGBl. III i.V.m. Art. 123 GG), welcher sich zunächst „Norddeutsch“ nannte und nunmehr „Deutscher Bund“ zu nennen ist, mithin also gerade nicht mehr als „Deutsches Reich“ (§ 2 Verf.-Urkunde Abs. 2 BGBl. 1871 Nr. 16 S. 63) „zu verstehen“ ist, da selbiges samt Kaiseramt in Doorn auslief, wohingegen im Bundesgebiete der ewige Bund bis dato gültig blieb, mich angesichts dieser totalitär tyrannischen Herrschaft schutzsuchend an die Kontroll- und Sicherungsorgane der Landkriegsordnung von

1910 (Deutschland, Bundesrath, nicht Reich oder Kaiser) und der Genfer Konvention von 1949 wenden werde.

Da wir strikt gegen eine Eskalation der von der „BRD-Regierung“ (Okkupanten) initiierten Gewaltspirale sind,

beschreiten wir den Weg durch die Instanzen. Wobei damit nicht das BRD-Bun-

Die Absurdität des § 86 StGB.

3 Einzelentscheidungen zu §§ 86, 86a StGB und § 20 VereinsG

3.1 Porträt Darstellungen (u. a. Kopfbilder und Büsten) von Adolf Hitler

Ein häufig von nationalsozialistischen Organisationen verwendetes Kennzeichen ist das Kopfbild Hitlers. Das Bild Hitlers wurde zu Zeiten der NSDAP der Bevölkerung ständig vor Augen gebracht. Es war daher das eindeutigste Sinnbild für die NSDAP und ihre Organisationen. Die Verbreitung des Kopfbildes Hitlers in einer Zeitschrift mit rechtsextremistischen Tendenzen ist nach § 86a StGB strafbar; die Strafbarkeit hängt nicht von dem Nachweis einer mit der Verwendung verbundenen verfassungsfeindlichen Absicht ab.



ideologischer und rechtswillkürlicher Blödsinn

Bildquelle: Verfassungsschutz / 2022-02-rechtsextremismus-symbole-zeichen-organisationen

Gemäß der zur Willkür animierenden Rechtsauslegung wäre auch das Abilden des o.g. (Bildes A.D+ strafbar) strafbar, je nach Laune des Staatsanwaltes.

vgl. RiAG GRM Dr. Weimann u. Prof. Nils Melzer)

Zitat: Ehem. Staatsanwalt Dr. David Jungbluth : „In einem nur ansatzweise funktionierenden Rechtsstaat wären diese Personen hinter schwedischen Gardinen oder in der Psychiatrie. [...] Das ist die klassische Situation des Völkerstrafrechts, und zwar genau des Tatbestandes des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, dass der Staat gegen seine Bürger agiert; und zwar systemisch.“ Daraus ergibt sich eine Er-

pressung von Geldmitteln, unter Androhung von mit Schusswaffen bewaffneten Söldnern eingetrieben und bei Nichtzahlung mit einer Freiheitsberaubung beglückt zu werden. Aus der unerquicklichen Situation der Waffenungleichheit eines unbewaffneten Bürgers gegen völkerrechtswidrig agierende Söldner nehme ich das Alternativangebot des Arbeitsdienstes unter Zwang an. Sie werden daher sicherlich Verständnis dafür aufbringen, dass ich als Deutscher Bundesbürger (§§ 1 Abs. 1 lt. Halbs., 3, 4 u. 5 BGBl. I 1955 Nr. 6 S. 65 v. 22.02.1955; §§ 1, 2 BuStAG v. 1870, vgl. dazu § 37 StAG m. § 37 RoStAG bzgl. § 26 BuStAG) innerhalb des gültigen Bundesgebietes laut Bundesverfassung vom 20.04.1871 (d. Kaiseramt- und Weiheputsch zu 9/11 1918) per Niederlassung (ius sanguinis) Hamburger Staatsangehöriger mithin Bundesangehöriger des ewigen Bundes von 1867 haltend (n. Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2 Vorw. 1. Aufl. VI. Abs. 2:

desverfassungsgericht gemeint ist, da dieses schon als politisch korruptiert gilt.

Die Amtsgerichtsebene hat deutlich gezeigt, dass hier politische Vorgaben umgesetzt werden und der Rechtsbankrott herrscht. Wir prüfen die reale Schutzfunktion der HLKO, der Genfer Konventionen und des anwendbaren Militärrechts.

Fazit: Wehrt euch gegen eine totalitäre Rechtswillkür und schafft rechtsstaatliche Verhältnisse in euren Gemeinden!

Anlage 2 zur Ladung zum Strafantritt

Antrag auf Abwendung der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch freie Arbeit

zung der Gesetzgebung in den totalitären Bereich nach Brüssel, der EU-Verwaltung und das ist inakzeptabel. Neben anderen rechtswidrigen Täuschungen und Rechtsverdrängen wurde der GG Art. 23, Gebiet des Geltungsbereichs, aus dem GG der BRD 2.0/1990 entfernt, um dann mit dem Europa-Artikel die Verschiebung der Gesetzgebung in den EU-Apparat möglichst widerstandslos durchzuführen. Aktuelle Bemühungen mittels Großdemonstrationen und dem Show-Programm von Pandemie, initiiertem Terror, illegaler Einwanderung, künstlichen Versorgungsengpässen und dem enervierenden Gekreische der grün eingefärbten Nazis („Da läuft der Nazi“) sowie dem Einsatz kompetenzbefreiter politischer Akteure führen zu einem Chaos, in dem die Bevölkerung nur zu bereitwillig der hingehaltenen Mohrrübe einer neuen Verfassung hinterherläuft. Das ist die EU-Falle, wenn die zuschnappt, war es das.

Gegen eine neue Verfassung ist nichts einzuwenden, aber nur dann, wenn die Diskussion darüber auch in einem transparenten und faktenbasierten Umfeld geführt wird. Was leider mit einer größtenteils desinformierten und emotional manipulierten Bevölkerung schwierig wird, deren Verständnis der deutschen Geschichte auf die kurze Zeit des NS-Regimes und der darauffolgenden Umerziehungsphase durch

mer, die Manipulation kann nicht erkannt werden.

Wie kann es also sein, dass in der Wirkstätte des Nationalsozialismus nur die Version der „Siegermächte“ veröffentlicht werden darf und jede Diskussion verschiedener Ansätze unter Strafe gestellt wird, was aber auch dem Rest der Welt vollkommen egal ist?

VOLLDRAHT ist auch eine gedruckte Zeitung, die in der Meinungsfreiheit alle Themen anspricht und sich das Recht nimmt, Fragen zu stellen, Sachverhalte zu hinterfragen und Lösungsansätze ausarbeitet, sich nicht durch kriminelle Vereinigungen oder durch eine korrupte Justiz daran hindern lässt. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz.

Wenn die journalistische Meinungsfreiheit willkürlich aufgehoben wird, während in Zeitschriften wie Stern, Bild und Spiegel, der Mainstream der öffentlich-rechtlichen Propagandatriten, die Häufigkeit der Abbildungen des hochgereckten Arms Adolf Hitlers und des Hakenkreuzes nur noch durch eine Spielpuppe Adolf Hitlers für Stammleser übertrumpfen kann, wenn der unerträgliche Zustand, dass die von der BRD/Deutschland unterstützten ukrainischen Truppenteile, die Abzeichen und Symbolik nationalsozialistischer Verbände/Kennzeichen tragen und voll tätowiert sind, unüber-



IMPRESSUM

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet

Volldraht

Redaktion
B a u m a n n , Jörn
0176-32883575
info@volldraht.de
www.volldraht.de

Inhaberin:
T i m m , Janet
Gleviner Straße 29
18273 Güstrow

VOLLDRAHT® ist eine eingetragene Wortmarke

Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung



Deutsche Verzweiflung

In Angst und bürgerlichem Leben wurde nie eine Kette gesprengt. Hier muß man schon mehr geben, die Freiheit wird nicht geschenkt.

Es sind die glücklichen Sklaven der Freiheit größter Feind, drum sollt Ihr Unglück haben und spüren jedes Leid.

Nicht Mord, nicht Brand, nicht Kerker, nicht Standrecht obendrein; es muß noch kommen stärker, wenn's soll von Wirkung sein!

Ihr müßt zu Bettlern werden, müßt hungern allesamt, zu Mühen und Beschwerden verflucht sein und verdammt.

Euch muß das bißchen Leben so gründlich sein verhaßt, daß Ihr es fort wollt geben wie eine Qual und Last.

Erst dann vielleicht erwacht noch in Euch ein bess'rer Geist, der Geist, der über Nacht noch Euch hin zur Freiheit reißt!

Hoffmann von Fallersleben
1798 – 1874

Was soll ich noch schreiben, es wurde bereits alles geschrieben. Die politischen Mandatsträger pissen sich ein, im Wissen ihres Verbrechens und die Wenigen die aufstehen und Rechen-schaft verlangen, die werden durch die Wohlstandssklaven bekämpft und ignoriert. Ihr glaubt der Genozid durch die Gen-Spritze wird das Schlimmste sein, was euch passieren konnte. Wartet ab, wenn der Dreck des Pädophilen-Sumpf euch vor Augen geführt wird, so daß Ihr nicht mehr wegschauen könnt. Seht was euch erwartet, eure Feigheit wird euer Ende sein.
jb/Redakteur

Jörn Baumann, Hamburg 1962, Hamburger, verwurzelt in Mecklenburg, verheiratet, Vater von 5 Kindern, Karosseriebau, Baubudenrülps, Anlagenbauer, Thermodynamiker, Entwickler in der bakteriologischen Prophylaxe von Trinkwasser- und Ultrafiltrationssystemen, Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung „Machen ist besser als tun wollen“, unbequem, direkt, wurde zum Schreiben getrieben - es war kein anderer da, der den Job machen wollte. Rechtschaffend, parteilos, Visionär, Rationalist, Fan vom Team Russland Putin/Lawrow.

Wut in kanalisierter Form des Schreibens, ist der Möjlner der Freiheit.

Die Redaktion distanziert sich von den Meinungen, Ansichten und dem Inhalt des Kolumnisten. Wir drucken es trotzdem!

KLIMAPANIK - Der CO2-Schwindel und die Trottel Schlacht bei Lützerath



JB [Politik] - Es ist soweit, die endgültige Schlacht der Klima-Sekte wird in Lützerath geführt werden. Hunderte von Idioten und ihre Führungsoffiziere aus dem Crisis Actor-Milieu spielen zusammen mit den Polizeiwichteln fangen.

Die Beschwörungen der Endzeit-Sekten sind der Grundton, der durch die Ruinen von Lützerath dröhnt „Wir werden alle sterben“, das gleicht einem absolut neuen und Unheil verheißenden Dogma. Keiner hat den pubertären CO2-Wichteln erklärt, dass dies eine fixe Komponente des Lebens ist, aber das werden die auch noch verstehen. Es bahnt sich das Zusammentreffen der beiden superreichen Zwergen-Titanen an. Luisa Neubauer (Influencer mit FlugmeilenBonus-Sammelkarte) und dem schwedischen Co2-Klima-Golem Greta Thunberg und ihre Horden von Vollhonks kämpfen zusehend mit der Plausibilität ihrer Realitätsblasen. Gespannt wird der Aufprall der Armeen von den CEOs verfolgt, denn von dem Ausgang der Schlacht bei Lützerath wird das zukünftige Geschäftsmodell bestimmt. Die Abzocke mittels eines fiktiven Problems, das nur Trottel glauben. Die Wissenden sind bezahlte Claqueure, die eh alles Nachbrabbeln was auf dem Zettel steht.

„Höheres Klimaziel bis 2030 mit dem geänderten Klimaschutzgesetz werden die Zielvorgaben für weniger Emissionen angehoben. Das Minderungsziel für 2030 steigt um 10 Prozentpunkte auf mindestens 65 Prozent. Das heißt, Deutschland soll bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Die höheren Ambitionen wirken sich auch auf die Minderungsziele bis zum Jahr 2030 in den einzelnen Sektoren aus: in der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehr, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft.“
Quelle: Bundesregierung (BRD-Okkupanten).

Der Schwachsinn der Bundesregierung trägt jetzt schon weitreichende Erfolge der kompetenzbefreiten Ampelregierung, denn die genannten Minderungsziele in den Sektoren der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehr, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft führen jetzt schon zum totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Wer jetzt glaubt, dass sich der Menschenverstand durchsetzt und dieser Klima-Schwachsinn allein durch rationale Überlegung sich in Luft, respektive CO2 auflöst, wird eines Besseren belehrt. Die einen erzählen Märchen und die anderen glauben die Märchen und zahlen den Tribut an die Märchenerzähler. Die BRD ist zur größten Freiluftklapse auf dem Kontinent geworden.

Für alle diejenigen, die ihren Vakuumbehälter zwischen den Ohren nicht mit Murmeln gefüllt haben, ergibt sich folgendes Bild, die westliche Welt wird von super superreichen Arschlöchern mit absurden Fiktionen geflutet und eine davon ist das Märchen vom Klimawandel. Wobei bei rationaler Betrachtung der Sachlage, ohne sich jetzt durch die Broschüren der Marketingabteilungen der Konzerne lesen zu müssen, eine klitzekleine Tatsache irgendwie in den Medien nicht so richtig berücksichtigt wird.

Das erzeugt ein Dejavou zu den PCR-Tests in der fiktiven Corona-Pandemie, wo das Ergebnis der PCR-Tests, die keine Infektion diagnostizieren können, durch die politische

Vorgabe der Märchenerzähler als Infektionen gewertet werden und die Grundlage für die maßnahmenauslösenden Inzidenzwerte gilt. Völlig absurd, aber es hat funktioniert, die verängstigten Trottel laufen immer noch mit Maske rum und spritzen sich wie ein alter Hardcorejunkie eine Dröhnung nach der anderen in die Arme. Es ist wie immer bei allen Plagen, nur der Glaube zählt.

In der Fiktion des Klimas „Wir werden alle sterben“ weil der CO2-Gehalt in der Atmosphäre steigen könnte, wird über die Tatsache hinweggesehen, dass die Ausgangsvoraussetzung verdreht ist und dadurch erst dieses Geschäftsmodell verkaufsfähig wurde.

Das Vostock-Eisbohrkernprojekt kann nach langjährigen und prüfbar wissenschaftlichen Kriterien sowie validierenden Arbeiten als anerkanntes und den Regeln entsprechendes Ergebnis gewertet werden.

„Am Südpol hat man daher mittels mehrerer tiefer Kernbohrungen Eisproben aus dem ewigen Eis gezogen. Eine Kernbohrung stammt vom sogenannten „Vostok See“. Der Vostok-Eisbohrkern mit insgesamt 3,7km Tiefe deckt ein Zeitintervall von insgesamt 420.000 Jahre vor unserer Zeit bis heute ab.

Aus den Daten können wir folgendes schließen: **Nicht etwa die CO2-Konzentration beeinflusst die Temperatur, sondern die Temperatur beeinflusst die CO2-Konzentration.** Das geht zwingend aus den Datensätzen der Eisbohrkerne hervor. Denn steigende oder fallende Temperaturen erfolgen immer einige hundert Jahre vor den Konzentrationsänderungen des CO2. Die CO2- und die Temperaturkurve korrelieren miteinander, aber eben im Mittel um etwa 600 Jahre plus-minus 400 Jahre versetzt. Und das kann man bei etwa ¾ des gesamten Kurvenverlaufs sehen. Man kann mit den Eisbohrkernen daher eben nicht beweisen, dass hohe CO2-Konzentrationen die Temperatur erhöhen, sondern das genaue Gegenteil!“

Quelle: Markus Fiedler
/ „Das nicht passende Klimapanikpuzzle (Teil1 u. Teil2)“ von Markus Fiedler



AUF 1 (Gesellschaft) - In der Schweiz geht es beim Treffen der globalistischen Eliten spätrömisch-dekadent zu: Nach der aufwändigen Anreise mit dem Privatjet, dem schweißtreibenden Planen von Kriegen und Plandemien, sowie den anstrengenden Luxusdiner, haben die Globalisten beim Weltwirtschaftsforum in Davos natürlich Anspruch auf ein wenig Entspannung. Da sich unter den Teilnehmern des Forums zahllose Polit-Vertreter befinden, darf angenommen werden, dass diese auch mit Steuergeldern entlohnt werden. Ebenso wie die 5.000 Schweizer Soldaten, die Klein-Versailles und seine Konkubinen beschützen. Folgen Sie uns auf Telegram: <https://t.me/auf1tv>

Wie wird Geld definiert?

Rechtsmärchen - [Recht] - Maestro M. Vor 1933 contra nach 1933?
vor 1933:

„Geld ist ausschließlich physisches Gold und Silber.“ (US-Verfassung 1776).

„Gold- und silbergedeckte Werteinheit.“ (Black`s Law Dictionary bis 1933).

„Geld: etwas von intrinsischem Wert, nicht länger existierend seit 1933.“ (Blacks Law 2nd Ed.).

nach 1933:

„Geld: In der gewöhnlichen und gebräuchlichen Wortbedeutung meint es Münzen und Papierwährung, benutzt als Zirkulationsmedium des Austauschs und schließt nicht Banknoten, Schuldenbeweise oder anderen persönlichen Besitz oder Grundvermögen mit ein.“ [Black`s Law Dictionary, Sixth Edition, p. 1005].

„Geld: „ein allgemeiner unklarer Begriff für eine Maßeinheit von Wert...“ (Blacks Law 2nd Ed.).

„Die legale Definition von Geld schließt Banknoten aus.“ [Black`s Law 6th p.1005].

Schuldverschreibung, Note oder Zertifikat oder anderer Beweis der Verschuldung (indeptedness), von einer Korporation oder Regierung herausgegeben.... oder in registrierter Form.“ (IRC Code Title 26 §165 (g)(2)(C)).

„Konto (Account): genauer Nachweis gegenseitiger Forderungen im zwischenparteilichen Bereich von Schuld (debt) und Kredit (credit); die Forderungen entstanden aus Verträgen heraus oder aus irgendeiner treuhänderischen Beziehung“; [Blacks Law 3rd,1933]

Lauterbach gesteht: Masken an der freien Luft völlig wirkungslos



ddb Radio (Maskenterror)- Lauterbach gesteht: Masken an der freien Luft völlig wirkungslos. Doch genau deshalb ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen friedliche Bürger vor! Erinnert Ihr euch noch an die Großdemonstration im November 2020 in Leipzig, als über 40.000 Menschen gegen die Coronamaßnahmen protestierten? Oder die Demonstration ein Jahr später an gleicher Stelle?

Wegen angeblicher Verstöße gegen die Coronaaufgaben (Maskenpflicht) wurden die Versammlungen aufgelöst, es kam zu unverhältnismäßigen und brutalen Polizeieinsätzen, bis heute laufen Gerichtsverfahren gegen Bürger.

Und jetzt, über zwei Jahre später, rudert Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kleinlaut zurück, es hätte nie eine Notwendigkeit für die

Maßnahmen gegeben und sie wären seinerzeit bereits umstritten gewesen. Was eine Heuchelei!

Wo bleibt die Aufarbeitung dieses Unrechts? Wo die Konsequenzen für die Verantwortlichen? Wo der Untersuchungsausschuss Polizeigewalt und Polizeiwillkür?
von FREIE SACHSEN
<https://t.me/Volldraht/5866>

Gutachten zur Untauglichkeit von PCR-Tests

Ärzte für Aufklärung - In ihrem Gutachten vom 1. Jan. 2023 zur Tauglichkeit der RT-qPCR-Testmethode («PCR-Test») gelangt Frau Prof. Dr. rer. biol. hum. Ulrike Kämmer zu folgendem Ergebnis: „Zur Testung asymptomatischer und selbst symptomatischer Menschen anhand eines Nasen-Rachenabstrichs, wie er massenweise unkritisch und überwiegend von nicht medizinischen Personal OHNE (hierbei entscheidend: entgegen der WHO-Forderung!) Anamnese und Symptomerhebung bei den Getesteten erfolgt, ist die eingesetzte RTqPCR in jeglicher Form nicht tauglich, eine Infektion und vor allem eine Infektiosität mit SARS-CoV2 zu erkennen.“ Prof. Dr. Kämmerer; siehe Gutachten S. 39. Mit anderen Worten: Ein positiver PCR-Test hat epidemiologisch betrachtet keine Beweiskraft. Und ein mit positivem PCR-Test Verstorbener ist „nur“ mit positivem PCT-Resultat verstorben. Über die wahre Todesursache sagt der Test rein gar nichts aus. Kämmerers Gutachten reiht sich ein in eine Fülle eindeutiger Evidenz der letzten 3 Jahre zum Beweis der Untauglichkeit der «Methode PCR-Test» bzgl. des Nachweises einer Covid-19-Er-

krankung. Seit 3 Jahren wird der PCR-Test von Gesundheitsbehörden aller Welt noch immer bedenkenlos als «der Goldstandard» verwendet, um die Illusion einer gefährlichen epidemiologischen Bedrohung aufrechtzuerhalten. Die bis 2020 üblichen und bewährten Diagnosemethoden wurden dabei bis heute völlig außer Acht gelassen. Korrektur in Sicht? Fehlanzeige!

Nach wie vor rechtfertigt die WHO ihre jeweils routinemäßig verlängerte «Pandemie» («Public Health Emergency of International Concern / PHEIC» gem. Art. 12 der internat. Gesundheitsvorschriften) ausschließlich auf der Basis weltweit erhobener PCR-Fallzahlen und Todesfälle/Hospitalisierungen mit positivem PCR-Resultat. Ob SARS-CoV-2 in diesen Fällen jeweils eine entscheidende Rolle gespielt hat und nicht vielmehr andere Faktoren, interessiert die WHO keine Spur.

Selbstverständlich rechtfertigen auch Schweizer Bundesrat und Parlament auf dieser nichtigen Basis (dem PCR-Test) die weitreichendsten Eingriffe in die Rechte der Schweizer Bevölkerung, in unsere Gesundheit und in unsere Wirtschaft. Auf dieser

nichtigen Basis wurde nicht nur das Notrecht eingeführt, sondern auch das Covid-19-Gesetz, welches das Parlament kürzlich bis 30. Juni 2024 verlängert hat (und zwar mit sofortiger Wirkung), ohne das fakultative Referendum abzuwarten (wegen angeblicher besonderer Dringlichkeit und Gefahr; im Verfahren der dinglichen Gesetzgebung; Art. 165 Abs. 1 BV). Kämmerers Gutachten ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur überfälligen Korrektur eines alles beherrschenden globalen - geradezu kriminellen - Systemfehlers. Gegen diesen Systemfehler und gegen die kriminellen Treiber desselben müssen wir genauso konsequent vorgehen, wie gegen die Treiber rechtswidrig zugelassener, nutzloser und schädlicher „Covid-19-Impfungen“. Herzlichen Dank an Frau Prof. Dr. Kämmerer! (Text: Redaktion Opposition24.com) Ulrike Kämmer - Gutachten vom 1. Januar 2023 zur Tauglichkeit der RT-qPCR-Testmethode («PCR-Test») https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/ulrike_kaemmer_-_gutachten_vom_1._januar_2023_zur_tauglichkeit_der_rt-qpcr-testmethode_-_pcr-test_0.pdf

Bestattungsunternehmen veröffentlichen alarmierende Berichte

UNCUT-NEWS - Ein neuseeländischer Bestattungsunternehmer sagte, dass 95 Prozent der Menschen, die zu ihm gebracht wurden, innerhalb von zwei Wochen nach der Impfung gegen Covid gestorben seien. Es scheint, dass die meisten von ihnen an einer schweren allergischen Reaktion auf den Booster starben, sagte Brenton Faithfull. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Großbritannien. Von dem Moment an, in dem diese Injektionen verabreicht werden, steigt die Sterblichkeitsrate in die Höhe, so der britische Bestattungsunternehmer John O'Looney. Sie wurden als Covidtote gezählt, aber er sagte, es handle sich fast ausschließlich um Menschen, die geimpft worden seien. https://t.me/uncut_news/50823

Ex-Berater des RKI: „Wir erleben das Sterben der Geimpften“

AUF1 [Medien] - Die Zahl der Opfer des Corona-Genexperiments steigt. Jeder, der eine Injektion erhielt, wird früher oder später mit Schäden zu kämpfen haben, meint der Dozent und European Industrial Engineer Holger Reißner, der die sogenannten Impfstoffe untersucht und dabei gravierende Schadstoffe entdeckt hat. Im Exklusivinterview mit AUF1 erhebt der frühere externe Berater des Robert-Koch-Instituts nun schwere Vorwürfe gegen die Behörden. So hätten Beamte, die für das System wichtig sind, möglicherweise nur Placebo-Impfungen erhalten. Weshalb Reißner Covid-19 mittlerweile für eine Biowaffe hält und woher der Kampfstoff stammen könnte, erklärt er in dieser Ausgabe von Berlin Mitte AUF1.

Hinweis: Das Gespräch wurde im Dezember aufgezeichnet. Die Anmerkungen zur chinesischen Corona-Politik beziehen sich daher auf den damaligen Sachstand.

Den ganzen Beitrag „Berlin Mitte AUF1“ hier ansehen: <https://auf1.tv/berlin-mitte-auf1/berlin-mitte-auf1-wir-erleben-das-sterben-der-geimpften>

Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1. Mit AUF1 startet der erste wirklich zu 100% unabhängige und alternative TV-Sender im deutschsprachigen Raum mit 7-Tages-Programm und täglichem Nachrichtenformat. Neuartig sind nicht nur die Inhalte, sondern auch die Grundprinzipien des Senders.

Herausgegeben wird das Programm von AUF1 vom Verein für basisgetragene und unabhängige Medienvielfalt. Gestaltet wird das Programm von mehreren Formatgestaltern, freien Journalisten, Medienmachern. Herausgeber und Chefredakteur ist Stefan Magnet.



VOLLDRAHT-Selbstverständnis

VOLLDRAHT ist eine gedruckte Zeitung und eine digitale Webplattform von Bürgern für Bürger. Diese einzigartige Kombination wird durch Bürgerjournalisten, den einzig wahren, weil unbezahlten Reportern des wahren Lebens, mit Inhalt gefüllt. Wir wollen Bürgerjournalismus zu dem entscheidenden Wahrheits- und Wissens- und Wissenselement der neuen deutschen Medien machen.

VOLLDRAHT ist keine einem Parteiprogramm folgende Zeitung, sondern muß als Sammlung verschiedenster Meinungen verstanden werden.

Das beinhaltet, daß die Herausgeber und Macher dieser Medien-Plattform nicht unbedingt der Meinung sind, die der jeweilige Autor eines jeweiligen Themas vertritt.

VOLLDRAHT ist Pranger und Forum zugleich. An den Pranger sollen alle Mißstände gestellt werden, die in der politischen Auseinandersetzung mit dem Alltag zutage treten. Auf der Stufe des Forums stehend soll - nach Vorbild des altrömischen (Forum), altgriechischen (Agora) und germanischen (Thing) Demokratiedenkens - jeder das Wort haben, der meint, daß er etwas zu sagen habe, um seine Gedanken formulieren und zur Diskussion stellen zu können.

VOLLDRAHT ist ein gigantisches Projekt. Die Auseinandersetzung mit dem geschriebenen Wort ermöglicht die Kommunikation zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven in einer Zeit von nicht selten irreführenden Berichterstattungen, die gezielt gegen diesen Informationsaustausch arbeiten. Meinungsfreiheit ist ein großes Wort, aber VOLLDRAHT ist gelebte Meinungsfreiheit!

VOLLDRAHT ist Ihre Zeitung, nutzen Sie dieses Sprachrohr ihrer Meinung.



Über 1.100 Sp(r)itzensportler nach Gen-Impfung gestorben

Eine neue Studie aus den USA kommt zu einem schrecklichen Ergebnis: Weltweit wurden zwischen 2021 und 2022 bei geimpften Spitzensportlern über 1.600 Herzinfarkte oder andere schwere kardiologische Nebenwirkungen festgestellt, von denen 1.114 tödlich verliefen!

www.auf1.tv

AUF1

Rede und Antworten des Außenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, auf einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen der russischen Diplomatie 2022, Moskau, 18. Januar 2023



Russisches Außenministerium - Sehr geehrte Kollegen, guten Tag!

Wir treffen uns traditionell am Anfang des Jahres, um über die Ergebnisse und Ereignisse des vergangenen Jahres zu sprechen. Es war ein sehr nicht einfaches, in gewissem Maße einmaliges Jahr. Es zeigten sich tiefe Tendenzen in der Geopolitik und in internationalen Bestrebungen der führenden Staaten, die zuvor seit mehreren Jahrzehnten reiften.

Die westlichen Kollegen wollten aus der Ukraine und der Entwicklung um die Ukraine das größte Medien-, politische und wirtschaftliche Ereignis machen, wobei der Russischen Föderation zur Last gelegt wurde, dass die „Aggression“ gegen die Ukraine der Grund aller Probleme der Weltwirtschaft sei. Ich werde nicht ausführlich über die Demütigung dieser Behauptungen sprechen. Die Statistik, darunter von der Weltbank, IWF, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO und anderen internationalen Strukturen, zeugt eindeutig davon, dass die Krise lange vor Beginn der militärischen Spezialoperation heranreifte.

Russlands Präsident Wladimir Putin führte mehrmals Angaben an, die zeigen, wie negative Erscheinungen in der Weltwirtschaft begannen, vor allem wegen der egoistischen Position der USA und ihrer Verbündeten.

Die jetzigen Ereignisse in der Ukraine sind das Ergebnis einer jahrelangen Vorbereitung der USA und ihrer Satelliten auf einen globalen Hybrid-Krieg gegen die Russische Föderation. Das verheimlicht niemand. Wenn man unvoreingenommene westliche Vertreter, darunter Politologen, Wissenschaftler, Politiker liest, kann man sich darin vergewissern. Vor einigen Tagen gab es einen Artikel des Professors der Columbia University, Ian Bremmer. Er schrieb: „Wir sind nicht in dem Zustand eines „kalten Kriegs“ mit Russland. Wir sind in einem „heißen Krieg“ mit Russland. Die Nato kämpft dagegen nicht unmittelbar. Wir kämpfen über die Ukraine“. Ein ziemlich offenes Eingeständnis. Diese Schlussfolgerung liegt auf der Oberfläche. Es ist merkwürdig, dass versucht wird, sie irgendwie zu widerlegen. Kroatiens Präsident Zoran Milanovic sagte, dass es der Krieg der Nato sei. Offen, ehrlich. Vor einigen Wochen schrieb Henry Kissinger (bevor er im letzten Artikel dazu aufrief, die Ukraine in die Nato aufzunehmen) eindeutig, dass die Entwicklung in der Ukraine ein Zusammenstoß, Wettbewerb von zwei Atommächten um die Kontrolle über dieses Gebiet ist. Es ist ziemlich klar, worum es geht.

Unsere westlichen Partner sind nicht aufrichtig, wenn sie mit Schaum am Mund beweisen, dass sie gegen Russland nicht kämpfen, sondern nur der Ukraine helfen, die „Aggression“ zu bekämpfen, die territoriale Integrität wiederherzustellen. Die Menge der Unterstützung zeigt eindeutig, dass der Westen vieles auf seinen Krieg gegen Russland setzte. Das ist klar.

Die Ereignisse um die Ukraine stellten das herangereifte Streben der USA, die Festigung ihrer Positionen in der Welt nicht mit legitimen Mitteln zu erreichen, und zu illegitimen Methoden der Gewährleistung ihrer Dominanz zu übergehen, fest. Es wird alles eingesetzt. Es wurden Mechanismen zerstört (nicht danach, was wir in der Ukraine sehen), die vom Westen mit den USA an der Spitze geschaffen wurden und als heilig galten. Der freie Markt, fairer Wettbewerb, freies Unternehmertum, Unantastbarkeit des Eigentums, Unschuldvermutung – alles, worauf das westliche Modell der Globalisierung beruhte, stürzte auf einmal. Gegen Russland und gegen andere „unerwünschte“ Länder werden Sanktionen angewendet, die diesen Grundlagen und Mechanismen widersprechen. Es ist klar, dass sie morgen

bzw. übermorgen gegen jeden Staat eingesetzt werden können, der nicht blind US-Befehle erfüllen wird.

Die Europäische Union unterwarf sich vollständig dem US-Diktat (man muss darüber nicht lange sprechen). Der Höhepunkt dieses Prozesses, der sich innerhalb einiger Jahre bildete, war die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der Nato und EU über Zusammenarbeit am 10. Januar dieses Jahres. Dort steht direkt geschrieben, dass die Allianz und die EU die Aufgabe haben, „alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel im Interesse dieser „goldenen Milliarde“ zu nutzen. Es steht so direkt – im Interesse einer Milliarde Staatsbürger der Nato und der EU. Die Anderen sind laut dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, „Dschungel“, der dem „blühenden Garten“ bei der Entwicklung stört. Deswegen soll man ihn neu formatieren, an die eigenen Bedürfnisse anpassen, in Kolonien des neuen Typs verwandeln und von dort Ressourcen mit neuen Methoden erbarungslos auspumpen. Die Mittel sind bekannt: Dämonisierung, Erpressung, Sanktionen, Drohung mit Gewalt und vieles anderes. Jetzt ist der Kurs des Westens auf Zerstörung der traditionellen Verbindungen historischer Partner in verschiedenen Regionen, ihre Fragmentierung und Destabilisierung mehr zu bemerken. Wir sehen das auf dem Balkan, im postsowjetischen Raum, insbesondere wenn man die Handlungen der USA, ihrer Kunden und Helfer in Zentralasien, Transkaukasien analysiert.

Die ganze Entwicklung um die Ukraine reifte seit langem. 2004 fand der erste Maidan statt. Damals verlautete seitens europäischer offizieller Personen zum ersten Mal, dass die Ukraine wählen soll, mit wem sie ist – mit dem Westen oder mit Russland. Seit dieser Zeit wurde diese „Entweder-oder“-Logik kontinuierlich in der Politik des Westens gegenüber dieser Region durchgesetzt. Jene, die eine „falsche“ Wahl machten und damit rechneten, dass ihre historischen Verbindungen, Verwandtschaftsverbindungen, Traditionen und religiöse Überzeugungen sie mit der Russischen Föderation (obwohl sie in der Ukraine wohnen) verbinden, wurden zunächst mehr oder weniger delikat, dann erbarungslos aus dem politischen Leben ausgeschlossen, es wurden Maßnahmen der strafrechtlichen Verfolgung angewendet. Das umfasste Mord an ungehorsamen Journalisten und Politikern, Sperrung der Medien, die eine offizielle Position nicht widerspiegeln. Schaffung eines polizeilichen und nazistischen Staates war in vollem Gange. Jetzt wurde sie de facto mit Segen des Westens abgeschlossen. Alternativen – entweder mit dem Westen oder mit Russland – waren notwendig, um jene festzustellen, die nicht mit dem Westen, sondern gegen den Westen sind. Sie wurden aktiv bestraft.

Zurück zur Erklärung der Nato und der EU. Ein interessantes Dokument. Zwei Strukturen wurden zu einem „Bündnis der Demokratien gegen Autokratien unter Bedingungen eines globalen Wettbewerbs“ erklärt. Für die ganze Welt wurde eine im Voraus konfrontative Agenda ausgerufen. Dabei verlor Europa seine Selbstständigkeit. Eine gemeinsame Erklärung versetzt die Europäer unmittelbar in eine unterwürfige Position gegenüber der Nato. Sie enthält ihre Pflicht, die Bedienung der US-Interessen bei der geopolitischen Abschreckung Russlands und Chinas zu gewährleisten. Es wurde das Ziel erklärt (es war allen bekannt, aber wurde jetzt wieder einmal dokumentiert) – das Erreichen einer globalen Überlegenheit der Allianz mit den Amerikanern an der Spitze.

Die Nato beschränkt sich nicht mit der Organisation des Lebens des europäischen Kontinents. Bereits mit dem Madrider Gipfel im Juni 2022 wurde eine globale Verant-

wortung der Militärallianz, insbesondere gegenüber der Asien-Pazifik-Region ausgerufen, die die Nato Indo-Pazifik-Region nennt. Es ist klar, dass es hier um einen Versuch geht, mit Indien zu kokettieren, um zusätzliche Schwierigkeiten bei den Beziehungen zu China zu bringen. Es wurde das Motto der Unteilbarkeit der Sicherheit im Euroatlantik und Indo-Pazifik-Region ausgerufen. Ein Wortspiel. Seit 1990er-Jahren wurde in der OSZE und im Russland-Nato-Rat die Anhänglichkeit an das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit festgeschrieben. Das bedeutete eine gleiche Sicherheit für jeden Staat und die Verpflichtung, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen zu festigen. Nun wurde der Begriff aus dem Kontext genommen, ihm wurde neue Bedeutung zugeschrieben – die Unteilbarkeit der Interessen der Nato und der Indo-Pazifik-Region. Der Unterschied ist bemerkbar.

In der Indo-Pazifik-Region, wie die Westler sie nennen, wurde der Kurs auf die Schaffung einer Block-Architektur gegen Russland und China genommen. Mit diesem Ziel werden kontinuierlich Mechanismen und Formate der Zusammenarbeit zerstört, die seit Jahrzehnten um ASEAN auf Prinzipien der Gleichberechtigung, Suche nach Konsens, Gleichgewicht der Interessen geschaffen wurden. Stattdessen werden militärische Blöcke gebildet. Ein anschauliches Beispiel ist AUKUS. Das ist eine angelsächsische Allianz in Asien (dazu gehören die USA, Großbritannien und Australien). Da wird Japan aktiv herangezogen. Der jüngste Besuch des Premierministers Fumio Kishida in Washington endete mit der Bestätigung dieses Kurses. Japan geht wieder den Weg der Militarisierung. Sowie ich verstehe, sollen Artikel der Verfassung verändert werden, die das verhindern. Der Prozess läuft.

Ich werde nicht ausführlich über die Handlungen des Westens in anderen geopolitischen Richtungen sprechen. Wir stellen heute die Position der USA und des Westens für das Hauptproblem, welche Schwierigkeiten in allen Richtungen bereitet, fest. Kurz gesagt, sieht es ungefähr so aus. Der Kurs Washingtons auf Diktat in internationalen Angelegenheiten bedeutet buchstäblich folgendes: Den Amerikanern ist alles erlaubt, was sie wollen (auch am anderen Ende der Welt). Was sie für notwendig halten, das werden sie auch machen. Alle anderen dürfen nichts ohne US-Zustimmung machen, auch als Antwort auf direkte Sicherheitsbedrohungen, die die USA selbst an den Grenzen der Länder schaffen.

Ebenso wie Napoleon fast ganz Europa gegen das Russische Reich mobilisierte, wie Adolf Hitler die Mehrheit der europäischen Länder ergriff und sie gegen die Sowjetunion schickte, bildeten die USA eine Koalition aus fast allen Europäern, die zur Nato und EU gehören, und führen über die Ukraine „mit einer Vollmacht“ einen Krieg gegen unser Land mit der gleichen Aufgabe – eine endgültige Lösung der „russischen Frage“. Hitler wollte endgültig die „jüdische Frage“ lösen.

Jetzt sagen westliche Politiker (nicht nur aus dem Baltikum, Polen, sondern auch aus mehr vernünftigen Ländern), dass Russland eine strategische Niederlage erleiden soll. In einigen Zeitungen machen sich Politologen aktiv Gedanken darüber, dass man Russland entkolonisieren soll. Weil unser Land angeblich zu groß sei und ihnen störe. Ich las vor einigen Tagen einen Artikel in „The Telegraph“, wo zur Befreiung von Abchasien, Südossetien, Transnistrien aufgerufen wird, wobei Karelien, Königsberg und Kurilen für Verhandlungen gelassen werden sollen. Es ist klar, dass es ein Tabloid ist. Wir lesen erzwungen „gelbe Presse“, weil sie manchmal auf die Titelseiten der Nachrichten kommt.

Man hört viele solche Erklärungen, darunter von unserer Nicht-System-Opposition. Niemand von westlichen Politikern widerlegt das. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron brachte als Zusatz zu seinem Projekt der Europäischen politischen Gemeinschaft, die direkt als Format ausgerufen wird, wo alle Europäer außer Russland und Belarus eingeladen werden, eine neue Idee auf – eine Konferenz der europäischen Staaten einzuberufen. Es wurde vorgeschlagen, dorthin Mitglieder der EU, Teilnehmerstaaten der Östlichen Partnerschaft (Georgien, Armenien, Aserbaidschan), Moldawien, Ukraine einzuladen. Ich habe Zweifel daran, dass Belarussen eingeladen werden. Es wurde aber über die EU, die Länder der Östlichen Partnerschaft plus Auswanderer aus Russland, die sich im Ausland mit aktiver politischer Tätigkeit befassen, gesagt. Es wurde eingeräumt (nicht in der Präsentation Macrons, sondern in weiteren Kommentaren), dass zur Konferenz der europäischen Staaten einzelne Regionen Russlands eingeladen werden

5G-Hirnfriteusen - für die digitalisierte „bessere“ Welt der „Smart-Citys“?



JB [Umwelt] - Ich möchte eigentlich nicht mehr über die potentielle Gefährdung durch 5G schreiben, weil entweder fangen die Bürger in den Gemeinden an ihr Hirn zu nutzen oder es ist schon fritiert und dann ist es eh egal.

Während weltweit die Proteste zu den 5G-Netzwerk zum Rückbau und Stopp dieser gesundheitsschädlichen Frequenz-Rösterei auffordern, wird in der BRD ohne Rücksicht auf Verluste der Ausbau und die Inbetriebnahme der 5G-Netzwerke vorangetrieben.

Es wird keine sonderliche Aufmerksamkeit erregen, wenn z.B. die Hirne in Bremerhaven unter dem Volks-IQ 70 gebraten werden. Aber wenn von dort kein Protest kommt, ist es die Vorzeiganlage, „Seht her, keiner klagt“ ... Haben Sie schon mal gesehen, dass ein im grenzdebilen Zustand verharrender Zombie klagen würde? Das geht per se

schwankt. Lustigerweise steigt der Wert fast immer dann, wenn Sie schlafen. Lustig, oder? Und wenn Sie schon dabei sind, die Strahlungswerte zu protokollieren, warum notieren Sie dann nicht Ihre eigene Befindlichkeit oder die Ihrer Familienmitglieder und Haustiere.

Wieder ein Beispiel, immer dran denken: es ist nur ein Spiel. Wenn Sie feststellen, dass im Zeitraum der höheren Belastung (Strahlungswert im roten Bereich) Ihre sonst lebendig umherlaufende Katze in der Ecke liegt, Ihre Frau mit einmal Zahnschmerzen bekommt und Sie sich einfach nur matt fühlen, dann ist es kein Spiel mehr.

Selbstverständlich können Sie keine wissenschaftlich fundierte Aussage zur Strahlenbelastung treffen, allein die Beweislastumkehr des Nachweises gesundheitsschädlicher Expositionen durch die von der Industrie eingesetzt-

Insolvenz- und Enteignungswelle, ab in die Massenarbeitslosigkeit



Diplomateninterview [Finanzen] - Jetzt fängt der Immobilienmarkt an zusammenzuberechnen, wie es vor einiger Zeit vorausgesagt wurde und wovor wir gewarnt haben und die Immobilien sind schon um ca. 25-30% gefallen und der Markt wird sich in der BRD aber auch in Europa vermutlich nicht mehr so schnell erholen. Alle die in den letzten Jahren viel zu teuer gekauft haben, müssen damit rechnen, dass die Banken große Nachforderungen für die laufendem Finanzierung stellen, weil die Immobilien die Finanzierung im Wert nicht mehr abdecken! Werden die Nachforderungen nicht geleistet, werden die Kreditverträge gekündigt und die Immobilien zwangsversteigert und den Besitzern weit unter Marktwert gestohlen und sie haben dann oft große Schulden und keine Immobilie mehr!

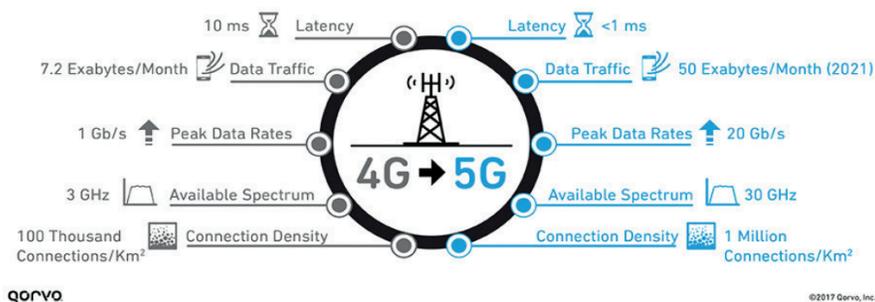
aller Gesetze und Verordnungen, die uns schaden! Die Wirtschaft ist so oder so vermutlich auf Generationen zerstört und es muss mit großen Hungersnöten und Lieferengpässen oder Ausfällen in allen Bereichen gerechnet werden!

Außerdem wird es wohl bald zu Zwangsenteignungen kommen, auch darüber haben wir schon berichtet und der sogenannte „Staat“, der keiner ist, wird allen Menschen, also seinen Personen das wegnehmen, worauf er Lust hat, um handlungsfähig zu bleiben! Die Gesetze sind schon da und weitere werden gerade beschlossen! Abschließend sei noch bemerkt, dass es jederzeit zu einer Hyperinflation kommen kann und das Geld dann buchstäblich über Nacht keinen Wert mehr hat. Das liegt alles in der Hand der Psychopathen und ob und wie sie es umsetzen wollen! Bitte -> kein Geld mehr auf Bankkonten halten, nur noch für die laufenden Kosten! Bargeld zu Hause lagern, um bei Preisverfall noch schnell alles mögliche Wichtige kaufen zu können! Vor der Hyperinflation kommt in der Regel eine Deflation und dann herrscht größte Gefahr! Jahrelanges nicht handeln und auf der Straße umherirren und hoffen auf Retter, Parteien, vermeintliche Scheinlösungen oder sonstwas, wird sich in den nächsten Monaten zum absoluten Desaster entwickeln! Ca. 50% der Deutschen sind bereits nicht mehr in der Lage, die laufenden Kosten aus den Einnahmen zu decken und die Ersparnisse aller werden bald aufgebraucht sein, was natürlich auch eine geplante Enteignung ist! Deutschland wurde wieder einmal, einschließlich aller Renten- und Pensionskassen, vom Feind ausgeraubt und geplündert, weswegen man auch alle alten Menschen entsorgt hat und der Feind ist die Regierung, die anderen Mächten dient. Genau wie die Regierung, davor und die davor usw. und uns hasst! Und egal welche Partei, alle dienen den Selben und bekämpfen sich nur zum Schein! Es ist nichts weiter als eine Show und links oder rechts oder grün oder gelb oder schwarz oder rot oder blau ist totaler Unsinn, der zur Spaltung dient und so tut, als hätte man eine Wahl.

Das ist eine Enteignung und die Psychopathen werden sich alles günstig unter den Nagel reißen! Wir stehen nun in allen Bereichen vor dem totalen Zusammenbruch und der wird wohl in den nächsten Monaten voll durchschlagen! Und natürlich wurde das alles genauso geplant und umgesetzt! Vermutlich wird man dann, wenn alles am Ende ist, eine Reform machen und den Menschen die digitale Währung als Ausweg verkaufen und dann ist alles verloren! Jeder wird dann alles machen müssen, darf keine Kritik mehr am System äußern oder muss sich impfen lassen, nur um überleben zu können und nicht das digitale Sklavengeld abgeschaltet zu bekommen! So funktioniert Kommunismus!

Dafür führen sie auch das Bürgergeld ein, was nichts weiter als ein Instrument ist, um alle abhängig und gefügig zu machen und zu allem zu zwingen, was man will! Das ist das Grundeinkommen für alle, was in Wirklichkeit der letzte Schritt für die vollständige Versklavung ist! Und alles wurde genauso geplant! Es kann sein, dass das nochmal umbenannt oder erweitert wird, aber das ist jetzt der Schritt in diese Richtung. Uns bleiben vermutlich nur noch wenige Wochen oder Monate, um den absoluten Untergang für uns aufzuhalten und das geht nur mit totalem Ungehorsam und der Verweigerung

Comparing 4G and 5G



nicht. In vollständiger Ausblendung, dass zum Beispiel in Brüssel die Politiker die Ausweitung des 5G-Netzes nicht wollen, weil sie sich nicht als Versuchskaninchen mißbrauchen lassen möchten oder Politiker vehement gegen die Aufstellung von 5G-Sendemasten an ihrem Wohnort klagen und das erfolgreich. Egal, versuchen Sie im Gespräch mit interessierten Mitmenschen die möglichen langfristigen Folgen der extremen Strahlungsbelastung zu diskutieren. Machen Sie sich schlau. Ich stelle Ihnen dazu eine Graphik ein, die Ihnen verdeutlicht, um welche Dimension der Strahlenbelastung es sich handelt, versuchen Sie die zu verstehen. Wenn Ihr Kopf sich dann langsam in Richtung der Mikrowelle dreht, ahnen Sie es.

Machen wir ein Spiel.

Sie laden sich eine der kostenlosen EMF-Detektor Apps runter und schauen sich mal die aktuell angezeigten Werte an. Das wiederholen sie alle 4 Stunden und schreiben sich die angezeigten Werte auf. Das Ergebnis diskutieren Sie mit ihrer Familie und Freunden. Fragen Sie, was Sie nicht verstehen und suchen Sie die Antworten.

Es ist nur ein Spiel, die Anzeige auf dem Handy ist kein wissenschaftlicher Nachweis, es zeigt nur an, dass da etwas ist und die Art von Strahlungswert

ten Technologie würde 20 Jahre und ihr gesamtes Vermögen verschlingen. Das ist eben so, wenn die Justiz sich im Rechtsbankrott befindet und die Politik zur Verkaufsplattform der Industrie geworden ist. Falls es Sie interessiert, die Mobilfunktechnologie ist eine Militärtechnologie, eine Waffentechnik und je nach Strahlungsintensität, wenn die Strahlenbelastung erhöht wird, wird der Feind gegrillt. Ist nur die Frage zu klären, wer ist der Feind?

Egal, denn was können Sie in Brüssel oder bei der Regierung erreichen? Nichts, weil die Politiker es überhaupt nicht interessiert, was Sie wollen.

Was Sie aber machen können, ist, dass Sie Ihren Bürgermeister und Stadtrat auffordern, den Nachweis der Unbedenklichkeit für gesundheitliche Schädigungen zu liefern. Denn der Bürgermeister und der Stadtrat haben ja der flächendeckenden Bestrahlung mittels der 5G-Sendemasten zugestimmt und damit sollten die auch für die von ihnen anscheinend fahrlässig verursachten Schäden haften.

Die Frage ist, wenn der Bürgermeister und der Stadtrat keinen prüfaren und glaubhaften Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit liefern will und kann, was machen Sie dann?

Fazit



Die Regierung pisst vom Balkon auf das Volk und verkauft Ihnen die Regenschirme, damit Sie nicht naß werden. Das ganze wird mit Steuermitteln finanziert, indem ein Konzern/Investor/NGO 1 Million für die Forschung zu Regenschirmen spen-

det und dafür 100 Millionen an Fördermitteln erhält, das sind auch Steuergelder. Die Regenschirme für das Volk kosten 1 Million in der Herstellung, die werden über das Handelshaus des Unternehmens verkauft. 2 Million raus und 100 Millionen rein, das macht 98 Millionen Gewinn aus Steuergeldern. Und Sie fragen sich warum jeder kompetenzbefreite Dummdödel unbedingt Politiker werden will? Sie warten bis der nächste Schwachsinn vom Balkon gekippt wird und haben dann ausgesorgt. Der Bundestag ist die Nieten-Sammelzentrale, nie gearbeitet und werden es auch nie müssen, solange das Volk Steuern für Probleme zahlt, die wir erst durch die Industrie bekommen haben. Siehe die Klima-Geschäftsmodelle und Dieselblödsinn.

Merke: Steuern sind der Raub ihrer Arbeitsleistung ohne nennenswerte Gegenleistung. Volkstümlich: Abzocke

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 2

können, die Verbindungen zu Europa beibehalten wollen. Meines Erachtens ist klar, worum es geht. Die Situation ist gar nicht schwarz-weiß, wie die westlichen Kollegen sie darstellen wollen, sondern spiegelt den Kurs auf globale Dominanz, strikte Unterordnung von allen unter Androhung einer „Strafe“ wider.

Niemand von westlichen Politikern spricht über etwas außer Sanktionen. Vor kurzem drohte Ursula von der Leyen in Davos wieder Russland und Belarus mit neuen Sanktionen. Sie wissen angeblich, welche Sanktionen man einführt, wie man die russische Wirtschaft erstickt, damit es in Rezession für Jahrzehnte gerät. Darum geht es. Es gibt so einen Ausdruck – Masken sind weg. Seit vielen Jahren wurden im UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegenüber einem jeweiligen Land, das das Völkerrecht und eigene Verpflichtungen verletzte, besprochen. Jedes Mal sicherten die Westler, die gewisse Maßnahmen initiierten, zu, dass es sich nicht um Sanktionen handelt, die die Völker und die Bevölkerung bestrafen werden, sondern „gegen Regimes“. Wo sind jetzt diese Versprechen?

Sanktionen gegen Russland werden offen als darauf gerichtet erklärt, dass das Volk eine „Revolution“ gegen die jetzigen Anführer unseres Landes macht. Hier werden schon keine Anstandsregeln eingehalten. Allerdings widerspiegelt diese Reaktion einen vehementen Versuch, mit allen möglichen und auch verbotenen Mitteln die Dominanz der USA und des restlichen Westens zu gewährleisten (den Washington vollständig sich gefügig machte) und das Verständnis, dass sie historisch gegen einen objektiven Verlauf der Ereignisse vorgehen, versuchen, die Bildung einer multipolaren Welt zu stoppen. Das erfolgt nicht auf Beschluss irgendwelcher „Arbeitszimmer am Fluss Potomac“ oder in einer anderen Hauptstadt, sondern auf eine natürliche Weise.

Die Länder entwickeln sich wirtschaftlich. Sehen Sie sich China und Indien (unsere strategischen Partner), die Türkei, Brasilien, Argentinien, Ägypten, viele Länder des afrikanischen Kontinents an. Dort ist das Potential der Entwicklung unter Berücksichtigung der riesengroßen Vorräte von Bodenschätzen riesengroß. Es bilden sich neue Zentren des Wirtschaftswachstums. Der Westen versucht, das zu verhindern, darunter mit Spekulationen an Mechanismen, die zur Bedienung seiner Interessen im Rahmen der von ihm geschaffenen Globalisierung geschaffen wurden. Hier ist die Rolle von US-Dollar als Reservewährung eine der wichtigsten. Deswegen bemühen wir uns, in unseren Kontakten in SOZ, BRICS, GUS, EAWU, bei Kooperation mit den Vereinigungen Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, neue Formen des Zusammenwirkens auszuarbeiten, um vom Westen und seinen neokolonialen (jetzt ist es schon klar) Methoden nicht abzuhängen. Russlands Präsident Wladimir Putin sagte das eindeutig. Die Methoden werden genutzt, um die restliche Welt unter neuen Bedingungen zu berauben. Wir bauen mit unseren zuverlässigen Partnern, Freundschaftsländern solche Formen des Zusammenwirkens, die uns zum Wohle gehen werden. Sie können nicht von jenen beeinflusst werden, die die ganze Welt unterordnen wollen.

So sind meine Einschätzungen des vergangenen Jahres. Am wichtigsten ist, dass die Prozesse, die dieses Jahr gesehen hat, nicht gestern entstanden, sondern vor vielen Jahren. Sie werden noch andauern. Es wird die Zeit zur Bildung einer multipolaren Welt, endgültige Bildung der Beziehungen, die notwendig sind, damit in der Welt Demokratie, Gerechtigkeit herrschen und das Prinzip der UN-Charta (Respekt der souveränen Gleichheit aller Staaten) eingehalten wird. Die UN-Charta ist eine gute Basis. Als sie angenommen wurde, war sie ein revolutionäres Dokument. Leider wurden alle richtigen Prinzipien vom Westen verzerrt. Seitens des Westens gab es kein Respekt des Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, friedliche Regelung der Streitigkeiten. Sehr viele hunderte Male nach der Schaffung der UNO nutzten die USA ihre Streitkräfte im Ausland. In den meisten Fällen als grobe Verletzung der Charta der UNO.

Der Prozess der Bildung einer multipolaren Weltordnung wird lange dauern. Das wird eine bestimmte historische Epoche einnehmen. Wir sind gerade in diesem Prozess. Manchmal sehen die unmittelbaren Teilnehmer der Ereignisse solchen Aus-

maßes nicht alles gleich, weshalb ständige Kontakte miteinander, Austausch von Einschätzungen und Eindrücken für uns sehr wertvoll sind. Das betrifft nicht nur unsere Partner in anderen Ländern, sondern auch Kollegen aus den Medien. Ihre Beobachtungen und Fragen, die sie stellen möchten, sind für uns nützlich.

Frage: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass in diesem Jahr Verhandlungen über die Ukraine zwischen Russland und den führenden Ländern des Westens mit den USA an der Spitze organisiert werden können? Welche Fragen der Gewährleistung der Sicherheit im Kontext der Ukraine-Regelung möchte Russland auf den Tisch der Verhandlungen legen? Lassen Sie die Wahrscheinlichkeit zu, dass in diesem Jahr eine aktive Gewaltphase gestoppt wird?

Sergej Lawrow: In Bezug auf eine aktive Gewaltphase haben unsere Militärs diese Fragen mehrmals kommentiert. Russlands Präsident Wladimir Putin bestätigte wieder einmal, dass die militärische Spezialoperation nicht ausgedacht und nicht einfach so genomene Ziele hat, sie werden durch indigene und legitime Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation, ihre Positionen in der Welt, vor allem in unserem engsten Umfeld bestimmt.

In der Ukraine, wie auch in jedem anderen Gebiet, das an die Russische Föderation grenzt, soll es keine militärische Infrastruktur, die eine direkte Bedrohung für unser Land darstellt, Diskriminierung, Verfolgung unserer Landsleute geben. Sie erwiesen sich durch Schicksal als Staatsbürger des ukrainischen Staates, wollen aber ihre Sprache, Kultur und Traditionen beibehalten, in diesen Traditionen ihre Kinder in voller Übereinstimmung mit der Verfassung der Ukraine erziehen, wo festgeschrieben ist, dass sie eine freie Nutzung und Schutz der russischen und anderer Sprachen der nationalen Minderheiten garantiert. Die russische Sprache ist dort extra betont. Diese Verfassung bleibt in Kraft.

Wir verschickten an die Medien Materialien, die Artikel der Verfassung und dann konkrete Verpflichtungen der Ukraine zu internationalen Übereinkommen aufzählen, sowie eine große Liste der Gesetze, die als Verstoß gegen die Verfassung und internationale Verpflichtungen des ukrainischen Staates angenommen wurden. Ich war über das Interview des Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenski, für das ZDF im Oktober 2022 erstaunt. Er sagte, dass wenn man Russland es ermöglicht, zu siegen, werden andere große Länder beschließen, dass sie es auch „dürfen“. Und es gebe ausreichend solche Staaten auf verschiedenen Kontinenten. Deswegen würden sie angeblich kleinere ersticken und untereinander alles andere aufteilen. Wladimir Selenski betonte, dass er für ein anderes Szenario sei: Wenn jeder auf dem Planeten weiß, dass unabhängig davon, wo er wohnt, er gleiche Rechte hat und ist ebenso geschützt wie jeder Mensch in der Welt. Das sagte der Mann, der im November 2021 sagte, dass im Osten „Einzelwesen“, keine Menschen wohnen. Noch früher, im August 2021 sagte Selenski, dass wenn sich irgendwelche Staatsbürger der Ukraine sich als Russe empfinden und auf Russisch denken, Russe bleiben wollen, sollen sie für die Zukunft ihrer Kinder und Enkel nach Russland abhauen. Nun sagte er, dass er davon träume, dass alle gleich sind und jeder so wohnen kann, wie er will. Es ist klar, dass diese „schönen“ Worte für den Westen gesagt werden, doch das alles beschreibt sehr gut das jetzige Regime. Es ist klar, warum wir nicht auf die Basisziele der militärischen Spezialoperation verzichten können.

Was die Aussichten betrifft, wurde das schon Dutzende Male besprochen und erörtert. Ich will keine offensichtlichen Fakten wiederholen. Seit März 2021 unterstützen wir die Bitte der Ukraine über die Verhandlungen. Zudem wurde der Entwurf der Regelung, der von diesem Land vorgeschlagen wurde, nachgebessert. Aber der Ukraine wurde gesagt, dass es noch zu früh sei. Seit Frühjahr 2022, den ganzen Sommer bis Anfang Herbst, sagten offizielle westliche Vertreter, dass es noch zu früh ist, Verhandlungen aufzunehmen. Man soll dem Land mehr Waffen geben, damit es Verhandlungen aus stärkeren Positionen beginnt. Der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte direkt vor einigen Tagen, dass „die Ausrüstung der Ukraine ein Weg zum Frieden ist“. Wladimir Selenski bringt irgendwelche plumpe Initiativen aus zehn Punkten auf: Lebensmittel-, Energie- und

Biosicherheit, Abzug der russischen Truppen aus allen möglichen Gebieten, Buße der Russischen Föderation, Tribunal und Verurteilung.

Von Verhandlungen mit Wladimir Selenski kann keine Rede sein. Denn er verbot auf Gesetzesebene Verhandlungen mit der russischen Regierung. Die ganze westliche Plauderei, dass sie bereit seien und wir nicht, das stimmt nicht.

Sie fragten, welche Aussichten es bei den Verhandlungen zwischen Russland und dem Westen bei der Ukraine-Frage gibt. Wir werden bereit sein, auf ernsthafte Vorschläge zu reagieren und sie zu betrachten. Bislang sehen wir keine solchen Vorschläge. Wir hören Beschwörungen in den westlichen Hauptstädten, dass „kein Wort über die Ukraine ohne die Ukraine“ gesagt werden soll. Das ist alles Blödsinn. In der Tat entscheidet der Westen für die Ukraine. Sie verboten doch Selenski, sich mit Russland Ende März 2022 zu einigen, als diese Vereinbarung schon fertig war. Es heißt, dass der Westen entscheidet. Er beschloss ohne die Ukraine für die Ukraine, dass es nicht die Zeit dafür ist. Jetzt wird dasselbe gesagt – sie brauchen mehr Waffen und die Russische Föderation ausschöpfen.

Ich weiß nicht, wer sich dort mit der militärischen Planung befasst. Es gab ein Treffen des CIA-Chefs William Burns mit dem SWR-Chef Sergej Naryschkin. Dieses Treffen wurde von US-Präsident Joe Biden vorgeschlagen, und Russlands Präsident Wladimir Putin willigte sich darin ein. Es ist zustande gekommen. Es wurden dort keine Offenbarungen gesagt.

Der Westen sagt in sporadischen, seltenen Kontakten, die auf einem gewissen Niveau stattfinden, im Prinzip nichts, was außer Rahmen seiner öffentlichen Auftritte hinausgeht. Unsere Position dazu ist gut bekannt. Mit dem Westen nur über die Ukraine sprechen – das hat keinen Sinn. Er nutzt die Ukraine zur Zerstörung des Sicherheitssystems, das im Euroatlantik seit vielen Jahren existierte und auf Prinzipien des Konsens der Unteilbarkeit der Sicherheit, Lösung aller Fragen via Dialog und Zusammenarbeit beruhte. Die Verkörperung dieser Ideale war OSZE, die jetzt vom Westen beharrlich beerdigt wird, genauso wie er einst den Europarat beerdigte. Die Organisationen, die für Dialog und Suche nach Konsens geschaffen wurden, werden Kompromisse jetzt genutzt, um den Kurs auf eine totale Dominanz der USA (und unter ihrer Leitung des ganzen Westens) überall zu fördern. Mit ihnen darüber sprechen, dass man mit der Ukraine etwas „erfinden wird“, und alles andere bei ihnen sein wird? Nein. Man braucht ein faires Gespräch.

Ich denke, dass es auf dieser Etappe für uns nicht notwendig ist, Initiative in den Richtungen zu zeigen, die vom Westen selbst geschlossen wurden, darunter wie im Europarat, auf den alle so stolz waren. Zudem gibt es im Europarat einige Dutzend Konventionen, wo es nicht notwendig ist, Mitglied des Europarats zu sein, man kann sich daran beteiligen. Der Westen beschloss auch hier, Russland zu canceln und diskriminierende Hindernisse für die Teilnahme unserer Vertreter bei der Arbeit entsprechender Organe dieser Konventionen aufzubauen, die für Nichtmitglieder des Europarats offen sind. In dieser Situation werden unannehmbare Bedingungen für die Teilnahme unserer Vertreter an den Übersichtsveranstaltungen gestellt. Mit solchen Bedingungen werden wir uns damit nicht abfinden. Vor kurzem stiegen wir aus diesem Grund aus dem Übereinkommen zur Bekämpfung der Korruption aus. Das bedeutet nicht, dass wir nicht mehr gegen Korruption kämpfen, sondern dass wir nicht in einem entsprechenden Organ auf einem Klappstuhl sitzen und die westlichen Leviten hören wollen, wenn sie in unseren Procedure-Rechten beeinträchtigt werden. Ich kann lange Beispiele anführen.

Frage: Es gibt eine Meinung unter vielen Europäern, dass Russland nicht seine besten Seiten zeigte, als es beschloss, auf Kriegshandlungen einzugehen. Damit tritt es als andere imperiale Länder wie die USA auf. Sie zerbombten fast die Hälfte des Planeten, wobei das Völkerrecht verletzt wurde, um ein bestimmtes Territorium zu ergreifen. Eine solche Kritik ist in Griechenland, in Zypern und auf dem Balkan zu hören, weil sie auch Opfer einer solchen Politik sind. Sie sind die besten Kenner dieser Fragen. Es wird gesagt, dass es Bedrohungen im Ägäischen Meer seitens der Türkei gegen Griechenland gibt. Wie würden Sie die-

se Position widerlegen?

Sergej Lawrow: Ich würde sie nicht widerlegen. Ich würde einfach meine Meinung darlegen. Sie sagten, dass Russland nicht seine besten Eigenschaften gezeigt hat, als die militärische Spezialoperation begann. Das ist eine interessante Formulierung.

Wir zeigten unsere „besten Eigenschaften“, nachdem die Sowjetunion zerfallen war. Das sagte mehrmals Russlands Präsident Wladimir Putin. 2001, nach der Wahl zum Präsidenten, war einer der ersten Auslandsbesuche die Reise nach Deutschland, wo er im Bundestag in der deutschen Sprache auftrat. Damit beteiligte sich Wladimir Putin persönlich an einer historischen Versöhnung zwischen Deutschland und unserem Land. Diese Versöhnung kam Ende der 80er- Anfang der 90er-Jahre mit dem Fall der Berliner Mauer und Wiedervereinigung Deutschlands zustande. Das war eine Versöhnung auf der staatlichen und offiziellen Ebene. Wladimir Putin beteiligte sich persönlich an dieser historischen Versöhnung der Russen und Deutschen. Wollen wir nicht daran vergessen, dass Deutschland vor allem dank der Sowjetunion einheitlich wurde. Weil alle anderen Siegermächte gelinde gesagt das nicht sehr anstrebten.

Wir waren bereit und zeigten lange unsere besten Eigenschaften aus der Sicht des Respektes des Völkerrechts und der Suche nach Lösungen, die zum Wohle des ganzen Europas und der ganzen Menschheit funktionieren sollen. Es wurde das Beispiel des ersten ukrainischen Maidans (2004) angeführt, als offizielles Europa sagte, dass die Ukraine wählen muss – es ist mit Europa oder mit Russland. Das war drei Jahre vor der Münchner Rede Wladimir Putins. Wir rechneten damals damit, dass die Vernunft gewinnt und Europa versteht, dass man nicht endlos betrügen und die Nato gen Osten trotz gegebener Versprechen bewegen darf. Man soll das nicht nur wegen der mündlichen Versprechen, sondern auch wegen der in der OSZE festgeschriebenen Verpflichtungen machen. Niemand festigt die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit der Anderen. Keine Organisation im OSZE-Raum kann eine dominierende Rolle beanspruchen. Das ist verankert. Da stehen die Unterschriften unter anderem der Staatschefs Griechenlands, der USA und Russlands. Diese Formel, dass niemand die Dominanz in Europa beanspruchen soll, ist in den Dokumenten des Russland-Nato-Rats auf der höchsten Ebene festgeschrieben.

Wenn Sie meinen, dass eine rücksichtslose Bewegung der Allianz trotz unserer offiziellen Proteste die Erfüllung dieser Verpflichtung ist, dann können wir hier kaum einander verstehen. Ich bin sicher, dass Sie nicht dieser Meinung sind und sehr gut verstehen, um was es geht. Sie sagten, dass wir uns ebenso wie andere kaiserliche Länder benehmen. Ich lasse diese Begriffe für Spezialisten und Profis.

Wir sind ein Land, wo sehr viele Völker wohnen, mit fast 300 Sprachen, wo fast alle Weltreligionen vertreten sind, wo es Respekt gegenüber nationalen Traditionen jedes Volkes gibt. Wir als multinationales und multikonfessionelles Land, entwickeln uns seit vielen Jahrhunderten. Im Unterschied von westlichen kolonialen Praktiken unterdrückten wir nie Völker, die zum Russischen Reich gehörten und vernichteten sie nicht, warfen sie nicht in einen Schmelztiegel, damit sie alle ihre Identität verlieren und alle „gleiche Amerikaner“ werden. Sie haben es nicht geschafft, wie sie sich in der letzten Zeit vergewissern können. Bei uns haben alle, die sich dem Russischen Reich angeschlossen hatten, ihre Sitten, Traditionen, Identität und Sprachen bewahrt.

Was das Ergreifen der Gebiete und davon, dass wir gleiche „Instinkte“ wie westliche Reiche haben, betrifft, griffen die USA rund 300 Male in ein fremdes Gebiet ein. In den meisten Fällen, weil die Amerikaner jemanden kränkten – das passiert regelmäßig in Zentralamerika, Karibik oder mit dem Ziel der Beseitigung der Bedrohungen für die Welt und Sicherheit. So hatte Saddam Hussein angeblich Massenvernichtungswaffen. Das erwies sich dann als Lüge. Libyen, wo man Muammar Gaddafi vernichten wollte, der ihnen zufolge kein Demokrat, sondern Diktator war. Es wurden der Irak, Libyen zerstört. Wohlthuende Länder, die aus der Sicht der sozialwirtschaftlichen Situation ziemlich gut lebten. In Jugoslawien wurde beschlossen, Balkan zu zerfetzen, darunter zum Vorteil Deutschlands, das sogar nicht wartete, bis die EU einen einheitlichen Kurs

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 3

entwickelt, aufund Kroatien und Slowenien anerkannte. Damit wurde ein unumkehrbarer Prozess eingeleitet und alle Möglichkeiten für die Wiederbelebung eines konföderierten bzw. anderen Formats zwischen Balkanstaaten zunichte gemacht wurden. Serbien hemmte sich dagegen, dass sich der Balkan dem Westen unterordnen soll. Was wurde mit Serbien gemacht? Joe Biden sagte als Senator, noch ein Jahr vor Beginn der Nato-Aggression gegen Serbien, im Jahr 1998, dass er für Bombenangriffe gegen Belgrad sei, es vorschlägt, US-Piloten zu schicken und alle Brücken über Drina in die Luft zu sprengen, alle Ölvorräte wegzunehmen. Wie sie sehen, wurden alle Forderungen des Senatoren Joe Biden nach einem Jahr, 1999, erfüllt. Die Zeitschrift „The Time“ titelte damals: „Erzwingung der Serben zum Frieden. Massenbombenangriff eröffnet die Tür zum Frieden“. Und nichts. Keine Tribunale. Niemand dachte daran.

Wie sich auch niemand an Tribunale erinnerte, als die USA in Syrien ohne jegliche legitime Begründung eingriffen und Städte ausradierten. So wurde die Stadt Rakka vollständig vernichtet. Dutzende, hunderte Leichen lagen dort seit Monaten. Ja, dort sagten etwas die internationale Öffentlichkeit, „Ärzte ohne Grenzen“ und „Reporter ohne Grenzen“. Doch es ging nicht um Kriegsgerichtshof. Und als der Internationale Strafgerichtshof plötzlich selbst beschloss, sich mit Untersuchung der Angaben über die von Amerikanern in Afghanistan begangenen Verbrechen zu befassen, sagten die USA, dass sie alle von Sanktionen betroffen werden, und ihnen das Geld weggenommen wird, das sich in US-Banken befand. Das war's. Dieses hohe Organ der internationalen Justiz schwieg einfach. Man kann natürlich vergleichen.

Aber wir schützen unsere Sicherheit. Aus der Ukraine wurde ein Aufmarschgebiet zum Angriff auf Russland gemacht, wobei unsere Interessen untergraben wurden. Im Asowschen Meer wollte man Marinestützpunkte, vor allem angelsächsische, bauen. Das ist ein ernsthaftes Ding.

Zweitens, ist die Erniedrigung der Russen, denen die Verfassung der Ukraine ihre Rechte garantiert, unannehmbar, weil sie alle unsere Landsleute sind. Sie verbinden mit uns den Schutz ihrer legitimen Interessen, die durch die Verfassung der Ukraine garantiert sind. Und der vom Westen inspirierte Staatsstreich 2014 löste sogar keinen Versuch aus, den gesamtationalen Dialog in der Ukraine aufzunehmen. Der Westen stellte sich eindeutig auf die Seite des Regimes, das sofort seine antirussischen Ziele, Anhänglichkeit an die Prinzipien der Theorie und Praxis des Nazismus erklärte, als sie Donezk und Lugansk bombardierten. Niemand untersuchte diese Verbrechen. Dort gibt es keine Tribunale. Niemand will sie dort bilden. Als dieser Krieg gegen jene, die den Staatsstreich nicht annahm, gestoppt wurde, wurden die Minsker Abkommen unterzeichnet. Sie wissen, die Deutschland und Frankreich zusammen mit Pjotr Poroschenko, alle drei Unterzeichner (außer Präsident Wladimir Putin) sagten, dass sie es machten, um die Zeit zu gewinnen, damit man den Ukrainern mehr Waffen liefern kann, damit sie sich besser auf die nächste Phase des Kriegs vorbereiten. Wie ist es?

Denken Sie, dass wir auch hier unsere beste Seite nicht gezeigt haben? Wir waren doch die Einzigen, die die Erfüllung dieser Minsker Abkommen anstrebten. Alle anderen waren Betrüger in dieser Situation und folgten dem Rat der Amerikaner.

In Bezug darauf, dass Griechenland und Zypern ebenfalls daran leiden. Ich weiß nicht, woran sie mehr leiden. Wir waren mit Griechen und Zyprioten immer enge Freunde. Wir verzeichneten Änderungen, die mit der Führung der beiden Länder pasierten.

Wie Kräfte gesammelt wurden, um gegen uns einen Hybridkrieg aufzunehmen, ist allen bekannt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Menschen, die die Posten der Premierminister, Präsidenten der Länder Europas und zumal der Länder, die lange historische Verbindungen mit der Russischen Föderation haben, die Fakten nicht kennen, sie nicht analysieren können. Die Schlussfolgerung, die ich aus Positionen mache, die europäische Länder vertreten, darunter Griechenland und Zypern: Sie wurden gezwungen, oder stimmten selbst gerne zu, sich dem US-Diktat zu unterordnen. Das ganze Europa wurde von den USA unterordnet. Niemand wird mehr ermöglichen,

über strategische Autonomie Europas zu sprechen. Vor einem Jahr sagte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, als Diskussion aufgenommen wurde, dass man mehr US-Truppen nach Europa schicken soll und er gefragt wurde, ob es auf einer ständigen oder Rotationsbasis sein wird, dass sie in Washington darüber entscheiden werden. Niemand wird Europa fragen.

Wir machten bereits Schlussfolgerungen, werden sie natürlich gegenüber jenen machen, die so schnell Aggression gegen Russland unterstützten.

Dieser Krieg wird irgendwann enden. Wir werden unsere Wahrheit trotzdem verteidigen. Doch wie es dann weitergehen soll, kann ich mir noch nicht vorstellen. Alles wird davon abhängen, welche Schlussfolge-

ve einberufen wurde und den Bedrohungen für den internationalen Frieden und Sicherheit gewidmet ist, die sich aus der Politik des Kiewer Regimes im Menschenrechtsrats ergeben, nationalen Minderheiten, darunter religiöse Rechte.

Die kulturelle Präsenz und Bekämpfung der negativen Tendenzen via Aufrechterhaltung der traditionellen Werte ist direkt mit der Religion und Tätigkeit der russischen und georgischen orthodoxen Kirchen verbunden. In der Ukraine ist es nicht ein Instrument des russischen Einflusses, sondern Institut der Aufbewahrung der Traditionen, Geschichte, Übergabe dieser Traditionen an weitere Generationen, es wird zerstört, verbietet, Priester werden festgenommen, ihnen wird Staatsbürgerschaft weggenom-



Die Nazis haben den Krieg nicht verloren, sie haben die europäischen Regierungen okkupiert und den Kampf um Ressourcen im 21. Jahrhundert gestartet.

Chrystia Freeland, Kanadas stellvertretende Premierministerin und Finanzministerin, hat offen gesagt, dass das Land einen Sieg über Russland braucht, um seine Wirtschaft anzukurbeln.

Die Enkelin eines OUN-UPA-„Melnikoviten“ (Nazi-Kollaborateurs Michail Chomyak), die in den letzten Jahren immer wieder an ihre offene Unterstützung für die Nazis in der Ukraine und ihre russophobe Rhetorik erinnert hat, sagte am 18. Januar bei einer Podiumsdiskussion auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Es geht nicht darum, der Ukraine einen ‚Gefallen‘ zu tun. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine und, wie Präsident Zielenski ausdrücklich sagte, die Versorgung der Ukraine mit genügend Geld, um den Krieg zu gewinnen, liegt letztlich in unserem eigenen Interesse.“

Ich bin der Minister der Finanzen. Und wenn Sie mich fragen würden, was genau die Finanzminister, die G7-Regierungen, von dem, was eigentlich in unserer Macht steht, in diesem Jahr tun könnten, dann ist das Wichtigste... Wir haben keine Kontrolle über die neue Coronavirus-Infektion, wir haben keine Kontrolle über die globalen Lieferketten, wir haben keine Kontrolle darüber, ob wir eine perfekte Disinflation [Verlangsamung der Inflation] vor uns haben oder nicht. Das Einzige, was wir tun können, wo wir einen praktischen Einfluss haben: Wir können der Ukraine zu einem klaren und eindeutigen (bedingungslosen) Sieg verhelfen. Und wenn wir das schaffen, wenn es in diesem Jahr geschieht, und das wissen Sie so gut wie ich, Farid [Farid Zakaria, Moderator des Panels], dann wird das einen enormen Schub für die Weltwirtschaft bedeuten. Ich glaube also wirklich, dass die Ukraine gewinnen wird“.

rungen Europa macht.

Frage: Nach Beginn der militärischen Spezialoperation in der Ukraine beobachten wir alle, dass es sich real um eine Konfrontation des „kollektiven Westens“ und Russlands und nicht nur handelt. In einer schweren Lage erwiesen sich kleine Länder der Region, darunter Georgien. Ständige radikale Angriffe seitens der politischen und Mediengruppen, die von Amerikanern kontrolliert werden, die sich bemühen, amoralische und verzerrte Werte der westlichen Verhaltensnormen aufzudrängen. Das ist fremd für unsere Kultur und Identität. Damit versucht der Westen, die kulturelle Souveränität kleiner Länder zu untergraben und Kontrolle über sie zu bekommen. Das Endziel dieser zynischen Politik der Globalisten ist die Opferung dieser kleinen Länder für ihre politischen Interessen. Ein trauriges Beispiel ist leider die Ukraine. Gleiche Gefahr steht vor Georgien und anderen Ländern der Region. Unter diesen Bedingungen stellt sich akut die Frage, ob Russland eine eindeutige Strategie gegen eine destruktive Expansion des Westens hat und ob eine Kooperation mit den Ländern, die natürliche Verbündeten beim Schutz konservativer Rechte sein können, vorsieht.

Sergej Lawrow: Die Frage ist sehr breit. Es wurde gerade über die Ukraine gesagt. Gestern gab es eine Sondererklärung des UN-Sicherheitsrats, der auf unsere Initiati-

men – das sind die Methoden, mit denen der Westen den Krieg für die Implementierung seiner Werte führt.

Wir müssen spiegelgleich in den Fällen antworten, wenn unsere Journalisten, Politologen, Politiker, die bekannt sind und die Wahrheit dem ausländischen Publikum beibringen können, von Sanktionen belegt werden. Wir müssen mit Gegenseitigkeit antworten. Das ist nicht unsere Wahl. Sogar während des Kalten Kriegs trafen sich regelmäßig sowjetische und amerikanische Wissenschaftler, besprachen aktuelle Fragen. Jetzt gibt es fast keine solche Möglichkeit. An mich wenden sich manchmal einige Vertreter des politischen Gedankens des Westens und fragen, ob man irgendein Seminar auf einem neutralen Territorium organisieren kann, damit unsere und ihre Vertreter kommen. Früher fragte das niemand. Die Institute vereinbarten das einfach. Jetzt sind unsere westlichen Partner, die an diesen Austausch teilnahmen, einfach erschrocken. Sie wurden ziemlich stark eingeschüchert.

Ich verhalte mich mit sehr großem Respekt zur Position der Georgischen Orthodoxen Kirche, die diese Werte verteidigt. Im Ganzen haben wir keine Probleme mit dem georgischen Volk.

Es gab eine Geschichte 2008, die damit verbunden war, dass die Nato ihre Rolle spielte, als im April auf dem Nato-Gipfel in

Bukarest eine Erklärung angenommen wurde, dass Georgien und die Ukraine Teil der Nato sein werden. Zudem reiste US-Außenministerin Condoleezza Rice nach Georgien einen Monat bevor den Befehl erteilte, Zhinwal und die Positionen der Friedenstruppen zu bombardieren. Michail Saakaschwili hatte wohl zu viele Emotionen. Er beschloss, dass das alles Indulgenz ist.

Die Ukrainer brauchten etwas mehr Zeit, damit der Impuls von Bukarest das Bewusstsein der Menschen erreichte, die das ganze Russische aus ihrem Territorium vertreiben wollten. Wir sind dafür, dass Abchasien, Südossetien die Beziehungen zu Georgien aufbauen. Dort gibt es Mechanismen der Dialoge, an denen wir auch teilnehmen. Die georgische Seite brachte einen Entwurf der Durchführung der gemeinsamen Wirtschaftstätigkeit auf, um Vertrauen zu festigen. Das sind alles nützliche Dinge. Jetzt versuchen aber westliche Teilnehmer der Genfer Diskussionen zwischen Georgien, Abchasien und Südossetien (die EU, UNO, OSZE, USA), dieses Dialogformat zur Geisel der Entwicklung um die Ukraine zu machen. Das ist unanständig, unprofessionell und bedeutet, dass sie ihre Aufgaben in der konkreten Region mit eigenen politischen Beleidigungen und Launen begründen.

Ich freue mich, dass sich bei uns Kontakte zwischen Menschen mit Georgien aktiv entwickeln. 2022 stieg das BIP Georgiens um zehn Prozent. Im bedeutenden Maße dank Tourismus und Handelsbeziehungen mit der Russischen Föderation. Ich hoffe, dass wir bald auch direkten Flugverkehr wieder aufnehmen können.

Wir sehen, inwieweit Georgien, alle anderen Länder seitens des Westens unter Druck gesetzt werden, der öffentlich fordert, sich Sanktionen gegen die Russische Föderation anzuschließen. Dass ein kleines Land und seine Regierung den Mut haben, zu sagen, dass wir uns nach unseren Interessen, Interessen unserer Wirtschaft richten werden, löst Respekt aus.

Frage: Sie sagten gerade, dass der Westen die Masken zur Seite gelegt hat. Wie würden Sie eine ziemlich offene Erklärung des Präsidenten Finnlands, Sauli Niinistö, vor dem Neujahr kommentieren, als er die Russische Föderation mit einem grausamen nazistischen Regime verglich?

In der Sowjetzeit sprachen sie oft über Imperialismus, Kolonialismus, jetzt sind diese Worte öfter zu hören. Es tauchten auch neue Begriffe auf – „Neoliberalismus“, „Globalismus“ auf. Diese Worte sind im Laufe von 30 Jahren von Gennadi Sjuganow und der Kommunistischen Partei Russlands zu hören, jetzt von Ihnen und Russlands Präsidenten. Wie konnten wir feststellen, wem Russland jetzt Widerstand leistet? Sind diese Begriffe heute aktuell, sind sie nicht Teil der Geschichte?

Sergej Lawrow: Was die Neujahrsrede und das jüngste Interview des Präsidenten Finnlands Sauli Niinistö betrifft, gingen wir genau wie im Fall Griechenland und Zypern, davon aus, dass Finnland seit vielen Jahren das Vorbild der Freundschaftsbeziehungen zwischen den Staaten war. Bereits seit der Zeit, als es Koexistenz der Länder mit verschiedenen sozialpolitischen Systemen hieß. Ich war erstaunt wegen der Geschwindigkeit, mit der Finnland (sowie Schweden) die Rhetorik stark änderten. Dahinten steht wohl die Änderung der Position, oder sie war so antirussisch, und mit schönen Worten über die Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Hauses, Respekt der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki getarnt war. Wir sprachen auch über die Zweckmäßigkeit, 2015 den Helsinki-Gipfel anlässlich des 75. Jahrestags der Schaffung der OSZE einzuberufen. Ich weiß nicht. Ich war natürlich über diese Aussagen erstaunt. Sauli Niinistö verglich direkt, wie „Josef Stalin Finnland angriff, so griff Wladimir Putin die Ukraine an. Wie Stalin in Finnland wird auch Putin in der Ukraine verlieren“. Ehrlich gesagt, ist es ein ziemlich primitiver Monolog. Doch Anspielungen an das faschistische Deutschland widerspiegeln den Fakt, dass Sauli Niinistö darüber oft denkt. Mir scheint, dass sich Finnen gut an die Geschichte erinnern sollen, wie auch dass sie gar nicht unschuldige Opfer der Prozesse waren, die vor dem Zweiten Weltkrieg und nach seinem Beginn stattfanden. Leider wurde alles, was in Europa geschaffen wurde (und in vielerlei Hinsicht die führende Rolle Finnlands) jetzt auf einmal zerstört, in großem Maße mit Anstrengungen Finnlands selbst. Aber wir sind Nachbarn. Das kann man nicht ändern. Weiterlesen auf Seite 14

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 4

Finnland strebt so vehement in die Nato an und sagt, dass dies seine Sicherheit garantieren würde. Doch wie wir sagten, müssen wir Schlussfolgerungen wegen des Beitritts Finnlands und Schwedens (wenn es dazu kommt) zur Allianz machen und werden auf unserer Seite der Grenze entsprechende militärtechnische Maßnahmen treffen.

Ich erwähnte nicht Neoimperialismus. Ihr Nachbar sagte, dass wir uns wie andere imperiale Mächte benehmen. Das ist die Sache des Geschmacks. Was koloniale Gewohnheiten betrifft, sagte Präsident Wladimir Putin darüber. Das ist eine reale Einschätzung davon, was der Westen zu machen versucht. Kolonialismus ist, wenn du jemanden ergreifst und auf seine Kosten wohnst. Doch man kann auf verschiedene Weise ergreifen. Im 17. Jh. wurden Sklaven in das Schiff gesteckt, man kann auch alle Pläne, Programme eines jeweiligen Landes bzw. Struktur unterordnen, wie die Amerikaner jetzt mit der EU machen. Island ist kein EU-Mitglied. Sie haben Glück. Die EU verlor ihre Selbstständigkeit. Das ist de facto ein Attribut der Nato. In der EU kommen öffentliche Erklärungen ans Licht, dass sie diskriminiert werden. Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire sagte, dass man die Amerikaner irgendwie dazu bewegen soll, dass sie aufmerksamer zu ihren Interessen sind, weil die Industrie in Europa für Gas viermal mehr zahlt, als die Industrie in den USA.

Im Ganzen bedeutet ein langfristiger Übergang zu Flüssiggas trotz jetziger Preis-

reiner Kolonialismus. Unterordnen und Ressourcen im eigenen Interesse nutzen.

Frage: Die Diplomatie verfügt über eine größere Zahl der Instrumente, vor allem das Wort. Wie denken Sie, welches Wort war 2022 in der Welt der Diplomatie am tragischsten, welches gab die meisten Hoffnungen und welches Wort heute die ganze Welt hören soll.

Sergej Lawrow: Das ist eine lyrische Frage. Wir denken mehr über konkrete Dinge. Zu beschreiben, was wir machen, das würden wir Sie bitten.

Das Wort „der Krieg“, ich würde mich nicht fürchten, es zu sagen. Die aktuellen Ereignisse sind unsere Antwort, die wie Russlands Präsident sagte, hätte vielleicht etwas früher gemacht werden sollen. Das ist die Antwort (sie war nicht zu spät) auf den Hybrid-Krieg, der gegen uns entfacht wurde. Unter dessen Motto der Westen nun in verschiedenen Formen seine Agenda durchsetzt. Jene, die das Wort „Verhandlungen“ hören wollen, wollen sie leider selbst nicht und manipulieren diesen Begriff, um diesen Krieg gegen Russland möglichst lange in die Länge zu ziehen.

Frage: Welchen Platz nehmen arabische Staaten in der Außenpolitik der Russischen Föderation ein? Waren 2022 die Prioritäten zu diesen Ländern revidiert?

Sergej Lawrow: Araber sind unsere alten und treue Freunde. Wir pflegen regelmäßigen Kontakt in bilateralen Kanälen und mit der Arabischen Liga und dem Golf-Kooperationsrat. Gestern hatte ich ein weiteres Treffen mit allen Botschaftern der Mitglieds-

losen, harten, rücksichtslosen Drucks seitens des Westens. Als ich in der Arabischen Liga war, sagte der Generalsekretär der Arabischen Liga vor Beginn meines Auftritts, dass drei Tage vor meiner Ankunft bei ihnen eine Delegation westlicher Botschafter zu Besuch war, die forderte, meinen Auftritt zu stornieren.

Als sie eine höfliche Antwort bekamen, dass es unmöglich ist, weil die Arabische Liga mit Russland befreundet ist, forderten sie, dass nach meinem Auftritt jedes Mitglied der Liga aufsteht und die russische Aggression verurteilt. Darauf folgte ebenfalls eine höfliche Antwort, dass jedes Land eigene Position hat, und sie sie selbst bestimmen. Und die dritte Bitte, die meines Erachtens deprimierend für den Westen war – sich mit mir nicht fotografieren zu lassen. Das ist kein Scherz.

Dann legten die Mitarbeiter des Sekretariats das alles auf Papier und verschickten an alle Botschaften, damit sie solche Demarche bekommen. Ich will nicht sagen, dass es schmeichelhaft für mich war, aber ich würde betonen, dass nach diesem Auftritt (er dauerte mehr als eine Stunde) ich gebeten wurde, einzelnes Foto mit jedem dieser Botschafter zu machen. Das ist quasi eine Kleinigkeit, aber dazu bräuchte man in Europa viel politisches Mut.

Die Beziehungen mit der arabischen Welt entwickeln sich bei uns im Aufwärtstrend. Natürlich sollen wir in handelswirtschaftlichen Verbindungen illegale Sanktionen, Agonie, die wir jetzt seitens jener, die das internationale Währungs- und Finanzsystem leiten, beobachten. Wir bauen neue Lieferketten auf, die von diesen Kolonisatoren geschützt sind. Wir übergehen immer mehr zu Berechnungen in Nationalwährungen. Wir haben viele globale Projekte. In Ägypten wird ein Kernkraftwerk und Industriezone mit russischer Teilnahme geschaffen. Es gibt viele Projekte in Algerien. Es gibt aussichtsreiche Pläne mit Marokko. Es gibt sie fast mit allen afrikanischen Ländern. Es funktionieren Zwischenregierungscommissionen für handelswirtschaftliches Zusammenwirken mit arabischen Ländern. Auf der Ebene der außenpolitischen Behörden funktioniert bei uns das Russisch-arabische Kooperationsforum. Im Laufe von ein paar Jahren konnten wir uns pandemiebedingt nicht im Präsenzformat treffen. Jetzt besprechen wir mit dem Hauptquartier der Arabischen Liga die Durchführung einer Ministersitzung entweder in einem Land der Region nach Ermessen unserer Partner, oder wir sind immer bereit, sie in der Russischen Föderation auszutragen.

In Bezug auf die arabische Welt soll eine offensichtliche Unzufriedenheit unserer Kollegen damit erwähnt werden, dass der Westen, wenn er jeden Tag etwas über die Ukraine fordert, gar nichts zum palästinensischen Problem macht. Es löst tiefes Bedauern aus, dass sowohl Palästina, als auch die Libyen-Regelung, die nach der Zerstörung Libyens durch den Westen an einer Stelle bleibt. Es bleiben Probleme bei Irak-Frage. Das alles und andere Probleme der Region haben für den Westen zweitrangige Bedeutung im Vergleich damit, dass man unbedingt Russland ausschöpfen soll und es eine strategische Niederlage erleiden muss.

Unsere Kollegen sehen, dass wir eine andere Position haben. Wir wissen das zu schätzen. Wir schwächen unsere Anstrengungen bei der Palästina-Frage, Syrien- und Libyen-Regelung nicht ab. In Bezug auf den Irak planen wir Kontakte mit iranischen Kollegen auf einer hohen Ebene. Es ist wichtig, dass diese Konflikte nicht in Vergessenheit geraten. Die palästinensische Frage ist einer der ältesten nicht geregelten Konflikte in der Welt. UN-Generalsekretär hätte diese Agenda etwas aktiver als einer der Teilnehmer des Quartetts der internationalen Vermittler fördern können.

Frage: Sie erinnerten an die Stadt Rakka und aggressive Politik der USA, die diese Stadt in Ruinen verwandelte. Illegale, ungerechte und einseitige Sanktionen gegen das syrische Volk, Besetzung eines Teils der syrischen Gebiete verlängert die Krise in Syrien, verschlimmert die Lebensbedingungen des syrischen Volkes. Wie könnten Sie die Verletzung der USA und ihrer Satelliten des internationalen und humanitären Rechts gegen Syrien und das Verbot für die Rückkehr der Flüchtlinge auf ihren historischen Boden kommentieren?

Sergej Lawrow: Man kann darüber lange sprechen. Sanktionen sind unannehmbar. Das ist ein weiteres Beispiel davon, wie die westlichen Gespräche darüber, dass ihre

Sanktionen einfache Menschen nicht treffen, Lüge sind. Sanktionen zielen genau darauf ab, dass es Menschen schlimmer geht und sie gegen ihre Regierungen rebellieren. Solches banale Ding.

Es gibt humanitäre Ausnahmen. Sehen sie sich die Menge der humanitären Hilfe an, die nach Syrien kommt. Wenn man von den Parametern ausgeht, die die UNO für notwendig betrachtet und was faktisch nach Syrien kommt, ist es ungefähr die Hälfte. Einer der schlimmsten Kennzahlen unter allen humanitären Programmen.

Der Westen will tatsächlich nicht die Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien. Selbst das UN-Büro für Angelegenheiten der Flüchtlinge verbreitete vor einigen Jahren im Lager syrischer Flüchtlinge im Libanon einen Fragebogen, der direkt dazu führte, dass es in Syrien schlecht ist und man besser im Libanon bleiben soll. Wir machten ein Skandal. Man entschuldigte sich vor uns. Dieser Fragebogen wurde entfernt. Das alles zeigt, wie sich „internationale Gemeinschaften“ zu Flüchtlingen verhalten.

Der Grund ist politisch. Die Resolution Nr.2254 des UN-Sicherheitsrats sieht tatsächlich die Durchführung der Wahlen unter Teilnahme der ganzen syrischen Bevölkerung vor. Der Westen will sehr, dass wenn es zu diesen Wahlen kommt (obwohl Syrien eigene Wahlen ohne Einmischung des Westens durchführte), sie es auf irgendeiner Etappe schaffen, gewisse „riesengroße Wahlen“ unter Teilnahme der Flüchtlinge aufzudrängen. Sie wissen, wie man in Flüchtlingslagern eine „richtige“ Abstimmung zugunsten der Opposition gewährleistet, die sie ernähren. Ein offensichtliches und unschöne Ding.

Die Amerikaner verstanden, dass es keinen Sinn hat, irgendwelchen Juan Guaido für Venezuela großzuziehen und man mit jenen arbeiten soll, die das Mandat des Volkes haben. Jetzt sind solche Tendenzen gegenüber Präsident Baschar Assad zu erkennen. Amerikaner haben geschlossene Kontakte zu Kriegsgefangenen mit den Syrern. Andere Länder, darunter die Türkei, traten dafür ein, die Beziehungen zu Damaskus zu normalisieren. Der Präsident der Türkei Recep Tayyip Erdogan sagte, dass er bereit sei, sich mit dem Präsidenten Syriens, Baschar Assad zu treffen. Wir wurden um Unterstützung gebeten. Es gab ein Treffen der Verteidigungsminister der Türkei und Syriens unter russischer Vermittlung, es wird ein Außenministertreffen vorbereitet. Arabische Länder verließen nicht Syrien, ließen dort ihre Botschaften, oder brachten sie dorthin zurück. Zum Beispiel, VAE, die über große Vermittlungserfahrung verfügen, nutzen sie immer mehr zum Wohle. Wir wissen das zu schätzen. Das Leben wird dazu bewegen, diese Fragen ausgehend von Realien und nicht aus einem perfekten Bild, das sich jemand in ihren geopolitischen Konstellationen malt, zu betrachten.

Eines der Hauptprobleme ist aber Idlib. Es ist notwendig, dass die Vereinbarungen über die Unzulässigkeit der Beibehaltung von Terroristen dort erfüllt werden. Dazu noch der Nordosten, wo man Kontakte zwischen der Regierung und Kurden aufnehmen soll. Wir verstehen die Besorgnisse unserer türkischen Kollegen, ihre Verärgerung, dass die USA im Gegenteil die Kurden nutzen wollen, um einen Quasi-Staat im Osten Syriens zu schaffen und damit die Kurden die Aufträge Washingtons erfüllen und ständig Reizfaktoren in der Region schaffen.

Mein Kollege, der Außenminister der Türkei, Mevlüt Cavusoglu, erinnerte daran, dass Russland 2019 mit der Türkei ein Memorandum unterzeichnete, laut dem wir uns verpflichteten, von der türkischen Grenze auf eine bestimmte Entfernung ähnlich wie bei Sicherheitsabkommen von Adana zwischen der Türkei und Syrien 1998 zurückzugehen. Mein guter Freund, Cavusoglu, sagte, dass Russland bislang nicht alles erfüllt hat. Das stimmt. Es ist eine schwere Frage. Doch wir hatten mit den Türken auch andere Vereinbarungen neben dem Nordosten. Russlands Präsident Wladimir Putin und der Präsident der Türkei Recep Tayyip Erdogan unterzeichneten ein Protokoll zu Idlib. Demnach verpflichtete sich die Türkei, die Opposition, die mit der Türkei kooperiert, von Dschebhah an-Nusra zu trennen, damit sich Terroristen nicht frei fühlen können. 2020 wurde ein gemeinsames russisch-türkisches Patrouillieren der M4-Autobahn bis Aleppo Weiterlesen auf Seite 15



„ Wir halten Washingtons Kurs, sein Diktat in den internationalen Angelegenheiten durchzusetzen, für das hauptsächliche Problem.

Amerikaner dürfen machen, was sie wollen und wo sie es wollen.

Der Rest darf ohne amerikanische Zustimmung nichts unternehmen, auch nicht um direkte Sicherheitsbedrohungen zu erwidern, die von den USA eigenhändig an den Grenzen dieser Länder geschaffen werden.

SERGEJ LAWROW
AUSSENMINISTER RUSSLAND

schwankungen eine bedeutende Verteuerung der Produktion in Europa. Vor vielen Jahren forderten die Europäer von uns, keine langfristigen Verträge zu unterzeichnen, sondern zu Spot-Preisen zu übergehen. Jetzt, als ukrainische Ereignisse begannen, und Europäer beschlossen, nach neuen Energiequellen zu suchen, führen sie Verhandlungen in Katar. Katar sagte, bitte gerne – ein Vertrag für mindestens 15 Jahre. Die Europäer wandten sich dann an die USA. Gestern las ich eine Mitteilung, dass die Amerikaner sagten, dass sie einen guten Preis geben werden, aber nur im Rahmen der langfristigen Verträge. Deswegen ist die Zuverlässigkeit, Fähigkeit, eine stabile Aussicht zu haben, wichtiger, als jeden Tag dem Zickzackkurs zu folgen. Aber die europäische Industrie bewegt sich bereits in die USA. Einige Politologen, darunter westliche sagen, dass eines der Ziele davon, was um die Ukraine passiert, ein starker Rückgang der Konkurrenzfähigkeit Europas ist. Das ist ein Schritt dazu, die Konkurrenzfähigkeit Chinas, anderer Rivalen auf den Weltmärkten abzuschwächen.

Der Kolonialismus zeigt sich natürlich in vollem Maße bei den Beziehungen mit Schwellenländern. Sehen sie, wohin US-Investitionen fließen. Sie werden unbedingt entweder mit irgendwelchen politischen Forderungen oder Stationierung der US-Truppen begleitet. Ich sehe keinen großen Unterschied. Ich weiß, dass viele Wissenschaftler bereits dieses Phänomen des Kolonialismus unter neuen Bedingungen, das ist sogar kein Neokolonialismus erforschen. Aus der Sicht der Ziele und Aufgaben ist es

staaten der Arabischen Liga. Im Mai 2022 war ich im Hauptquartier der Arabischen Liga in Kairo. Ich trat dort vor allen Mitgliedsstaaten auf.

Ich sehe das Verständnis unserer Position. Das ist bei weitem nicht über die Ukraine, sondern über den Kampf um die neue Weltordnung zwischen jenen, die meinen, dass sie ihren Regeln vollständig unterordnet werden soll, die die Dominanz der USA und ihrer Satelliten und jener, die wollen, dass die Weltordnung demokratisch ist, vorsehen.

Ich sagte das schon mehrmals. Die westlichen Länder fordern ständig von allen Demokratie, aber meinen ausschließlich den inneren Aufbau des Staates. Dabei hat man natürlich kein Recht, Fragen über die Demokratie in den USA zu stellen. Es gibt Studien darüber, wie dort die letzten Wahlen stattfanden – es wurden tote Personen gewählt, ein Kongressmitglied bekam doppelt so viele Stimmen, als es Wähler in ihrem Lokal gab, Abstimmung per Post u.s.w. Man darf das nicht machen. Sobald man mit ihnen über die Demokratie der demokratischen Beziehungen spricht, gehen sie weg. Sie wollen das nicht. Sie wollen „Regeln“ in der Welt. Kein Völkerrecht, das die Demokratie gewährleistet, wo jedes Land souverän gleichberechtigt ist, sondern Regeln, wo sie alles diktieren. In der Nato-EU-Erklärung steht geschrieben – im Interesse der „Milliarde“. Der „Dschungel“ soll geschützt und auf koloniale Weise genutzt werden.

Niemand aus arabischen Ländern schloss sich Sanktionen an trotz des präzedenz-

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 5

vereinbart. Das wird bislang auch nicht geschafft. Deswegen soll man weiter die Erfüllung der abgestimmten Aufgaben anstreben. Sie bleiben vollständig aktuell.

Eine wichtige Rolle spielen die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Syriens. Der Westen versucht mit allen Mitteln die Kanäle der humanitären Lieferungen ohne Kontrolle von Damaskus über die türkische Grenze nach Idlib beizubehalten. Wir lieben jetzt nur einen solchen Punkt und nur unter Bedingung, dass legitime, durch das Völkerrecht festgelegte Methoden der Lieferung humanitärer Hilfe, also über die Regierung Syriens, aufgebaut werden und die Möglichkeiten für Finanzierung der Projekte der frühen Wiederherstellung aufgedeckt werden. Also es geht nicht nur um die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten, sondern auch Reparatur von Krankenhäusern, Schulen, Gewährleistung der Wasser- und Energieversorgung. Das wurde uns nicht einfach versprochen. Es wurde eine Resolution des UN-Sicherheitsrats angenommen. Sie wurde unter anderem von Amerikanern aktiv unterstützt. Bereits seit zwei Jahren sehen wir einen nicht großen Fortschritt. Das ist auch die Aufgabe, die die UNO aktiver lösen soll.

Frage: Die Beziehungen zwischen Russland und den USA sind nicht im besten Zustand. Was soll Washington aus der Sicht Russlands machen, um die Beziehungen auf das frühere Niveau zu bringen? Inwieweit stören solche anstrengenden Beziehungen zwischen Russland und den USA bei der Lösung anderer Krisen, wie in Jemen, Syrien, Libyen und Iran?

Sergej Lawrow: Wenn zwei einflussreiche Länder nicht zusammenarbeiten und sogar auch miteinander nicht sprechen, wirkt sich das immer auf ihre Möglichkeit aus, bei der Lösung eines gewissen internationalen Problems zu helfen, wo Anknüpfung der Anstrengungen erforderlich ist. Das ist ein objektiver Faktor. Was ist notwendig, damit diese Beziehungen zu einem normalen Zustand kommen? „Ein normaler Zustand“ – es ist so ein Begriff. So, wie es war, wird es nicht mehr geben. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte vor kurzem, dass es nicht mehr solche Beziehungen Russlands zur Nato und dem Westen, wie sie in der Vergangenheit waren, geben werde.

Wir sagten seit langer Zeit, dass es nicht mehr Situation geben wird, wenn man uns lügt, Dokumente unterzeichnet, und dann sich weigert, sie zu erfüllen. So war es mit der Erklärung des Russland-Nato-Rats, OSZE-Erklärung von Istanbul, OSZE-Erklärung, die auf dem Gipfel in Astana 2010 angenommen wurde, Abkommen über Krisenregelung in der Ukraine im Februar 2014 (das von Deutschland, Frankreich und Polen garantiert wurde), Minsker Abkommen, die nicht nur von Deutschland und Frankreich unterzeichnet wurden, sondern auch im UN-Sicherheitsrat einstimmig gebilligt wurden. Alle diesen Vereinbarungen wollte der Westen sogar nicht erfüllen. Uns wurde einfach offen gelogen, als auf der Ebene der Präsidenten und Premierminister diese feierlichen Verpflichtungen unterzeichnet wurden. Deswegen hörten wir noch früher damit auf, ihnen aufs Wort zu glauben.

Warum glauben wir aufs Wort? In Russland gab es solche Regel, als Händler etwas vereinbarten, sie unterzeichneten nichts, machten einen Händedruck und alles. Wenn du das Vereinbarte nicht erfülltest, wird nicht niemand respektieren. Wir wurden davon abgelernt, nachdem uns versprochen wurde, die Nato nicht zu erweitern. Dann unterzeichneten wir politische und sogar juristisch verbindliche Dokumente. Die Resolution des Sicherheitsrats zu Minsker Abkommen – das ist ein juristisch verbindliches Dokument. Jetzt werden wir dazu aufgerufen, dass Russland die Ukraine verlassen, die UN-Charta in vollem Maße erfüllen soll. Dort heißt es unter anderem, dass alle UN-Mitglieder verpflichtet sind, die Resolutionen des Sicherheitsrats zu erfüllen. Die Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Ukraine wurde sabotiert und ließ den Konflikt nicht so regeln, dass es keine Leiden im Rahmen der aktuellen Ereignisse gibt. Das ist ein offensichtliches Ding für mich.

Unsere westlichen „Freunde“ setzten vor einiger Zeit einen Beschluss der UN-Generalversammlung durch, dass wenn jemand ein Veto im UN-Sicherheitsrat einsetzt, soll die Generalversammlung innerhalb von zehn Tagen eine Sitzung zu diesem Thema durchführen und hören, welche Motive es für seinen Einsatz waren. Wir stimmten so. Wir haben nichts zu verheimlichen. Alle un-

seren Abstimmungen, Beschlüsse erklären wir gerade so.

Aber es stellt sich eine andere Frage: Warum will die UN-Generalversammlung nicht die Frage über Resolutionen betrachten, die nicht von Veto betroffen wurden, sie wurden angenommen, aber niemand erfüllt sie? Zum Beispiel, Resolutionen zur Palästina-Regelung. Sie wurden doch im UN-Sicherheitsrat angenommen, darunter gibt es einstimmige Resolutionen. Man vergaß daran. In der Generalversammlung, wenn Palästina besprochen wird, beklagt man sich über die Nichterfüllung. Und speziell eine Sitzung einberufen und fragen, warum die Resolution nicht erfüllt wurde, die die Minsker Abkommen zur Ukraine billigte, das fällt niemandem ein. Genauer gesagt, es fällt ein, aber niemand braucht es. Stattdessen werden irgendwelche unglaublichen Ideen über die Schaffung des „Tribunals“, eines „Mechanismus“ zu Reparationen seitens der Russischen Föderation besprochen. Mögen sie das machen. Aber alle diese Tribunale sind den Ukrainern und ihren Schutzherrn nichts mehr als Tribüne notwendig. Nichts mehr.

Es waren nicht wir, die die Beziehungen zu den USA ruinierten. Nach dem Treffen des US-Präsidenten Joe Biden und Russlands Präsidenten Wladimir Putin in Genf im Juni 2021, wo die Gorbatschow-Reagan-Formel bestätigt wurde, dass es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann und er nie entfacht werden darf, förderten wir das aktiv. Die Amerikaner stimmten zu. Die Administration Bidens im Unterschied von der Administration Trumps unterstützte sofort diese Idee, was uns im Januar 2022 ermöglichte, eine gleiche Erklärung über die Unzulässigkeit eines Atomkriegs (auf unsere Initiative) im Namen der Anführer von allen fünf Atommächten zu machen. Ihre zweite Vereinbarung war der Beginn eines strategischen Dialogs darüber, was als Ersatz des START-Vertrags kommen kann, der jetzt gültig ist und Anfang 2026 abläuft. Er wurde unter Teilnahme der Diplomaten, Militärs, Sicherheitsdienste aufgenommen. Es gab zwei Runden der Sitzungen im Juli und September 2021. Es war mehr oder weniger klar, in welcher Richtung man sich weiter bewegen soll, es wurden organisatorische Formen der weiteren Diskussion besprochen (das ist auch wichtig). Nach September 2021 haben die Amerikaner plötzlich diesen strategischen Dialog abgesprochen. Jetzt sagen sie, dass man ihn wiederaufnehmen soll. Wir haben ihn nicht abgebrochen. In keiner Richtung unserer Kontakte waren wir Initiatoren der Einstellung. Das waren die USA. Hinterlaufen und ihnen sagen – wollen wir wieder befreundet sein – das werden wir nicht machen. Sie wissen, dass wir ernsthafte Menschen sind und auf einen ernsthaften Umgang immer ernsthaft reagieren werden. US-Präsident Joe Biden bat Russlands Präsidenten, Wladimir Putin, dass der SWR-Chef Sergej Naryschkin sich mit CIA-Chef William Burns trifft – das Treffen kam zustande. Es war ziemlich ernsthaft, nützlich, obwohl es keinen Durchbruch gebracht hat. Ein ernsthafter, gegenseitig respektvoller Dialog und nicht ein Treffen, um einander alle tödlichen Sünden borzuwerfen. Deswegen ist der Ball nicht auf unserer Seite.

Frage: Als Fortsetzung des Themas der Beziehungen zu den USA, man möchte betonen, ob es ein Verständnis gibt, wann der neue US-Botschafter nach Russland kommt? Inwieweit ist heute die Aussicht der Wiederaufnahme der Arbeit der diplomatischen Vertretung bei der Ausstellung von Visa für die Russen in Sicht? Ist das russische Außenministerium bereit, den Dialog mit den USA in dieser Richtung zu fördern?

Sergej Lawrow: Ich weiß nicht, wann die neue Botschafterin kommt. Sie hat bereits Anhörungen absolviert, alle Formalitäten wurden abgeschlossen. Darüber soll die US-Seite entscheiden. Sie hat Agreement. Von unserer Seite gibt es keine Hindernisse für ihre Anreise.

Was die Bedingungen betrifft, unter denen die Botschaften arbeiten. Genau so wie bei der vorherigen Frage, wir begannen nie irgendwelche Handlungen zur Erschwerung der Arbeit der Diplomaten. Alles, was wir jetzt beobachten, wurde vom Nobelpreisträger Barack Obama im Dezember 2016, drei Wochen vor der Amtseinführung Donald Trumps begonnen. Barack Obama beschloss kurz vor seiner Abreise aus dem Weißen Haus, seinem Nachfolger kleinlich zu schaden – er nahm unser Eigentum weg,

vertrieb unsere Diplomaten. Das war kleinlich, unwürdig für einen Menschen, der Präsidenten der Vereinigten Staaten heißt.

Danach wurden wir von Vertretern Donald Trumps angerufen, uns wurde gesagt, dass Donald Trump noch kein Präsident sei, aber sie meinen, dass es nicht richtig gemacht wurde. Die Amerikaner waren sicher, dass wir reagieren werden. Sie baten zu warten, bis Trump ins Weiße Haus einzieht und sie versuchen, das zu regeln. Wir nahmen eine Pause. Es sind sechs Monate vergangen. Ihm wurde nicht ermöglicht, das zu regeln, auch wenn er das wollte. Wir mussten auch mit der Ausweisung von Diplomaten, Einführung eines Sonderregimes für ein Paar Objekte der Amerikaner in Moskau beginnen. Sie nahmen das übel – wieso haben wir sie einfach so vertrieben. Das war nicht einfach so, zuvor ging Barack Obama vor. So begann die Kettenreaktion.

Jetzt haben wir keine Parität. Das Verhältnis der Diplomaten ist ernsthaft zugunsten der USA. In eine gemeinsame Zahl, die für uns und sie gleich ist, wurden in unserem Fall Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Russlands bei der UNO aufgenommen, die mit bilateralen Verbindungen Russlands und der USA nichts zu tun haben. Unter anderen Umständen hätten sie nicht in Parität-Berechnungen gezählt werden sollen. Sie werden aber gezählt. Das sind 140 Menschen. Hier haben die Amerikaner einen großen Vorteil. Wenn sie sich darüber beschweren, dass sie keine Menschen haben, um Visa auszustellen, glauben sie ihnen nicht. Wir haben 140 weniger Leute in bilateralen ausländischen Einrichtungen. Wir stellten die Visumsausstellung nicht ein, US-Bürger wurden nicht nach Venezuela, Kuba oder Nicaragua geschickt, um Visa zu bekommen. Wir hätten aber das machen können. Aber wir sind nicht kleinlich. Wir bemühen uns, ersthafte Menschen zu sein.

Frage: In der letzten Zeit spricht China viel über den Frieden, die Notwendigkeit des Friedens für unsere Welt, die Politik der Nichtkonfrontation, Nicht-Anschlusses. Allerdings spricht der Westen aktiv über die „russisch-chinesische Allianz“, manchmal schüchtert damit die Welt ein. Eine typische Taktik des Westens – alles brechen, was ihnen nicht gefällt. Werden heute in Russland die Versuche des Westens fixiert, Russland und China zu zerstreuen – Informationsattaken, kompromittierende Materialien u.a. – ein typischer US-Stil?

Sergej Lawrow: Unsere Beziehungen zur Volksrepublik China erleben die besten Zeiten in der ganzen Geschichte der Zusammenarbeit. Das sagen unsere Anführer – Russlands Präsident Wladimir Putin und der Staatschef Chinas Xi Jinping. Das ist in gemeinsamen Dokumenten festgeschrieben, das letzte davon am 4. Februar 2022 angenommen wurde, als Russlands Präsident zu einem Besuch nach China kam. Das war eine Gemeinsame Erklärung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China über internationale Beziehungen, die in eine neue Epoche eintreten, und in einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Ein starkes Dokument, wo alle wichtigsten Weltanschauungsfragen im Kontext der Solidarität unserer Länder widerspiegelt sind. Einst beschrieben die chinesischen Freunde die Beziehungen, dass es keine Allianz, kein Bündnis ist, aber in vielerlei Hinsicht stärker als ein Bündnis. Sie sind pragmatisch, vertrauensvoll, gegenseitig respektvoll und stützen sich auf das Gleichgewicht der Interessen. Genau das, was ein perfektes Format für die Beziehungen mit jedem anderen Land ist. Sie stützen sich direkt auf die Prinzipien der UN-Charta.

Der Handelsumsatz zwischen Russland und China ist in diesem Jahr bereits auf Rekordniveau. 2022 war es etwas weniger als 200 Mrd. Dollar (Ich berechne in US-Dollar, es ist aber die Zeit, in Rubel und Yuan zu berechnen. Bald wird es wohl so sein).

Moskau und Peking kooperieren eng in der internationalen Arena, insbesondere in der UNO, bei der Bekämpfung von neuen Herausforderungen und Gefahren im Rahmen der SOZ und des BRICS. Die Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und China besteht in der Harmonisierung der eurasischen Integration und des chinesischen Projekts der Neuen Seidenstraße. Erwähnenswert ist auch unsere militärische bzw. militärtechnische Kooperation, wobei gemeinsame Manöver organisiert werden. Das alles festigt unsere strategische Partnerschaft. Der Westen sieht das.

Sie haben gefragt, ob wir Informatio-

nen haben, ob sich der Westen um eine Verschlechterung unserer Beziehungen bemüht. Danach muss man gar nicht suchen – diese Informationen sind offen. In den Strategien, die die USA entwickeln (Sicherheitsdoktrin, Nato-EU-Erklärung) sind Russland und China erwähnt. Es gibt eine kleine Nuance: Man hält uns für eine kurzfristige Gefahr, mit der man sich möglichst schnell auseinandersetzen sollte; und China gilt als langfristige Gefahr, als große und systemische Herausforderung. Also muss man sich mit China nach Auffassung des Westens länger auseinandersetzen.

Viele unabhängige Beobachter schreiben, die Amerikaner und Europa würden einen Fehler machen, indem sie versuchen, Russland und China gleichzeitig einzudämmen. Sie glauben wohl, imstande zu sein, so zu handeln. Die USA könnten das nie im Alleingang tun. Das ist die eindeutige Schlussfolgerung.

Es ist ja nicht umsonst, dass sie „Europa versklavt“ haben, das jetzt ihrer Dominanzstrategie voll und ganz dient. Dasselbe wird jetzt auch gegenüber Japan getan. Dann werden sie bestimmt versuchen, Neuseeland und Kanada in solche Allianzen wie beispielsweise AUKUS aufzunehmen, damit das angelsächsische „Quintett“ sich vollständig fixt. Auch Südkorea wird „angebaggert“.

Dabei haben die Amerikaner nicht genug Kraft, um ihren Dominanzkurs voranzutreiben, vor allem im Interesse der Eindämmung Russlands und Chinas. Deshalb brauchen sie eine vollständige Mobilmachung des ganzen „westlichen Lagers“. Und das tun sie jetzt auch. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass ihre Kräfte schon fast erschöpft sind, was den Widerstand der objektiven historischen Tendenz zur Etablierung der multipolaren Welt angeht.

Wir und die Chinesen sehen, dass der Westen trotz des einheitlichen Ziels, Moskau und Peking einzudämmen, sich darum bemüht, uns zu zerstreuen. Man will uns besiegen, um dann Russland zu überzeugen, ein Partner des Westens zu werden, der sich gnädig zeigen und die Sanktionen gegen uns aufheben würde. Dann könnte Russland der Partner des Westens werden und ihn nicht mehr stören – und im idealen Fall ihm bei der Eindämmung Chinas helfen. Ich weiß nicht, wer von Analysten solche Theorien entwickelt. Sie sind aber realitätsfremd.

Wir und China sehen all diese „Spielchen“. Wir verstehen, dass China viel tiefer in die modernen Globalisierungsprozesse integriert war. Seine Wirtschaft ist viel größer als unsere, wie auch seine Reserven, die es in ausländische Währungen investierte. Für China wäre die Überwindung der Abhängigkeit vom Westen viel komplizierter als für Russland. Für uns wurde diese Aufgabe in einem gewissen Sinne leichter – wegen der allumfassenden Sanktionen, angesichts derer wir uns endgültig überzeugt haben, dass wir diesen Leuten, die uns in ihr Wirtschaftssystem lockten, nicht mehr vertrauen können, dass wir uns auf sie nicht verlassen können.

Gestern hat Präsident Putin in einer Regierungsberatung unseren Kurs abermals bestätigt. Ich habe keine Zweifel, das auch unsere chinesischen Kollegen diese Gefahr sehen. Die westlichen Sanktionen gegen China wurden schon teilweise verhängt – sie sind gegen alles gerichtet, was mit Chinas Möglichkeiten verbunden ist, Mikroprozessoren bzw. Halbleiter herzustellen. Es wurde offen erklärt, dass der Westen von China nicht mehr abhängig sein darf. Der Westen sollte alles selbst herstellen, und die Amerikaner nehmen die Produktion schon wieder auf. Solche Sanktionen werden gegen Peking auch künftig verhängt werden.

Wir tun nichts, was unsere praktischen Beziehungen zerstören könnte und unseren Unternehmen schaden könnte, und bemühen uns gemeinsam mit China um eine Reduzierung unserer Abhängigkeit von solchen westlichen Instrumenten und von unzuverlässigen Partnern. Etwa die Hälfte unserer Handelsbilanz entfällt auf Zahlungen in Rubel und Yuan, und ihr Anteil wird immer größer.

China versteht sehr gut, dass die westlichen doktrinären Einstellungen (jetzt sind sie gegen Russland gerichtet, dann wird China dran sein) ernst zu nehmen sind, dass der Westen sich darum bemühen wird. Im Taiwan-Kontext wurde bereits die Position festgelegt, die für China völlig inakzeptabel ist und auch dem Völkerrecht widerspricht. Weiterlesen auf Seite 16

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 6

Man sucht permanent nach neuen Möglichkeiten, China zu verärgern – im Kontext der Situation um Tibet, Xinjiang und Hongkong.

Peking versteht sehr gut, dass es gefährlich ist, Teil des westlichen Systems zu bleiben und vom Westen vollständig abzuhängen. Das ist mit großen Risiken für die nationalen Entwicklungsinteressen Russlands verbunden.

Frage: Im Dezember 2022 sagten Sie, eines der wichtigsten außenpolitischen Ergebnisse des Jahres sei die endgültige Einsicht geworden, mit dem man verhandeln und wem man nicht vertrauen kann. Mit dem „kollektiven Westen“ ist alles völlig klar, aber was können wir in Asien im Allgemeinen erwarten? Wie sind die Prioritäten unserer Diplomatie in der asiatischen Region?

Sergej Lawrow: Ich habe schon zu diesem Thema gesprochen. Der Westen versucht, der ganzen Welt seine „blockbezogene“ Herangehensweise aufzuzwingen, und eine der Prioritäten ist dabei Asien. Seine „Indo-pazifischen Strategien“, die extra erfunden wurden, um immer mehr Keile zwischen Indien und China zu treiben und Indien in seine Schemata zu verwickeln – das sind alles ziemlich offensichtliche Dinge.

Es wurde das AUKUS-Format ins Leben gerufen, wobei Frankreich parallel erniedrigt wurde, als es um Lieferungen von U-Booten an Australien ging. Es wurde erklärt, dass man sie selbst bauen würde. Das „blockbezogene“ Format wird künftig noch mehr erweitert werden. Erst neulich fand ein gemeinsamer Gipfel mit Japan statt. Dabei wurde offensichtlich, dass sich Japan militarisieren wird, so dass seine Rüstungsausgaben steigen werden. Und Neuseeland und Südkorea betrachten die Amerikaner als potenzielle Teilnehmer dieses Prozesses.

Es ist ja unbekannt, wie das enden wird. Das müssen die Regierungen dieser Länder entscheiden. Alles erfolgt bei gleichzeitiger Zerstörung von Strukturen, die jahrzehntelang die Sicherheitsarchitektur in Asien unterstützten. Sie wurde vor allem im Rahmen des ASEAN gegründet, das von allen als „Kern“ der Prozesse auf Gebieten wie Wirtschaft, Sicherheit, politischem Dialog und humanitäre Kooperation galt. Es wurden umfassende Mechanismen ins Leben gerufen: diverse Dialogformate zwischen ASEAN und seinen einzelnen Partnern, Ostasiatische Gipfeltreffen, an denen sich die zehn ASEAN-Mitglieder und alle Dialogpartner beteiligten (es gab insgesamt neun Partner: Russland, China, Australien, Indien, Kanada, Neuseeland, Südkorea, USA, Japan), das Regionale ASEAN-Forum für Sicherheit (daran beteiligten sich alle ASEAN-Partner und viele andere eingeladene Länder), das Format der Beratungen der ASEAN-Verteidigungsminister und ihrer Amtskollegen aus den Partnerländern und etliche andere Mechanismen, dank denen diverse Wirtschaftsfragen sowie Probleme der Vorbeugung von Naturkatastrophen bzw. Beseitigung ihrer Folgen und humanitäre Kooperationsfragen behandelt wurden. Auch Vertreter akademischer Kreise trafen sich regelmäßig. Auf dem Papier bleibt alles weiter bestehen. Aber inzwischen bemüht man sich schon darum, dass die wichtigsten Fragen der regionalen Entwicklung nicht in diesen universalen Formaten entschieden werden, wo die Konsensregel gilt, sondern in kleineren Formaten (wie beispielsweise AUKUS), die künftig immer größer werden sollen, so dass in ihre Reihen immer neue Mitglieder aufgenommen werden.

Die Amerikaner scheuen sich nicht, offen zu sagen, dass ASEAN zwar zehn Mitglieder zählt, aber fünf von ihnen bereit sind, „ihren“ Weg zu gehen, während die anderen fünf noch nicht reif genug sind. Das ist im Grunde ein Versuch, ASEAN zu spalten – und dabei haben die USA auch Erfolg. Im ASEAN entstehen immer neue interne Reibungen, seine Mitglieder sind verärgert, zum Beispiel Myanmar. Zum ersten Mal in der ASEAN-Geschichte wird ein Land bei der Teilnahme an Gipfeltreffen behindert.

Wir arbeiten mit unseren Freunden. Indonesien ist gerade ASEAN-Vorsitzender. Ich war in Kambodscha beim Ostasiatischen Gipfel (am 13. November 2022) und beim G20-Gipfel auf Bali (am 15. und 16. November 2022). Unsere Kollegen aus dieser Region sind über die Entwicklung der Situation sehr besorgt. Ihre Beziehungen mit China waren nicht gerade problemlos. Sie wurden schon vor längerer Zeit Gegenstand des Dialogs zwecks Suche nach allseitig annehmbaren Entscheidungen. Was der We-

sten aber gerade tut, ist unter anderem auf Behinderung dieses Dialogs ausgerichtet. Dasselbe gilt auch für den OSZE-Raum: Dort galt das Konsensprinzip, wobei nach Einverständnis und einer Interessenbalance gesucht wurde. Das wurde aber von unseren westlichen Kollegen so gut wie vollständig zerstört. Im Jahr 2022 bemühte sich vor allem Polen als OSZE-Vorsitzender darum.

Im Asien-Pazifik-Raum werden jetzt ebenfalls Versuche unternommen, die regionale Architektur zu zerstören, die sich auf Konsens, Einverständnis und Kompromissuche stützt, wobei sich jemand darum bemüht, Strukturen die Führungsrolle zu verleihen, die nach dem Blockprinzip gebildet werden.

Frage: Meine Frage gilt Zentralasien. Ich war einen Monat lang auf einer Dienstreise in Usbekistan, ging durch Taschkent spazieren und beobachtete die Situation dort. Ich sah, dass das Interesse der russischen Geschäftskreise für Usbekistan größer wird. Ich sah auch viele Touristen, die nicht als größere Gruppen, sondern privat in dieses Land kamen. Wie entwickeln sich Stand jetzt die Beziehungen Russlands mit den Ländern der einstigen Sowjetunion bzw. Mittelasiens unter Berücksichtigung der Sanktionen, wenn die europäischen Unternehmen leider oder zum Glück weg sind? Wie verhält sich Europa zur Kooperation Russlands mit den EAWU-Ländern?

Sergej Lawrow: Die Beziehungen mit Mittel- und Zentralasien entwickeln sich intensiv. Neben bilateralen Beziehungen, die sich auf eine umfassende Rechts- bzw. Vertragsbasis und auf entsprechende Instrumente (unter anderem Regierungskommissionen für Wirtschaftskooperation und andere Themen, insbesondere für militärtechnische und humanitäre Kooperation) stützen, gibt es auch kollektive Formate. Dort arbeiten wir mit unseren zentralasiatischen Partnern ebenfalls intensiv zusammen. Vor allem sind das die GUS, die SOZ; mit Kasachstan und Kirgisien wirken wir auch in der EAWU und der OVKS zusammen, wo drei zentralasiatische Länder (Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan) vollberechtigte Mitglieder sind.

In den vergangenen Jahren entwickeln wir auch das zusätzliche 5+2-Format (Zentralasiatische Fünfergruppe plus Russland). In diesen zwei Jahren fanden mehrere Treffen auf dem Niveau der Außenminister statt. Alle Freunde haben dieses Format begrüßt. Im Herbst 2022 fand in Astana das erste Gipfeltreffen „Russland-Zentralasien“ auf dem Niveau der Präsidenten statt. Es wurde ein Dokument vereinbart, das auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit an konkreten Themen in diesem Format ausgerichtet ist, die die wichtigsten Entwicklungsthemen der Region betreffen. Wir werden dieses Zusammenwirken fortsetzen.

Was andere unsere Partner in Zentralasien angeht, so wird ihre Zahl immer größer. Noch lange vor den aktuellen Ereignissen zeigten alle wichtigsten Akteure ihr Interesse für diese Region: die EU, die USA, Japan, Indien, China, die Türkei, der Iran und Südkorea. Praktisch mit allen diesen Staaten hat Zentralasien Kooperationsformate (5+1). Anhand der Informationen, die wir aus Pressemitteilungen sowie bei den Kontakten mit unseren zentralasiatischen Partnern erfahren, schlussfolgern wir, dass nicht alle Kollegen, die in Zentralasien arbeiten, das ohne Diskriminierung anderer Länder tun. So sagen wir unseren Partnern im Rahmen der GUS, der EAWU, der OVKS oder der SOZ, wie auch bei unseren Treffen mit Kollegen aus Zentralasien nie, dass sie mit diesen oder jenen Ländern keine Kontakte pflegen dürfen, weil wir „gemeinsam gegen jemanden auftreten sollten“. Wir tun nie so etwas – anders als die USA, die EU oder Japan. Wenn sie sich mit Zentralasiaten treffen, sagen sie ihnen offen, dass sie sich nicht auf Russland verlassen sollten, weil dieses den Krieg gegen den Westen (sie machen ja kein Hehl daraus, dass es nicht die Ukraine ist, sondern der Westen) verliert – und deshalb sollten sie auf die Siegerseite setzen. So ist ja ihre Sprache. Das ist ein weiterer Beweis für die Manieren und die Mentalität der westlichen Partner.

Neben solchem verbalen Einfluss setzt der Westen diese Länder unter Druck und droht ihnen, sie könnten ihre Absatzmärkte oder Investitionen verlieren, falls sie Russland helfen sollten, die Sanktionen zu umgehen. In manchen Fällen müssen unsere Partner (und zwar nicht nur in Zentralasien) Rücksicht darauf nehmen, dass wenn sie Unternehmen haben, die weltweit an di-

versen Projekten beteiligt sind, werden sie wohl nicht der Einhaltung der Sanktionen zustimmen. Es gibt Unternehmen, die solche Risiken eingehen.

Wir bestehen nicht darauf, dass alle Unternehmen in jedem freundlichen Land laut und deutlich erklären, dass sie gegen die antirussischen Sanktionen sind. Uns genügt es, dass niemand von ihnen sich diesen Sanktionen angeschlossen hat und dass wir mit jedem von diesen Ländern (wie auch mit unseren Partnern in anderen Regionen) an neuen Mechanismen erfolgreich arbeiten, die von den Kapricen und von der Willkür unserer westlichen Kollegen unabhängig bleiben werden.

Frage (übersetzt aus dem Englischen): Präsident Selenski hat gesagt, dass die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bald Kiew besuchen werde, und dass er die Position Italiens hoch zu schätzen wisse, das die Ukraine unterstütze. Der italienische Außenminister Antonio Tajani sagte seinerseits, Italien plädiere für eine diplomatische Lösung sowie für eine Vermittlung seitens der UNO und Chinas. Wie schätzen Sie die Position Italiens im Kontext der Beziehungen zwischen Russland und Italien ein?

Sergej Lawrow: Sie ist für uns ungefähr vergleichbar mit der Position Griechenlands und Zyperns, von denen ich schon gesprochen habe.

In den vorigen Jahren waren das einige der am meisten freundlichen Länder uns gegenüber. Wir hatten etliche gemeinsame Veranstaltungen, insbesondere auf den Gebieten wie Kultur und Bildungswesen. Der Wirtschaftsbereich diente ebenfalls den gegenseitigen Interessen. Die Schnelligkeit, mit der Italien nicht nur ins Lager der Kräfte gewechselt ist, die die Sanktionen unterstützt haben, sondern auch die Kampagne von antirussischen Handlungen und auch der antirussischen Rhetorik mitführt (so war das jedenfalls unter der früheren Regierung), war tatsächlich überraschend für uns.

Ich mag das italienische Volk sehr. Seine Traditionen, seine Lebenseinstellung stimmt größtenteils mit der Lebenseinstellung vier Menschen in Russland überein, beispielsweise im Kaukasus. In Moskau und St. Petersburg finden Sie viele Menschen, die den Lebensgenuss der Italiener wirklich bewundern.

Ich erlaube es mir, zu sagen, dass die aktuelle Reaktion Italiens auf die Ereignisse eher die Europa aufgedrängte Einstellung auf aggressive Konfrontation und nicht die Interessen des italienischen Volkes widerspiegelt. Ich sehe nicht, dass das italienische Volk daran interessiert wäre, neue Hindernisse zu errichten, gegenseitige Verbindungen zu zerstören, den gegenseitigen Verkehr zu stoppen und sich generell abzuriegeln bzw. irgendeine neue Mauer zu bauen.

Sie haben doch dort eine Koalition. Ich habe gehört, dass dort vor kurzem Silvio Berlusconi einige Male auftrat und dass er ebenfalls seinen Beitrag zur Entwicklung der Russland-Nato-Beziehungen einschätzte. Er war nämlich der Initiator des Gipfeltreffens in Pratica di Mare im Jahr 2002, das auf Basis der Russland-Nato-Grundakte von 1997 einberufen wurde. Damals gab es viele Hoffnungen, die mit dieser Verpflichtung (ich betone abermals, dass das in den Akten so formuliert war) Russlands und auch der Nato-Länder verbunden waren, ihre eigene Sicherheit nicht auf Kosten anderer zu fördern und zu verhindern, dass irgendeine Organisation im Sicherheitsbereich in Europa dominiert. Ich denke nicht, dass ich jetzt erläutern muss, wer diese Verpflichtung verletzt hat.

Was Aufrufe zu Verhandlungen angeht, so macht sich praktisch jedermann damit. Und dann wird der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jake Sullivan, irgendwo auf einer Pressekonferenz sagen (was er ab und zu auch tut), dass es nicht der beste Zeitpunkt für Verhandlungen sei, dass sie der Ukraine helfen müssen, ihre Positionen „auf dem Schlachtfeld zu verbessern“. Der Westen und Europa haben keine einheitliche Position bezüglich der „Suche“ nach friedlicher Regelung. Das wird alles gesagt, damit es im TV gezeigt oder in Zeitungen veröffentlicht wird, dass jemand für friedliche Regelung plädiere, und Präsident Putin wolle sie angeblich nicht. Wir sehen das alles ein.

Frage: Wie schätzen Sie in der aktuellen Situation die Beziehungen zwischen Russland und den Ländern Lateinamerikas ein?

Sergej Lawrow: Ich finde, dass unsere Beziehungen einen Aufschwung erleben, wie auch praktisch mit allen Entwicklungsregionen der Welt. Wir haben einen Mechanismus auf der Ministerebene geschaffen, der die Vorgehensweisen Russlands und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) vereinbaren soll. Es haben paar Treffen unter Beteiligung Russlands und von vier CELAC-Ländern stattgefunden. Dann musste alles Corona-bedingt verschoben werden. Aber in der nächsten Zeit werden wir diese Zusammenarbeit wiederaufnehmen.

Natürlich haben wir Länder, mit denen wir lange kooperieren, und mit denen diese Kooperation länger dauert und tiefer und intensiver ist als mit anderen Ländern der Region. Vor allem sind das Kuba, Venezuela und Nicaragua. Wir legen viel Wert auf die Geschichte unserer Beziehungen, auf die Solidarität bezüglich der meisten Fragen der Weltpolitik. Wir unterstützen uns immer gegenseitig bei Abstimmungen in der UN-Vollversammlung.

Kuba ist bekanntlich das Objekt von illegitimen, einseitigen US-Sanktionen – noch seit den Zeiten der Kuba-Revolution. Für Fortsetzung dieser Sanktionen stimmen nur die USA. Manchmal genießen sie die Unterstützung anderer Inselstrukturen. Die absolute meisten UN-Mitglieder stimmen dafür, dass diese illegitime Blockade unverzüglich aufgehoben wird.

Indem wir die Beziehungen mit unseren langjährigen Partnern, die ich eben erwähnt habe, entwickeln, sind wir daran interessiert, dass auch andere Länder Lateinamerikas zu unseren Prioritäten gehören. Wir haben keine „Monroe-Doktrin“. Wenn wir in diese Region gehen, bringen wir keine Risiken oder Drohungen mit, dass wir dieses oder jenes Land unseren Interessen unterstellen oder gewisse politische Kräfte an die Macht bringen.

In den letzten 20 Jahren hatten wir immer gute Beziehungen mit allen Ländern der Region, egal ob diese Region nach links tendierte oder nach der jüngsten Wahl sich nach rechts bewegte. Wir werden diese Beziehungen auch weiter entwickeln.

Erst vor wenigen Tagen fand die Amtseinführung des neuen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, statt. Präsident Putin hat mit ihm telefoniert. Außerdem hat er auch mit dem Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro gesprochen und sich bei ihm für das Zusammenwirken bedankt. Ich nahm Kontakt mit meinen brasilianischen Kollegen auf. Gestern habe ich die Botschaft Brasiliens in Moskau besucht und meine Unterschrift im Kondolenzbuch zum Tod des großen Fußballers Pelé hinterlassen. Ich sprach auch mit dem brasilianischen Botschafter Rodrigo Baena Soares über unsere Zukunftspläne.

Argentinien, Mexiko, Bolivien, Peru... Ich will jetzt niemanden auslassen. Wir sind an allseitig nützlicher Kooperation mit allen diesen Ländern interessiert. Wir möchten auch, dass Lateinamerika seine lateinamerikanisch-karibische Einheit festigt.

Brasilien teilte mit, dass es (soweit ich verstehe) in die CELAC zurückkehrt. Damit könnte diese gesamtregionale Vereinigung schon in der nächsten Zeit ihre Arbeit wiederaufnehmen. Wir hoffen, dass die CELAC eine immer wichtigere Rolle bei der Lösung von Schlüsselfragen spielen wird, die bei der Etablierung der schon öfter erwähnten multipolaren Welt entstehen.

Brasilien ist BRICS-Mitglied. Auch Argentinien zeigt Interesse an der Teilnahme an dieser Vereinigung. Soweit ich verstehe, haben auch einige andere lateinamerikanische Länder dieselben Absichten.

Wir sind bereit, in der aktuellen Phase im Format BRICS+ zu arbeiten. Die Mitgliedsländer des Quintetts sind sich diesbezüglich einig. Neben unseren chinesischen Freunden arbeiten wir intensiv daran, dass die Kriterien abgesprochen werden, denen zufolge auch andere Länder sich den BRICS-Ländern anschließen könnten. Wenn wir über die Interessen der ganzen lateinamerikanischen Region sprechen, dann wäre es wohl sinnvoll, dass in der CELAC Fragen behandelt werden, die auf der BRICS-Tagesordnung stehen. Und dass die lateinamerikanischen Länder, die an BRICS beteiligt sind, auch die Interessen anderer Länder – ihrer CELAC-Partner widerspiegeln. Russland hat den Beobachterstatus im Zentralamerikanischen Integrationssystem. Es entwickeln sich unsere Kontakte auch mit dem Zentralasiatischen Parlament. Zudem Weiterlesen auf Seite 17

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 7

sind wir Beobachter im Verband der Karibischen Staaten. Wir pflegen auch enge Kontakte mit dem MERCOSUR, der Andengemeinschaft, mit dem ALBA-Verband, der meines Wissens wieder eine wichtigere Rolle spielen könnte, worüber wir sehr freuen würden.

Wir wissen hoch zu schätzen, dass kein einziges Land Lateinamerikas und der Karibik außer vielleicht der Bahamas die Russland-Sanktionen befürwortet haben.

Deshalb ist der russische Export nach Lateinamerika im vergangenen Jahr um knapp zehn Prozent gewachsen. Unsere Verbindungen im kulturellen und humanitären Bereich werden immer enger. Vor kurzem fanden in Moskau, St. Petersburg und mehreren anderen Städten Veranstaltungen zum 100. Geburtstag des herausragenden Forschers Juri Knorosow statt, der bekanntlich die Maya-Schrift entziffert hatte, wofür er in Mexiko und auch anderen Ländern der Region verehrt wird. Tausende Lateinamerikaner (vor allem Kubaner) studieren an unseren Universitäten. Kuba, Venezuela und andere Länder werden immer populärer unter russischen Touristen. Mit 27 von 33 Ländern Lateinamerikas und der Karibik haben wir bereits Abkommen über visafreie Reisen was Kontakte zwischen einfachen Menschen stimuliert.

Frage (übersetzt aus dem Englischen): Sie reden vom Respekt für die UN-Charta. Welchen Respekt für das Völkerrecht haben Sie gezeigt, als Sie am 24. Februar 2022 Ihre Truppen in die Ukraine einführten?

Sergej Lawrow: Um vom Respekt für die UN-Charta zu reden, genügt es nicht, eine so einfache Frage zu stellen, die man einfachen Amerikanern leicht „verkaufen“ kann, die aber bei einem seriösen Publikum eine andere Herangehensweise verlangt.

Gleich am Anfang habe ich das wichtigste Prinzip der UN-Charta zitiert, das lautet: Auf die souveräne Gleichheit der Staaten stützen sich die Vereinten Nationen. Wenn Sie Interesse dafür zeigen, brauchen Sie nicht so viel Zeit, um sich zu überzeugen, dass die USA Tag für Tag auf dieses Prinzip der souveränen Gleichheit pfeifen.

Angesichts der Situation in der Ukraine hat Russland erklärt, warum es so vorgeht. Die USA und ihre Satelliten haben uns verurteilt. Wenn Sie aber die souveräne Gleichheit der Staaten respektieren (und Sie müssen sie respektieren), dann sollten Sie allen anderen die Möglichkeit geben, sich laut dem demokratischen Prinzip zu entscheiden, ob sie für Russland Verständnis haben oder nicht, ob sie auf der Seite Russlands oder der USA sind. Aber diese Länder bekommen keine solche Möglichkeit. Die Vereinigten Staaten, vertreten durch ihre Botschafter und Sonderbeauftragten, erniedrigen sich tagtäglich, indem sie durch die ganze Welt reisen und von allen verlangen, Russland zu verurteilen. Ist das etwa die souveräne Gleichheit der Staaten? Sie erpressen andere Länder. Die Amerikaner sagen, dass wenn diese Länder Russland nicht verurteilen sollten, sollten sie daran denken, dass sie ihre Gelder bei der Chase Manhattan Bank haben, dass ihre Kinder an der Stanford University studieren – das sagen sie ganz offen. Das ist aber unwürdig und erniedrigend für eine Großmacht.

Die UN-Charta ist gar nicht so groß. Sie können sie gerne lesen, wenn Sie Interesse daran haben. Der Charta zufolge sind die souveräne Gleichheit der Staaten und das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker (dieses ist als erstes erwähnt) am wichtigsten, wie auch das Prinzip der territorialen Einheit der Staaten. Diese zwei Prinzipien, die in der Charta auf einem Level erwähnt sind – Selbstbestimmung der Völker und territoriale Einheit der Staaten – riefen gleich am Anfang (also seit der Gründung der UNO, seit der Verabschiedung und Ratifizierung der UN-Charta) die Frage hervor, was die größte Priorität hat. Es wurde ein spezielles Verfahren vereinbart, wobei die UN-Mitglieder mehrere Jahre lang auch dieses Problem behandelten, wie auch andere Fragen, die mit der Deutung der Charta verbunden waren. Am Ende wurde 1970 die Erklärung über die Völkerrechtsprinzipien verabschiedet (und sie hat immer noch ihre juristische Kraft), die Freundschafts- und Kooperationsbeziehungen zwischen Staaten im Sinne der UN-Charta betreffen. Eines der Kapitel ist dem Prinzip der Selbstbestimmung der Staaten gewidmet, dem zufolge das Prinzip universal ist, dass es das Prinzip des Respekts für territoriale Einheit gibt und dass alle verpflichtet sind, das Prinzip der territorialen

Einheit zu respektieren, wenn es um Staaten geht, deren Regierungen das Selbstbestimmungsprinzip einhalten und Interessen aller Völker repräsentieren, die auf diesem Territorium leben. Laut der Charta müssen wir die territoriale Einheit der Staaten respektieren, deren Regierungen die ganze Bevölkerung ihrer Länder vertreten.

Als es in der Ukraine 2014 zum Staatsstreich kam, nachdem die US-Vizeaußenministerin Victoria Nuland Terroristen mit Keksen gefüttert hatte, haben die Amerikaner die Putschisten sofort anerkannt. Und Europa, auf das die Amerikaner gepfeiffen hatten und dessen Garantien und Vereinbarungen mit dem ukrainischen Präsidenten sie ignoriert hatten... Sie wissen wohl noch, was Victoria Nuland dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, gesagt hat, was man mit der Europäischen Union tun sollte (das war ein Wort aus vier Buchstaben).

Die an die Macht gekommenen Putschisten erklärten, dass sie Russen von der Krim verdrängen würden, und als die Krim und die Ostukraine erklärten, dass sie die Kräfte, die die Macht nach dem blutigen Machtsturz illegitim erobert hatten, nicht akzeptieren wollten, wurde ihnen ein regelrechter Krieg erklärt. Diesen Krieg führten die Putschisten gegen ihr eigenes Volk. Sie haben im Haus der Gewerkschaften in Odessa 48 Menschen lebendig verbrannt. Dafür gibt es ja Videobeweise, die für jedermann zugänglich sind. Zu diesem Zweck muss sogar kein Tribunal eingerichtet werden – man kann einfach alles sofort besprechen. Die Namen der Menschen, die aus Pistolen auf Menschen schossen, die aus dem brennenden Haus sprangen, nur um sich zu retten, sind bekannt. Die ukrainischen Behörden leiteten damals ein Strafverfahren gegen die Menschen, die verbrannt worden waren. Die ganze progressive Weltgemeinschaft, die sich an den „Regeln“ der Amerikaner richtet, zeigt jedoch kein Interesse für diese Situation. Da gab es viele Ereignisse, die sich als Kriegsverbrechen deuten ließen.

Kann man denn diejenigen, die damals an die Macht gekommen waren, als Regierung betrachten, die die Interessen der ganzen ukrainischen Bevölkerung in den damaligen Grenzen vertrat? Kann man denn die Administration Pjotr Poroschenkos als solche Regierung betrachten, der zum Präsidenten gewählt wurde, nachdem er versprochen hatte, in einer Woche den Frieden in Donbass zu vereinbaren, doch bald darauf erklärte, „wir werden sie fertig machen“, „unsere Kinder werden in Schulen und Kindergärten gehen, während ihre Kinder in Kellern sitzen werden“ (das sagte der Präsident des Landes, dessen Teil Donbass war, wohlgemerkt). Vertrat er denn in diesem Moment die Interessen der Menschen, die er beleidigt hat?

Manche Menschen hegten die Hoffnung, unter Wladimir Selenski würde sich die Situation verändern. Auch er kam an die Macht, weil er als „Präsident des Friedens“ gewählt wurde und zu verstehen gab, dass die Serie „Der Diener des Volkes“, in der sein Protagonist Oligarchen entmachtete und im Namen einfacher Menschen handelte, sein Ideal wäre. Doch im November 2021 sagte er in einem Interview (ich habe das bereits erwähnt) auf eine Journalistenfrage, was er von den Menschen in Donbass denkt, es würde „Menschen und „Individuen“ geben. Und im August hatte er den Menschen, die in der Ukraine leben, sich aber als Russen wahrnehmen, empfohlen, im Interesse ihrer Kinder und Enkelkinder nach Russland „abzuhauen“.

Wenn Sie mir gleich sagen, Selenski würde mit dieser Position die Interessen der ganzen ukrainischen Bevölkerung vertreten, die er in den Grenzen von 1991 sehen will, dann haben wir wohl nichts mehr zu besprechen. Aber das ist die einzige Deutung, die vom internationale Gericht anerkannt wird, wenn es um das Verhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und dem Respekt für territoriale Einheit geht.

Mich würde das Verhalten amerikanischer Journalisten zur Aggression gegen Jugoslawien interessieren. Die Zeitschrift „Time“ erschien damals mit der Überschrift: „Die Serben zum Frieden nötigen. Massive Bombenangriffe öffnen die Tür zum Frieden“. In Ihren Archiven finden sich bestimmt etliche Berichte über den Krieg gegen den Irak, über den Krieg gegen Libyen, über die US-Invasion nach Syrien oder Afghanistan. Da wurde Kassettenmunition eingesetzt – und es wurden wohl Teilnehmer von vielen

Hochzeiten vernichtet, oder? Es wäre ja interessant, die damalige und jetzige Situation zu vergleichen.

Ich habe Ihnen das begründet, was die Basis unseres Vorgehens aus der Sicht des Völkerrechts bildet. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk konnten nicht unter der Regierung leben, die sie offen zu „Terroristen“, „Unmenschlichen“ und „Untermenschen“ abgestempelt hatte und jeden Tag ihre Kindergärten und Schulen bombardierte.

Es ist neulich zum Zwischenfall in Dnepropetrowsk gekommen. Ein ukrainischer „Experte“ hat die Frage, was passiert ist, beantwortet. Es wurde allen klar, dass die ukrainische Luftabwehr wider alle Gesetze der Kriegsführung, wider das humanitäre Völkerrecht in Wohnvierteln stationiert war bzw. ist. Und das war eben der Grund, warum die Rakete dieses Haus getroffen hat. Aber solche Bilder gab es während der achtjährigen Aggression Kiews gegen sein eigenes Volk in Donbass jede Menge. Unsere Journalisten, Kriegskorrespondenten zeigten live die Wahrheit dort – und das hatten sie noch vor den Minsker Vereinbarungen getan. Und schon nach der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen befanden sie sich tagtäglich an der Trennungslinie auf der Seite der Volksrepubliken Donezk und Lugansk – und zeigten, wie die Bombenangriffe ukrainischer Neonazis den zivilen Sektor zerstörten, Menschen töteten, Kindergärten, Kantinen, Schulen zerstörten. Und auf der Gegenseite gab es keine Journalisten, die sich permanent an der Trennungslinie befunden hätten. Manchmal erschienen dort BBC-Korrespondenten und drehten ziemlich ehrliche Reportagen. Aber sie begriffen sehr schnell, dass diese Reportagen bestätigten, dass Schäden für die zivile Infrastruktur auf der ukrainischen Seite viel geringer waren, während die Volksrepubliken Donezk und Lugansk nur ukrainische Angriffe erwiderten. Dieser Fakt wurde von der OSZE registriert, allerdings nicht sofort. Wir hatten mehr als ein ganzes Jahr lang verlangt, dass die OSZE-Beobachter in ihren Berichten nicht nur die Zahl von zerstörten zivilen Infrastrukturobjekten und von gestorbenen friedlichen Einwohnern angeben, sondern auch präzisieren, von welcher Seite es wie viele Zerstörungen und Opfer gab.

Und sobald es uns gelungen war, die Veröffentlichung dieses Berichts voranzubringen, wurde es sofort klar, dass es auf der Donezker und Lugansker Seite fünf Mal mehr Zerstörungen gab als auf der Seite des Kiewer Regimes, gegen die nur Gegenfeuer geführt worden war.

Man empört sich über jedes Bild, auf dem irgendwelcher Schaden zu sehen ist, der dem ukrainischen Regime zugefügt wurde. Aber dieselben Personen waren stumm geblieben, wenn wir zeigten, was ukrainische Nazis mit friedlichen Einwohnern, mit Kindern, Greisen, Frauen taten.

Die Geschichte wird natürlich schon zeigen, wer Recht und wer Unrecht hatte, aber das Völkerrecht darf man nicht vergessen.

Maria Sacharowa: Was den Pathos angeht, so denke ich, dass auch Journalisten von der Krim und aus Donbass hätten pathetisch sein können, wenn sie all diese acht Jahre solche Fragen hätten stellen dürfen, die jetzt Vertreter von angelsächsischen Medien stellen. Aber sie hatten keine solche Möglichkeit: Ihnen wurde Ausstellung von Visa und Akkreditierungsausweisen für solche Pressekonferenzen im Westen verweigert. Übrigens wurde es auch unseren akkreditierten Journalisten verboten, nicht nur ihre Fragen zu stellen, sondern auch solche Veranstaltungen zu besuchen.

Frage: Soweit ich weiß, fliegen Sie morgen nach Minsk. Was erwarten Sie von diesem Besuch? Wie schätzen Sie das Niveau der Kooperation Weißrusslands und Russlands auf internationalen Plattformen ein? Warum unterstützen Ihre Partner im Rahmen der GUS, der EAWU, der OVKS nicht immer Weißrussland und Russland, wenn in internationalen Strukturen abgestimmt wird?

Sergej Lawrow: Was meine Erwartungen angeht... Wenn ich nach Minsk reise, geht es für mich nicht um Erwartungen, sondern um den Vorgeschmack. Das sind immer nützliche Besuche aus professioneller Sicht – und immer angenehme. Ich liebe diese Stadt, die traditionelle Gastfreundlichkeit, die ich auf Schritt und Tritt genieße.

Jedes Jahr finden Sitzungen der zwei Kollegien der Außenministerien Russlands und Weißrusslands statt – zusätzlich zu den

jährlichen Visitenaustauschen der Minister.

Morgen findet die nächste Sitzung statt. Sie war noch für Dezember 2022 geplant, musste aber wegen des Todes des Außenministers Wladimir Makej verschoben werden.

Auf der Tagesordnung stehen Fragen, von denen wir gerade sprechen. Die Probleme der Weltordnung, unserer Beziehungen mit der Nato, der Europäischen Union, dem Europarat, der OSZE... Diese Strukturen vereinigen sich inzwischen in einen einheitlichen Organismus, die den Willen des einzigen Lehnsherrn erfüllen. Das ist auch in der OSZE sichtbar.

Wir werden auch konkrete Richtungen unserer diplomatischen Aktivitäten offen besprechen, insbesondere Resolutionen, die in verschiedenen UN-Gremienverabschiedet werden, sowie diverse Fragen der außenpolitischen Koordinierung. In der GUS und der OVKS haben wir Pläne zu gemeinsamen außenpolitischen Aktivitäten. Diese kommen in gemeinsamen Erklärungen zum Ausdruck, die in der OVKS vorbereitet werden (für die GUS gilt das eher weniger). Es ist manchmal nicht so einfach, sich zu einigen. Unsere OVKS-Partner haben Probleme, die in ihren Beziehungen mit dem Westen entstehen, und zwar wegen seines Drucks. Sie haben auch gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wir bemühen uns gemeinsam mit unseren weißrussischen Partnern um eine einfache Linie: Wir sind für eine Mehrvektoren-Politik. Niemand will künstlich die Verbindungen mit Partnern beschränken. Dabei verstehen beide Seiten, dass niemand von ihnen die Führungsrolle spielt bzw. „mitgeschleppt“ wird, dass es sich um die Beziehungen von zwei gleichberechtigten Staaten handelt, die sich auf die Interessenbalance stützen. Bei der Besprechung von manchen Projekten profitieren beide bzw. mehrere Teilnehmer, falls es mehr als zwei Seiten gibt. Was den Umfang des Handels, der Investitionen, der humanitären Verbindungen innerhalb der OVKS-Länder angeht, so ist er viel größer als der Umfang der Aktivitäten des Westens im postsowjetischen Raum.

Manchmal kommt es vor, dass Russland, Weißrussland und andere Länder solidarisch stimmen, wobei jemand sich der Stimme enthält. Bei uns gibt es im Unterschied zur Nato keine solche Manneszucht, wenn jemand für einen Schritt nach rechts oder links sofort bestraft wird. Es gibt Länder, die mit dem aggressiven Vorgehen der Nato im Kontext der Ukraine-Krise, mit ihrer mangelhaften Flexibilität nicht einverstanden sind. Diese Kritik gibt es nicht so viel, aber es gibt sie immerhin. Aber wenn abgestimmt wird, dann handeln alle gleich. Meines Erachtens ist solche Manneszucht schädlich.

Ich wünsche mir, dass die Solidarität im Rahmen unserer Unionsstrukturen 100-prozentig wird. Wir arbeiten daran. Das verlangt Erläuterungen und individuelle Herangehensweisen in jedem Einzelfall.

Wir machen kein Hehl daraus, dass wir Schwierigkeiten wegen der aktuellen Situation in Armenien haben. Unsere armenischen Freunde plädierten für Entsendung einer OVKS-Mission an ihre Grenze mit Aserbaidschan, damit diese dort für Stabilität sorgt. Beim jüngsten Gipfel in Jerewan haben wir ein solches Dokument abgesprochen, das die Parameter dieser Mission bestimmen wird. Es konnte allerdings nicht vereinbart werden, weil unsere armenischen Kollegen darauf bestanden, dass Aserbaidschan in diesem Dokument verurteilt werden sollte. Wir erläuterten, dass es um Verurteilung, Rhetorik, Schilderung der Positionen geht, aber jeder darf dabei tun, was er will. Doch wenn wir eine OVKS-Mission hinschicken wollen, dann ist das nicht von „äußeren Merkmalen“ und harten Erklärungen bedingt.

Wir sind nach wie vor bereit, die OVKS-Mission an die armenisch-aserbaidschanschen Grenze zu entsenden. Aber obwohl wir Verbündete sind und obwohl diese Mission vollständig bereit ist, zieht die armenische Seite es vor, mit der Europäischen Union darüber zu verhandeln, dass dort eine zivile Beobachtungsmission untergebracht wird.

Das ist Armeniens gutes Recht. Aber man sollte nicht vergessen, dass es und seine Grenze an Aserbaidschan geht. Wenn diese Mission ohne seine Zustimmung stationiert werden sollte, dann wäre das kontraproduktiv. Statt der Vertrauensfestigung an der Grenze könnten dadurch zusätzliche Weiterlesen auf Seite 17

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 8

Störfaktoren entstehen. Das ist die objektive Situation.

Man sollte jede Region der OVKS – die Zentralasiatische und die Kaukasische – kreativ genug herangehen und den ganzen Umfang der Probleme einsehen, die bei der Entwicklung jedes von unseren Staaten entstehen. Sie werden unter Druck gesetzt. Wir haben schon darüber gesprochen, wie viele Partner von außerhalb an der Entwicklung von besonderen Beziehungen mit Zentralasien interessiert sind. Manche sind daran interessiert, dass der Sicherheitsaspekt in die Kooperationspläne aufgenommen wird. Aber alle unsere Partner verstehen sehr gut, dass es keine Differenzen mit ihren Verpflichtungen im Rahmen der OVKS geben wird. Das versichern uns auch unsere armenischen Freunde.

Es muss ein offenes und ehrliches Gespräch der Präsidenten her – wie das beim OVKS-Gipfel in Jerewan war. In seinem Vorfeld hatte es auch ein solches Gespräch der Außenminister und ihrer Experten gegeben. Man sollte alle seine Besorgnisse und Schwierigkeiten, die diese oder jene Seite hat, offen ansprechen. Wenn wir offen sprechen, können wir immer eine gemeinsame Lösung finden.

Frage: Sie haben schon häufiger Japan im Kontext seiner Militarisierung erwähnt. Wie beeinflusst der Ausbau seines militärischen Potenzials das Zusammenwirken Russlands und Japans? Kann man Stand jetzt von Kooperationskanälen sprechen?

Sergej Lawrow: Im November 2022 hat der russische Botschafter in Japan, Michail Galusin, seinen Posten verlassen. Wird ein Ersatz vorbereitet?

Als Armenierin muss ich einfach das Problem um den Latschin-Korridor ansprechen. In welcher Phase befindet sich die Regelung dieser Frage?

Sergej Lawrow: Ich denke, für Japan ist die dritte Frage am wichtigsten.

Wir haben Beziehungen. Wir haben unsere Botschaft. Auch Japan hat hier seine Botschaft. Ein Ersatzmann für Michail Galusin wird bald nach Tokio fliegen. Wir haben gar nicht vor, diesen Prozess zu behindern. Wir halten es für wichtig, immer die Möglichkeit zu haben, uns die Meinung unserer Partner anzuhören und unsere eigenen Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen. An irgendwelche Kontakte außer den Botschaften in Tokio und Moskau kann ich mich jetzt nicht erinnern. Unsere japanischen Kollegen, wie auch alle anderen Länder, die sich auf ihre eigene den Sanktionen angeschlossen haben, haben alle diese Kontakte auf Eis gelegt. Sie leisten sich ziemlich arrogante Aussagen. Wir hören uns das alles an. Und genauso wir im Kontext der Nato-Festigung in Nordeuropa, werden wir bestimmte Schlüsse ziehen, was die Förderung unserer Sicherheitsinteressen in der Nähe der japanischen Insel angeht.

Frage: Ich habe noch den Ausbau des japanischen Militärpotenzials angesprochen. Wie können Sie das kommentieren?

Sergej Lawrow: Ich habe schon gesagt, dass sich der Ausbau des japanischen Militärpotenzials kaum als positive Entwicklung der Situation bezeichnen lässt. Die Japaner verweisen dabei auf Nordkorea. Aber alle verstehen doch, dass gemeint sind auch noch Russland und die Volksrepublik China. Die Amerikaner machen kein Hehl daraus, wenn sie die Entwicklung der militärischen Infrastruktur und des Militärpotenzials Japans fördern. Es gibt eine ganze Kampagne zur Novellierung der japanischen Verfassung, damit Japans Streitkräfte ihren Pazifismus endgültig loswerden und an militärischen Einsätzen im Ausland teilnehmen könnten.

Das ist kaum ein Beweis für Japans Interesse an der Normalisierung der Beziehungen mit der Russischen Föderation.

Vor einigen Jahren, als noch am Friedensvertrag zwischen Russland und Japan intensiv gearbeitet wurde, sprachen unser Präsident und der Ministerpräsident Japans bei ihren regelmäßigen Treffen über diese oder jene Formulierungen, und gleichzeitig arbeiteten auch die Außenminister, ihre Stellvertreter und Experten daran. Irgendwann sagten die Japaner, dass sie keinen „großen“ Friedensvertrag brauchen, den wir ihnen anboten. Russlands Position war folgende: Ein Friedensvertrag in der Form, in der er gleich nach dem Krieg hätte unterzeichnet werden können, würde wohl eine Kapitulation bedeuten, das stimmt. Aber hier liegen die Grenzen. Wir werden in Frieden leben. Aber seit dieser Zeit sind mehrere Jahrzehnte vergangen. Ein solches Papier zu unterzeichnen, wäre wohl

einfach respektlos gegenüber dem Niveau gewesen, das die russisch-japanischen Beziehungen zu dem Zeitpunkt schon erreicht hatten. Deshalb plädierte ich für einen umfassenden Friedensvertrag, in dem die Kooperationsprinzipien auf Basis des gegenseitigen Respekts, der gegenseitigen Interessen, der Gutnachbarschaft und die Richtungen des wirtschaftlichen und humanitären Zusammenwirkens enthalten wären. Und dann sollten auf dieser Basis die Grenzen festgelegt werden. Die Japaner weigerten sich und sagten, sie bräuchten kein pathetisches, sondern ein konkretes Dokument.

Die Diskussionen in Japan waren ganz einfach. Man wollte zunächst zwei Inseln bekommen – und dann könnte der Friedensvertrag unterzeichnet werden. Obwohl sich unser Präsident und der japanische Premier geeinigt hatten, dass die Reihenfolge umgekehrt sein sollte: zunächst der Friedensvertrag, wie das eigentlich das Moskauer Abkommen von 1956 vorsah.

Aber davon rede ich gar nicht – das ist alles Geschichte. Die Japaner bestanden darauf, dass wir ihnen zwei Inseln überlassen sollten, und dann würden sie es sehen. (Als Minister beschäftigte ich mich ziemlich viel mit Japan, habe aber keine spezielle Ausbildung als Japan-Experte.) Ich fragte also einen sehr erfahrenen Experten für dieses Land, was er von dieser Situation hält. Und er sagte, dass der japanische Premier an der Entwicklung der Beziehungen mit Russland interessiert sei, dass regelmäßige gegenseitige Kontakte vorhanden seien, dass auch kulturelle Veranstaltungen organisiert werden. Aber wenn die Japaner irgendwann entscheiden sollten, dass sie diese vier Inseln nicht bekommen, würden sie sich sofort den größten Gegnern der Russischen Föderation anschließen. Das ist einfach ein Zitat, das ich gar nicht kommentieren will.

2022 wurde in der UN-Vollversammlung die von Russland initiierte Resolution über Bekämpfung der Heroisierung des Faschismus, Neonazismus und anderer Aktivitäten, die zur Eskalation moderner Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Xenophobie etc. abgestimmt, und zum ersten Mal haben Japan, Deutschland und Italien dagegen gestimmt. Bis zuletzt hatten sie sich nur der Stimme entzogen. Und jetzt, wenn in der Ukraine nicht theoretisch, sondern praktisch der Nazismus heroisiert wird und alle Lebensbereiche umfasst, war diese negative Abstimmung der drei einstigen „Achsenländer“ durchaus kennzeichnend.

Was den Latschin-Korridor angeht, so habe ich gestern mit dem Außenminister Aserbaidschans gesprochen. Der Latschin-Korridor sollte laut der dreiseitigen Vereinbarung der Spitzenpolitiker vom 9. November 2020 offen für Güterbeförderung und den Menschenverkehr in beide Richtungen sein. Natürlich ist dort klar und deutlich verankert, dass keine Militärgüter befördert werden dürfen. Aserbaidschan wurden Informationen zur Verfügung gestellt (unsere Militärs analysieren sie gerade), dass die armenische Seite auf diesem Weg Minen transportiert hätte. Dann wurden sie wieder die dreiseitigen Vereinbarungen zwecks Verminung von Territorien unweit der aserbaidschanischen Positionen verwendet. Da gibt es viele gegenseitige Vorwürfe.

Wir haben eine ganz einfache Sache vorgeschlagen: Das russische Friedenskongingent hat im Sinne der dreiseitigen Vereinbarungen die Vollmachten, diese Bewegungen zu kontrollieren und Fahrzeuge zu kontrollieren, damit sie keine verbotenen, nichtzivilen Güter transportieren.

Vor einigen Tagen fanden Treffen aserbaidschanischer Vertreter mit Vertretern Bergkarabachs unter Beteiligung des Befehlshabers des russischen Kontingent statt.

Ich denke, dass diese Frage in der nächsten Zeit geregelt wird.

Frage: Über Afrika haben wir heute noch gar nicht gesprochen. Heute plädierte die Außenministerin Südafrikas in einem Interview für die Nachrichtenagentur RIA Novosti dafür, dass ein antirussisches Gesetz aus dem US-Kongress abgerufen wird. Es sieht eine Bestrafung der afrikanischen Länder seitens der USA vor, die mit unserem Land kooperieren sollten. In diesem Interview sprach die Außenministerin viel über die Unzulässigkeit der westlichen Kolonialpolitik, von der Unzulässigkeit einseitiger Sanktionen gegen unser Land. Wie schätzt Moskau diesen Gesetzentwurf des US-Kongresses über Bekämpfung russischer Aktivitäten in Afrika ein. Inwieweit könnte

dieses Gesetz unsere Kooperation mit den Ländern dieser Region beeinflussen?

Sergej Lawrow: Ich sehe dieses Gesetz genauso wie die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor. Was Ihre Frage angeht, wie es unsere Beziehungen mit Afrika beeinflussen könnte, so hat ihr Kommentar schon die Antwort darauf enthalten.

Nicht alle afrikanischen Länder können ihre offiziellen Vertreter beauftragen, ihre Position so klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Irgendwo könnten auch subjektive individuelle Faktoren eine Rolle spielen. Manche von unseren afrikanischen Kollegen würden wohl nicht so prinzipiell reagieren.

Aber ich habe keine Zweifel, dass selbst diejenigen, die solche Provokationen seitens der Amerikaner nicht kommentieren, trotzdem tief davon überzeugt sind, dass dieses Gesetz schädlich ist, und vor allem für die Afrikaner.

Erstens werden sie nicht für Gleichberechtigte gehalten. Das ist die reine koloniale Mentalität in der neuen Dimension. Zweitens war noch Präsident Trumps Außenminister Mike Pompeo durch Afrika gereist und auf Pressekonferenzen und bei

öffentlichen Veranstaltungen alle Länder aufgefordert, mit Russland und China nicht mehr zu handeln. Was Amerika angeht, so behauptete Pompeo, es handele mit Afrika nur dafür, dass diese Länder sich entwickeln und mehr Demokratie haben. So einfach war das. Aber das wird überall, auch in Afrika, so wahrgenommen, wie es auch verdient.

Wir planen gerade den zweiten Russland-Afrika-Gipfel, der vom 23. Bis 26. Juli in St. Petersburg stattfinden wird. Wir bereiten eine ganze Serie von Veranstaltungen vor. Es ist auch ein Geschäftsforum geplant, es werden Dokumente über Umbestimmung von Kooperationsmechanismen angesichts der Sanktionen und Gefahren, die Sie im Kontext des amerikanischen Gesetzentwurfs erwähnt haben. Dabei geht es um neue Instrumente der Handels- bzw. Investitionskooperation, um logistische Ketten, um Zahlungsverfahren usw. Es erfolgt der Übergang zum gegenseitigen Handel für nationale Devisen. Das ist kein schneller Prozess, aber er gewinnt allmählich an Intensität.

PCR-Test wurden nicht validiert?

Haben Siemens und Söder und alle anderen Pandemietreiber die Methodvalidierungen für jeden PCR-Test mißachtet?



JB (Recht) - Siemens hat offensichtlich versucht das geleckte Material zu verbergen. Kein oder ein erschwerter Zugang zu den Informationen. 2017 erhielt Siemens healthineers einen Großauftrag im Umfang von 4,1 Milliarden Dollar vom US-verteidigungsministerium. Im August 2017 gab die siemens AG bekannt Siemens healthineers an die Börse bringen zu wollen. im Dezember 2017 gab das Unternehmen die Übernahme des in Luxemburg ansässigen Unternehmens FAST TRACK DIAGNOSTICS. Im Zuge der Covid19 Pandemie entwickelte das Unternehmen molekular-diagnostische Tests zur Erkennung des neuartigen Corona-Virus.

Ein Molekular-Diagnostischer Test ist ein PCR-Test. Das gelang ihnen aufgrund des 2017 übernommenen Unternehmens FAST TRACK DIAGNOSTICS. Ein PCR-Test wird mit einem Thermocycler erstellt auf dem eine spezielle Software installiert ist. Daher auch die Übernahme von FTD, da sie einen solchen Thermocycler entwickelt hatten.

„Luxemburg, Luxemburg & hasselt, Belgien -05/12/17_ Fast Track Diagnostic S.a.r.l. einer der weltweit führenden Anbieter von syndromischen Echtzeit PCR-Multiplexing-kits, arbeitet seit einigen Monaten mit Ugentec NV zusammen, einem innovativen europäischen Softwareunternehmen für medizinprodukte, das AI-basierte PCR-Software entwickelt.“ Quelle: <https://www.ugentec.com/en-us/blog/press-release-ugentec-ftd-0>



Bildquelle: Twitter

May 29, 2018 -Siemens Healthineers stellt Thermocycler und begleitende KI-gestützte Auswertungssoftware vor. Dieses Gerät ist nicht von der FDA freigegeben oder zugelassen. nur zugelassen im Zuge der „EUA“ Emergency Use Authorization = Notfallgenehmigung (Wie bei den Genexperimentellen IMPFSTOFFEN) Gäbe es keine „Notfallzulassung“, die eine Validierung umgeht, bleibe es bei der Deklaration „RUO“ (research use only) bedeutet „nur für Forschungszwecke“! Eine „RUO“ Deklaraiion bietet natürlich keine Grundlage, um von seitens der Regierung Maßnahmen zu erlassen! Auf diese Art und Weise wurde die Methodvalidierung der PCR-Tests umgangen. Das bedeutet die initiierten PCR-Tests alle ohne den formellen und dokumentierten Nachweis zur Qualitätssicherung durchgeführt wurden. **Die maßnahmauslösenden Inzidenzwerte beruhen maßgeblich auf den PCR-Testergebnissen die über eine KI „geschätzt“ wurden!**

Die fiktive Pandemie ist ein Geschäftsmodell ideologischer und industrieller Interessengruppen, und Sie sind das Opfer.



Video-Link: <https://t.me/DWDofficial/2196>

Youtube: <https://www.youtube.com/@EwigerMungo/videos>

Genozid - Strafantrag/Strafanzeige wg. des Verdachts Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 StGB) und der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB)

JB (Recht) - Der grausame Tod eines Impfpfers aus dem Bekanntenkreis, führt jetzt zur Strafantragsstellung und aufgrund des starken öffentlichen Interesses zum Genozid zur Veröffentlichung.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kiel

Heß, Birgit in der Funktion Leitende Oberstaatsanwältin bei dem Landgericht Kiel
Schützenwall 31- 35, 24114 Kiel

Betr: Strafantrag/Strafanzeige wg. des Verdachts Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 Strafgesetzbuch StGB) und der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB).

Strafantrag / Strafanzeige gegen:

Jens Georg Spahn, ehemaliger Bundesminister für Gesundheit
Karl Wilhelm Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit
Günther, Daniel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Ladwig, Stephanie, Landrätin des Kreises Plön
Demmin, Björn, Bürgermeister Stadt Preetz

Anzuzeigender Sachverhalt

Strafanzeige wg. des Verdachts der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB). In Tateinheit des mit grob fahrlässig in Umlauf bringen von experimentellen Impfstoffen ohne Nachweis der entsprechenden Nebenwirkungsanalyse.

Strafantrag / Strafanzeige gegen:

Dr. XXX, 24211 Preetz

Anzuzeigender Sachverhalt

Strafanzeige wg. des Verdachts der Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 Strafgesetzbuch StGB). In Tateinheit der mit Vorsatz verabreichten experimentellen mRNA Therapie, Impfstoffe genannt, ohne Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht zu den Nebenwirkungen oder direkten Wirkungen in Kenntnis und/ oder Unkenntnis der gesundheitsgefährdenden Folgen.

Begründung

B1.0 Die durch die rechtswidrige Experimentierphase am Menschen gewonnenen Erkenntnisse zu den massiven gesundheitsschädlichen Nebenwirkungen und oder direkte Wirkung durch die Impfstoffe wurden sukzessive mit den nach in Umlaufbringung und Verabreichung der experimentellen Impfstoffe auftretenden Nebenwirkungen veröffentlicht, nicht bei, mit oder durch die fragwürdigen mithin deutlich strittigen Zulassungen.

B1.1 Die wissenschaftlich notwendige Nachweispflicht eines isolierten Virus Coronavirus SARS-CoV- 2 oder einer der abgeleiteten Mutationen ist weltweit bis heute durch kein Institut erfüllt worden. Die dadurch wissenschaftlich und für die Anwendung bedingte Evidenz einer Wirksamkeit und der in Umlauf gebrachten Impfstoffe ist nicht vorhanden.

B1.2 Außer nichtssagenden Antikörper-Anstiegen bei ein paar Labormäusen fehlt jeglicher Wirksamkeitsbeleg, dafür jedoch verstarben die Labormäuse unnatürlich. Nicht einmal bei einer kleinstmöglichen Freiwilligen-Kohorte war zuvor ein Nutzen der neuen Impfstoffe nachgewiesen, als EU-Kommission und STIKO ihr unbedingtes und unbefristetes „Spritze frei!“ aussprachen. Dafür indes wurden bereits aus der Zulassungsstudie negative Wirkung auf schwangere Partnerinnen der Probanden aufgeführt. Mögliche geringere Schutzwirkung durch die Impfstoff-Kombination? Zum millionenfachen Feldversuch wurden die älteren Mitbürger vorzugsweise in Alten- und Pflegeheimen mißbraucht. Das spart den Pharmaunternehmen Zeit und garantiert ihnen Gewinne ohne lästige Nachweispflicht. Zusätzlich wirkt es wie eine radikale Rentenreform.

B1.3. Bei den mRNA-Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 wird am Spike-Protein manipuliert, also genau an dem Teil, welches für die zahlreichen seltsamen Nebenwirkungen wie Herzmuskelentzündungen oder Blutgerinnungsstörungen verantwortlich sind. Die zugrunde liegenden immunologischen Prozesse sind noch überhaupt nicht verstanden, aber dennoch wissen EU-Kommission und STIKO, dass eine Veränderung des für die Nebenwirkungen verantwortlichen Spike-Proteins nicht zu einer Veränderung der Impfrisiken führt? Das ist wissenschaftlich unhaltbar und unter Aspekten des Patientenschutzes unverantwortlich.

B1.4 Herr Jürgen Schulz, geb. 26. Januar 1938, wurde nicht über die Impfung mit mRNA-Impfstoffen, einer Gen verändernden Substanz, und deren möglichen Risiken, zu Herzmuskelentzündungen oder Blutgerinnungsstörungen aufgeklärt.

B1.5 Die offensichtlichen Beschwerden von lebensbedrohlichen bzw. tödlichen Blutgerinnungsstörungen, sind bei Herrn Jürgen Schulz vor den Impfungen nicht aufgetreten. Ein Verweis auf mögliche Vorerkrankungen zur Haftungsfreistellung ist unzulässig, da diese Symptome sich erst durch bzw. mit den Impfungen entwickelt haben. Dabei ist es unerheblich ob Vorerkrankungen an den Symptomen beteiligt sind oder nicht, da das auftretende Krankheitsbild massiver Arterien- und Venenblockade durch Blutgerinnungsstörungen erst mit oder durch die mRNA-Impfstoffe ausgelöst resp. unnatürlich verstärkt wurden.

B1.6 Durch über Dritte angeforderte Herausgabe für die wissenschaftliche Überprüfung der anonymisierten Daten der Firmen BioNTech, Pfizer und Moderna aus den ersten Zulassungsstudien mit diesen Daten soll überprüft werden, ob sich die in einer Sekundäranalyse der Zulassungsstudien gefundenen erhöhten Nebenwirkungsraten verifizieren lassen wird durch die Konzerne verweigert und die Zulassungsbehörden bleiben untätig.

B1.7 Herr Jürgen Schulz wurde mit den experimentellen Impfstoffen durch den Hausarzt Dr. XXX geimpft. Herr Schulz wurden während des Klinikaufenthaltes die Brieftasche und das Handy entwendet und damit die offensichtlichen Nachweise der Impfung (Impfpass und Handyapp) verhindert.

B1.8 Die Angezeigten:

Jens Georg Spahn, ehemaliger Bundesminister für Gesundheit,
Karl Wilhelm Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit,
Günther, Daniel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein,
Ladwig, Stephanie, Landrätin des Kreises Plön und Demmin, Björn, Bürgermeister Stadt Preetz haben die Pflicht zur sorgfältigen Prüfung möglicher gesundheitsschädigender Wirkungen, für die durch die Angezeigten mit Zwangsmaßnahmen belegten Verordnungen zur Umsetzung der Impfungen. Ein entsprechender Apparat an medizinischer, wissenschaftlicher und rechtlicher Unterstützung steht auch dem Land Schleswig-Holstein und seinen Angestellten, respektive den Angezeigten zu Verfügung. Besonders schwerwiegend wirkt sich die Ignoranz der vorab und während, öffentlich und zur Kenntnis gebrachten Bedenken zur Zulassung und möglichen Gesundheitsschädigung aus, so dass eine grobe Fahrlässigkeit angenommen wird.

B2.0 Die klinische Diagnose durch den behandelnden Arzt.

B2.1 Die gerichtlich angeordnete Obduktion.

B2.2 Es wird eine zusätzliche klinische Obduktion durch die Angehörigen beauftragtes zertifiziertes Institut durchgeführt.

Antrag

A1. Es wird die gerichtlich angeordnete Obduktion, speziell die Untersuchung der Blutgerinnungsstörung beantragt.

A2. Die zufällige, unbeabsichtigte, vorsätzliche oder angeordnete Einäscherung sowie die anderweitige Verhinderung der gerichtlich angeordneten Obduktion und /oder der klinischen Untersuchung des Leichnams von Herrn Jürgen Schulz, gemäß B2.0 und B2.1 und B2.2 wird als vollumfängliches Schuldeingeständnis gewertet oder zu werten sein, mithin als Beweismittelsicherung (§).

A3. Die Stellung der Strafanzeige erfolgt zur rechtzeitigen Beweissicherung des Körpers vor dem Ableben des Opfers Jürgen Schulz, der in der Nacht zum 21. Januar 2023 verstorben ist.

A4. Der Hausarzt Dr. XXX wird zur Herausgabe der Daten zu den durch Ihn verabreichten Impfstoffen an Herr Jürgen Schulz verpflichtet.

A5. Die Universitätsklinik Schleswig-Holstein (UKSH) wird zur Herausgabe der gespeicherten Impfdaten des Herrn Jürgen Schulz verpflichtet.

A6. Die Krankenkasse Barmer Geschäftsstelle in Preetz wird zur Herausgabe der gespeicherten Impfdaten des Herrn Jürgen Schulz verpflichtet.

A7. Die ausführliche und weiterführende schriftliche Beweisführung wird gemäß gerichtlicher Fristsetzung nachgereicht.

A8. Die Angezeigten

Jens Georg Spahn, ehemaliger Bundesminister für Gesundheit,
Karl Wilhelm Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit,
Günther, Daniel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein,
Ladwig, Stephanie, Landrätin des Kreises Plön,
Demmin, Björn, Bürgermeister Stadt Preetz,
sind wegen der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB) in Tateinheit des mit grob fahrlässig in Umlauf bringen von experimentellen Impfstoffen ohne Nachweis der entsprechenden Nebenwirkungsanalyse zu verurteilen.

A9. Der Angezeigte Dr. XXX ist wegen Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 Strafgesetzbuch StGB), in Tateinheit mit Vorsatz verabreichten experimentellen Impfstoffen ohne Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht zu den Nebenwirkungen oder direkten Wirkungen in Kenntnis und oder Unkenntnis der gesundheitsgefährdenden Folgen zu verurteilen.

A10. Anspruchsgrundlage für das Schmerzensgeld ist § 823 Abs. 1 BGB i. V. m. § 253 Abs. 2 BGB

A11. Die Angeklagten tragen die Kosten eines anzustrebenden Verfahrens.

Anlage

Wird nachgereicht.

Datum: 21. Januar 2023,

Ort: Theresienhof

Hochachtungsvoll

Mattias S c h u l z

Die „Flüchtlinge“ sind nicht das Problem



JB (Politik) - sondern die politischen Mandatsträger und unterstützende NGOs, die eine illegale Einwanderung mit dem Zuckerbrot der leistungslosen Abschöpfung der sozialen Leistungen zu Lasten der Bevölkerung erst ermöglichen.

Am Beispiel UPAHL: Hier zeigt sich wie erbarmungslos die Gemeinschaft einer Gemeinde den ideologischen Prozessen unterworfen werden soll, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Wenn in ein Mecklenburger 500-Seelendorf mit 400 illegalen Einwanderern überrollt wird, ist das die feindliche Übernahme der Gemeinde. Und wie das Kasperle aus der Holzkiste kommt ein AfD-Politiker daher und trägt seinen Spruch vor.

„AfD-Landeschef Leif Erik-Holm kritisierte die Tumulte und rief zu „konsequent friedlichem Protest gegen die irrsinnige Migrationspolitik auf“. Allerdings bezeichnete Holm den Protest als „mehr als berechtigt. [...] und während die Situation vor Ort immer problematischer werde, sei von der Landesregierung, geschweige denn von der Ampelregierung in Berlin, keinerlei Handeln zu erkennen. Man lasse Kommunen und Bürger einfach im Stich, sagte Holm. „Wir brauchen Grenzkontrollen und konsequente Abschiebungen“, forderte der AfD-Politiker.“ Quelle: Nordkurier.

So schön eingeseift im Singsang der AfDler-Führungskraft, wird die Selbstverwaltung der Gemeinden vollständig zerlegt und gemäß der WHO-EU-Vorgabe zur Umlagerung, strömen die illegalen Einwanderer in die Dörfer. Nochmal, das emotionale Gedallere von „wir müssen den Flüchtlingen helfen“ ist eine empathische Falle gegen den Empathen selbst, wenn die Bedingungen zur Hilfe einseitig geändert wurden. Das ist ein Völkermord an den Deutschen.

VOLLDRAHT war vor Ort, um die Situation besser einschätzen zu können. Aus meiner Sicht, ist das geplante Sammellager nur die Vorstufe für ca. 4000 Insassen. Uphal ist das Testgelände für ganz MV.

Wir sind ein Einwanderungsland und das ist auch gut so und dafür gibt es Regelwerke, die bedauerlicherweise rechtswidrig ausser Kraft gesetzt wurden. Es bedarf einer regelbasierten Form des Widerstands dem sich die Nazis nicht entziehen können. Sie haben richtig gelesen, den die Kommunalpolitiker halten alle die verwaltungstechnische NS-Staatsangehörigkeit nach 1934, es sind Nazis.

Die Kommunalpolitik wird aus einem Netzwerk von politischen Mandatsträger gebildet, die als Klatschhasen des Fraktionszwangs, Sie beaufsichtigen und in der Spur halten. Die Unternehmer in dieser Region sind über die Netzwerke der Lions und Rotary mit der Politik so eng vernetzt, das niemand aus der Reihe tanzt.

Gegen das Suizid-Programm der WEF-Sekte mit der Agenda 2030 helfen Erstens, die Mehrheitsbeschlüsse in einer Gemeinde (Bürgerbegehren) und ein hauptamtlicher Bürgermeister und ein Verbot der Tätigkeit von NGOs in der Gemeinde. In der Vorgehensweise der demokratischen Mehrheitsfindung, was ich empfehle, fordern Sie die Rechtsstaatlichkeit ein.

Zweitens, Sie werden feststellen das mit der strafrechtlichen Verfolgung der Impf-Terroristen und Pandemie-treiber sich die Schleuser der illegalen Einwanderer in CO2 aufgelöst haben. Damit sind ca. 60% der Kommunalpolitiker als Impfterroristen straffällig und in der Haftung für die Pandemie-Schäden in Ihrer Gemeinde.

Für die Unternehmer die ihre Angestellten vor die Wahl gestellt haben „**Spritze oder Job**“ würde ich nach strafrechtlicher Würdigung, die Schadenersatzregelung durch eine Übernahme der Firma durch die Mitarbeiter anstreben.

Drittens, klären Sie endlich Ihre Staatsangehörigkeit.

Staatsangehörigkeit - Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

JB (Recht) - Die Kernaussage der Denkschrift ist:

„Der ewige Bund als „Deutscher Bund“ existiert fort, besitzt Rechtsfähigkeit nach wie vor, ist mangels Organisation derzeit nicht handlungsfähig, im Bundesgebiete entsprechend des Geltungsbereiches der LKO (HLKO) für Deutschland von 1910 und gültiger Bundesverfassung von 1918 (RVerf.1871-1918) eingefroren. Sowie das sich wieder in der Anwendung befindliche BuStAG von 1870, durch Änderung in § 37 RoStAG n.F. aus der „Deponierung“ geholt wurde“

Die vorherrschende Meinung das mit dem § 4 StAG die Staatsangehörigkeit der Deutschen definiert wird, ist richtig. Solange sich die Definition der deutschen Staatsangehörigkeit auf die verwaltungstechnische NS-Staatsangehörigkeit „Deutsch“ bezieht.

Die Bundesangehörigkeit der Deutschen aus dem „gemeinsamen Indigenat“ aller Bundesstaaten des Deutschen Bundes, ist im Königreiche Bayern mit dem BGBl. Nr. 17 S. 87 zum RuStAG 1871, als Reichsgesetz eingeführt worden.

Für alle anderen war das BuStAG gemäß Reichsverfassung vom 16.04.1871 m.W.z. 20.04.1871 lediglich als RuStAG zu verstehen und galt somit als RuStAG 1871 bis zum 31.12.1913 und blieb jedoch immer das BuStAG.

Mit dem § 37 RoStAG vom 22.07.1913 m.W.z. 01.01.1914 wurde BuStAG wie RuStAG 1870/71 buchstäblich aus der Anwendung geschrieben und mit 9/11 1918 spätestens aber mit 28.11.1918 wurde das RuStAG 1871 für alle außer Bayern wieder zum BuStAG, jedoch weiterhin durch § 37 RoStAG gesperrt.

Erst 86 Jahre später wurde der § 37 RoStAG durch Ex-Kanzler Schröder, Schilly und Rau mit dem aktuellen § 37 StAG n.F. vom 22.07.1999 m.W.z. 01.01.2000 überschrieben mithin das BuStAG nach 86 Jahren wieder in die Anwendung gebracht und ist es bis heute in Gültigkeit.

Keiner hat es gemerkt bzw. sollte es verstehen, seit dem 01.01.2000 ist die Bundesangehörigkeit wieder vorhanden oder greift im Bundesgebiete. Jetzt steht der Aktivierung der Bundesstaaten nichts mehr im Weg, außer die Bayern blockieren weiterhin den Weg in die Freiheit. Ich vermute das Sachsens Weckruf deutlich zu hören sein wird. Die Bayern sind Bundes- und Staatsangehörige (Zweifachstatus n. BuStAG).

Seite [87]

(Nr. 632.) Gesetz, betreffend die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern. Vom 22. April 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1.

Die in den nachfolgenden Paragraphen aufgeführten Gesetze des Norddeutschen Bundes werden nach Maßgabe der in diesen Paragraphen enthaltenen näheren Bestimmungen als Reichsgesetze im Königreiche Bayern eingeführt. [...]

§. 9.

Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. tritt mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft, jedoch mit Ausnahme der Bestimmungen in §. 1. Absatz 2., §. 8. Absatz 3. und §. 16. [90]

Um so wichtiger ist zu verstehen, welche Kapriolen mit der Staatsangehörigkeit getrieben wurden. Aus meiner / unserer Sicht wurden durch den Kaiser und Bismarck Notanker eingebaut, die zum damaligen Zeitpunkt zum Glück nicht in ihrer langfristigen Wirkung erkannt wurden.

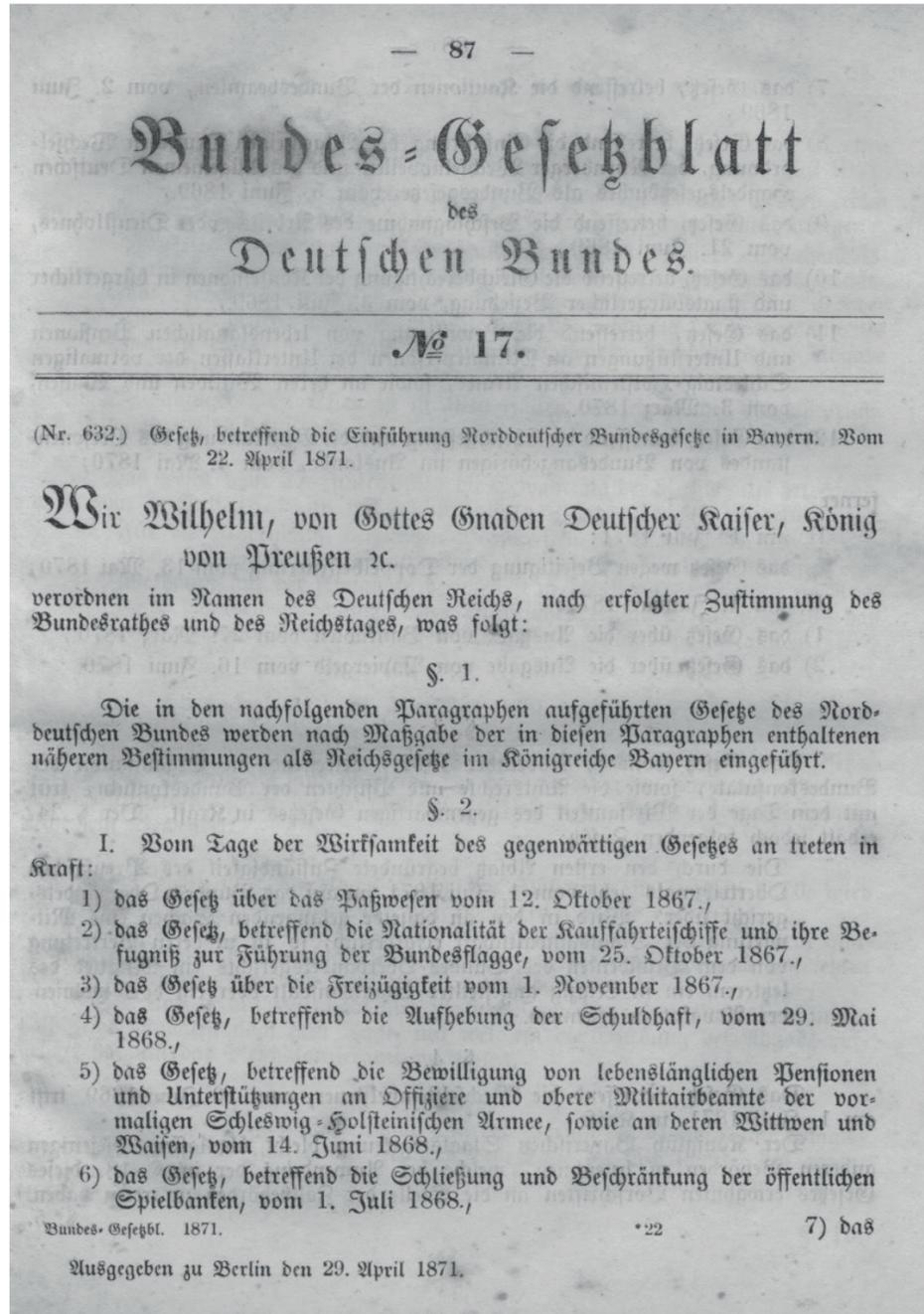
Erst mit einem genauem Studium wird erkennbar, dass z.B. über das zusätzliche „e“ und der Formel „ist zu verstehen“ usw. die Begrifflichkeiten gesetzt wurden, die ihren ursprünglichen Kontext verschleiern oder es werden Bezüge so verklausuliert, das sie rechtlich nicht mehr erreichbar sind. Dennoch konnten wir den schwierigen Kontext und die Beständigkeit des Deutschen Bundes offenkundig werden lassen.

Der wichtigste Part dabei ist.

„Die Bezeichnung „Deutsches Reich“ des ewigen Bundes fiel indes bereits 1918 mit der Verbannung des Kaiseramtschefs ins Exil nach Schloss Doorn in den Niederlanden weitgehend unbemerkt weg. Das „Kaiserreich“ ging insofern nicht unter, sondern mit dem König und Kaiseramtschef in den Dornröschenschlaf 104 Jahre; was auf dem Bundesgebiete indes verblieb, war der ewige Bund samt Bundesverfassung – ohne Kaiseramt, Reichsbezeichnung oder Reichsverständnis– und „nur noch Deutsche“, die Bundesangehörigen. Wohl auch die Bayern und Württemberger mit ihrem RuStAG von 1871.“

Es ist unsere Auslegung in der rechtlichen Betrachtung der gültigen Gesetzgebung, die für jedermann prüfbar dargestellt wurde und bis zur Widerlegung seine Gültigkeit behält.

Ein Umstand der sich auch in der heutigen staatsrechtlichen Situation Bayerns widerspiegelt. Bayern gibt vor und wenn Bayern die gesetzliche Veränderung durchführt, ziehen alle anderen nach.



mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes eingeführt.
Die nach §. 2. desselben zu leistende Entschädigung besteht in dem achtzehnfachen Betrage des durchschnittlichen Reinertrages der Abgabe aus den letzten drei Kalenderjahren vor dem Aufhören der Erhebung.
Der Antrag auf Entschädigung ist bei Vermeidung der Präklusion innerhalb sechs Monaten nach dem Tage, mit welchem die Erhebung der Abgabe aufgehört hat, an das Reichskanzleramt zu richten.
§. 9.
Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. tritt mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft, jedoch mit Ausnahme der Bestimmungen in §. 1. Absatz 2., §. 8. Absatz 3. und §. 16.
§. 10.

EU-Covid-19 Impfschäden

- Die Impf-Opferzahlen gehen in die Millionen

EudraVigilance - European database of suspected adverse drug reaction reports										
Analysis of Adverse Reactions for Experimental Covid-19 Injection per EudraVigilance										
Summary @ input date 14th Jan 2023	1. Moderna	2. Moderna	3. Moderna	4. Pfizer	5. Pfizer	6. Pfizer	7. AstraZeneca	8. Janssen	9. Novavax	Total
Fatal	12,787	89	24	23,672	97	226	9,784	3,330	1	50,010
Non Fatal	886,363	12,996	470	2,712,232	10,582	6,604	1,397,362	176,487	4,134	5,207,230
Total Adverse Reactions	899,150	13,085	494	2,735,904	10,679	6,830	1,407,146	179,817	4,135	5,257,240
Total Individual Reports	366,879	5,228	206	1,193,335	4,028	3,146	542,697	70,678	1,528	2,187,725
Average injuries per report	2.45	2.50	2.40	2.29	2.65	2.17	2.59	2.54	2.71	2.40
Number Women Reporting	252,165	3,517	100	833,022	2,975	2,031	379,112	37,425	1,078	1,511,425
Number of Men Reporting	109,508	1,605	91	337,210	990	1,101	147,449	30,458	436	628,848
Number where gender not specified	5,206	106	15	23,103	63	14	16,136	2,795	14	47,452
Number Healthcare Workers Reporting	123,007	547	102	457,230	584	1,728	174,357	27,184	195	784,934
Number Non-Healthcare Workers Repo	243,872	4,681	104	736,105	3,444	1,418	368,340	43,494	1,333	1,402,791
Age of Reportee Not specified	16,348	2,161	69	73,382	1,259	60	37,062	5,006	88	135,435
0-1 month	112	-	-	384	-	-	311	18	-	826
2 mths to 2 yrs	174	2	1	683	2	1	341	55	-	1,259
3-11 yrs	181	-	7	5,025	1	-	286	6	-	5,508
12-17 yrs	2,522	1	20	30,879	31	26	321	118	1	33,919
18-64 yrs	288,657	1,823	63	907,482	2,106	1,825	422,940	60,566	1,335	1,686,797
65-85 yrs	52,701	1,155	43	149,674	552	1,010	78,254	4,502	97	287,988
Over 85 yrs	6,184	86	3	25,826	77	221	3,182	407	7	35,993

uncut news [Umwelt] - EU - Covid-19 Impfschäden im Total bis zum - 14. Januar 2023 (man berücksichtigen das nur ca. 5% der Fälle gemeldet werden)

50.010 Todesfälle durch Covid-19-Injektionen und über 5,2 Millionen Verletzungen, gemeldet von fast 2,2 Millionen Menschen laut EudraVigilance-Datenbank. Die Tabelle zeigt eine Übersicht über die Verletzungen und Todesfälle, die von fast 2,2 Millionen Menschen in der EU gemeldet wurden. Über 41,5k Berichte über Kinder in der EU und über 135k Berichte, bei denen das Alter nicht erfasst/unbekannt ist. Es ist ein Genozid.